

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1896 unter Nr. 7376.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Ausl. Nr. 1808.
Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Donnerstag, den 10. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Prosumer.

Was ist das für eine Regierung?

Diese Frage drängt sich unwillkürlich auf, wenn wir den
 Hülfe-Minister Grafen Posadowsky dem Grafen Kanitz im
 Kampfe gegen die „planlose“ Handelsvertragspolitik für Er-
 höhung der Getreidezölle vor aller Welt sekundieren sehen.

Das hat Graf Posadowsky, als er dieser Tage eine Plenar-
 versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrathes besuchte.
 Graf Kanitz, der 1894 noch von der Theilnahme an der kaiser-
 lichen Galatäfel in auffallendster Form ausgeschlossen wurde, hielt
 gerade eine vernichtende Rede gegen das bestehende System der
 Handelsverträge, als Graf Posadowsky erschien. Mühte sich
 die Anwesenheit eines hohen Regierungsvertreters während
 dieser Rede, die die „rettende That Caprivi's“ als verhängnis-
 voll für Deutschland bezeichnete, auffallen, so wuchs das Er-
 staunen, als der Staatssekretär selbst das Wort ergriff, um
 den Agrariern die Mittel und Wege zur Ermöglichung höherer
 Getreidezölle an die Hand zu geben. Der Graf meinte, eine
 solche Erhöhung werde nur dann durchzuführen sein, wenn
 die Agrarier den Beweis erbringen wollten, daß das
 Ausland billigere Produktionskosten habe. Die Zu-
 hörer werden den Wink verstanden haben und die wissenschaft-
 liche Abtheilung des Bundes der Landwirthe dürfte mit ent-
 sprechenden Publikationen nicht lange auf sich warten lassen.

Wir sind seitens der Regierung sehr viel gewohnt, aber
 die Art und Weise, wie hier ein erster Beamter des Reiches
 unter Preisgabe jeglicher Rücksicht auf die bisherige Handels-
 politik des Reiches, auf die Direktiven des Monarchen, der
 ihn ernannt, den Agrariern Wasser auf ihre Mühle liefert, ist
 doch wohl noch nicht dagewesen.

Zusicherungen des Reichskanzlers — sprechen wir nicht
 davon, es sind Diplomatenkunststücke; man kann sie so, man
 kann sie auch anders auslegen.

Erklärungen in Namen der Regierung — was besagen sie
 bei dem so häufigen Ministerwechsel! Neue Minister sind an
 die Worte ihrer Vorgänger nicht gebunden.

Kaiserliche Erlasse und Worte — schade, daß gerade die
 besten, wir erinnern an die Zusicherung eines Normal-Arbeits-
 tages, nicht ausgeführt werden.

Darüber verlieren wir kein Wort. Aber daß ein Minister,
 der sich bewußt ist, welchen Kampf gegen die Agrarier die
 Durchführung der Handelsverträge der Regierung, dem
 Monarchen selbst gekostet hat, nach zwei bis drei Jahren
 schon sich soweit vergessen kann, den Agrariern die
 Erhöhung des Getreidezölles auf dem Präsentirteller
 ohne alle Verlausulirung entgegenzubringen, das ist eine be-
 merkenswerthe Novität des modernsten Kurzes.

Wir wollen nicht davon reden, daß die Caprivi'schen
 Handelsverträge eine rettende That genannt werden. Aber
 daran sei erinnert, daß im Volke an dem Worte des Kaisers
 festgehalten wurde und ward, er könne es nicht dulden, daß
 den ärmeren Klassen das Brot durch Brotwucher vertheuert
 werde. Dieses Wort ist kaum vor zwei Jahren gefallen. Die
 ganze Caprivi'sche Handelspolitik bildete den Inhalt dieses
 Wortes im Gegensatz zu der Politik der Agrarier, der Brot-
 vertheurer. Und heute giebt der Staatssekretär den Agrariern
 den guten Rath, wie sie es anstellen haben, um zu höheren
 Getreidezölle zu gelangen. D. h. mit anderen Worten, auf
 welche Weise eine Vertheuerung des Brotes zu ermöglichen sei.
 Was soll dieser gute Rathschlag des Grafen Posadowsky an
 die Herren Agrarier?

Will Graf Posadowsky im Gegensatz zu dem kaiserlichen
 Worte vom Brotwucher oder trotz dieses Wortes behaupten,
 daß die Politik der Regierung nicht mehr an die Mahnung
 des Kaisers sich lehnt, oder will sie im Volke den Glauben an
 die Nichtigkeit des kaiserlichen Wortes erschüttern? Beides
 wäre ein Vorgehen, das keineswegs mit der so starken
 Betonung der monarchischen Grundlage unseres Staats-
 wesens im Einklang stände. An einem Kaiserwort
 soll man nicht drehen und deuteln. Diesen Spruch hat
 Graf Posadowsky beherzigt. Aber dafür spricht er gleich dem
 kaiserlichen Worte überhaupt jegliche Verechtigung ab, indem
 er für eine Erhöhung der Getreidepreise, für eine Ver-
 theuerung des Brotes den Agrariern den gangbarsten Weg zeigt.

Wie dieses Vorgehen des Grafen Posadowsky wirken muß
 und wirken wird, das werden erst die Wahlen zeigen. Jeden-
 falls ist heute schon das eine sicher, auf die Regierung ist selbst
 in den wichtigsten Fragen, deren Entscheidung auf die wirth-
 schaftliche und soziale Gestaltung des ganzen Volkslebens
 tief einschneidet, nicht der mindeste Verlaß mehr. Fast
 überschwängliche Begeisterung für das Handelsvertrags-
 System, energische Bekämpfung der agrarischen Fronte,
 Verbotsverhinderung jeglicher Brotvertheuerung als Korn-
 wuchers. Plötzlich Personenwechsel in der Regierung und
 daran anschließend allmähliches, aber entschiedenes Einlenken in
 agrarische Bahnen, Preisgabe der bisherigen handelspolitischen
 Errungenschaften, Liebäugeln mit den Agrariern, schließlich
 offenes Eintreten für höhere Getreidezölle, offizielle Ge-
 nehmigung einer Brotvertheuerung. Und dieser Umkehrung
 vollzieht sich in der kurzen Spanne von nur zwei Jahren.
 Wenn die Regierung mit diesem Frontwechsel ein es erreicht
 hat und dieses mit tödtlicher Sicherheit, so ist es ein voll-
 ständiger Verzicht jeglichen Anspruches auf Autorität. Dem
 deutschen Volke, dem man vor ein paar Jahren die Verträge
 Caprivi's mit niedrigeren Getreidezölle als rettende That gepriesen
 hat, wird die Regierung heute nicht glauben machen können,

daß sie für Deutschlands Landwirtschaft ein Verhängniß
 waren. Was als Brotwucher gebrandmarkt war, wird heute
 nicht als vortheilhaft vom Volke anerkannt werden. Man
 läßt sich schließlich von einem Zauberkünstler vormachen, daß
 schwarz weiß und weiß schwarz ist, aber einer Regierung
 wird es nie glücken, dem Volke ein X für ein U aus-
 zugeben.

Graf Posadowsky soll aber nicht ohne jeglichen Trost
 bleiben. Er hat der Monarchie nicht genügt, er hat der
 Autorität der Regierung durch sein offenes Vorgehen direkt
 geschadet, aber er hat dem deutschen Volke eine weitere
 schätzbare Wahlparole in die Hand gegeben, die wie sein
 Streikerlaß alle anderen Rufe im Streit übertönen wird.

Und so ziehe denn das deutsche Volk in den Wahlkampf
 auch mit der Parole:

Das deutsche Volk kann es nicht dulden, daß den
 ärmeren Klassen das Brot durch Brotwucher ver-
 theuert wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, 9. Februar.

Aus dem Reichstage. Von Riaotichan zu den Handels-
 verträgen, das war der Weg, den heute die Debatte im Ver-
 laufe der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes nahm.
 Viel neues über Ostasien wußten auch die Kolonialschwärmer
 nicht mehr vorzubringen. Vorläufig befinden sich alle bürger-
 lichen Parteien noch im Siegesrausch, dem der Razenjanner
 ja sicher folgen wird, heute ist aber von dieser Aschermittwoch-
 stimmung noch nichts zu merken.

Genosse Bebel nahm noch einmal das Wort, um auf
 einige falsche Unterstellungen, speziell des Abg. Pässe, zu
 antworten, dem unser Genosse auch einige recht notwendig
 erscheinende Belehrungen über die Stellung der Sozialdemokratie
 gegenüber den von den Kapitalisten vom Auslande eingeschleppten
 Lohnrückern zu theil werden ließ.

Der Abgeordnete Richter brachte das Thema über die
 Handelsverträge zur Sprache und nun öffneten sich die
 Schleusen der Interessenbereitsamkeit, die unseren Lesern aus
 den früheren Zolldebatten her noch in schrecklicher Erinnerung
 sein wird.

Die Hauptschützjöhner Graf Kanitz, v. Stumm,
 v. Heyl, v. Kardorff und Professor Paasche sangen
 das Lob der Schutzjöhner, wobei sich aber doch herausstellte,
 daß diese Herren zwar alle darin einig sind, die Taschen
 der Schlot- und Landjunker auf Kosten der Konsumenten noch
 mehr zu füllen, daß aber über den besten Weg zur Erreichung
 dieses Zieles auch unter den Vorkämpfern des „Schutzes der
 nationalen Arbeit“ nicht volle Einigkeit herrscht. Als heifester
 der Heißsporne zeigte sich Herr v. Heyl, der nichts weniger
 als die sofortige Kündigung unserer sämtlichen Handelsverträge
 forderte.

Das ging doch selbst den nationalliberalen Jöllnern zu
 weit und sie sandten den unvermeidlichen Paasche auf die
 Tribüne, um die Erklärung abgeben zu lassen, daß der
 Wormser Lederfabrikant und Millionär nur für seine Person
 gesprochen hat.

Zu Lob und Preis der Bismarck'schen Handelspolitik
 hob sich Graf Herbert Bismarck, wobei sich der Herr
 in den schwersten Angriffen gegen den Reichskanzler Caprivi
 und die damalige Regierung erging. Der verunglückte Staats-
 sekretär brachte es fertig, dem Nachfolger seines Vaters den
 Vorwurf zu machen, daß er den Apfel der Zwietracht in die
 Reihen der Interessentenkreise geworfen habe. Für unsere der-
 zeitigen Zustände charakteristisch kann es wohl bezeichnet werden,
 daß dieser Seltensfußtritt erfolgen konnte, ohne daß vom Bundes-
 rathstisch aus auch nur ein Wort der Abwehr erfolgte, obwohl doch
 noch eine ganze Anzahl von Vertretern der einzelnen Regierungen
 an denselben Plätzen sitzen, von denen aus sie die jetzt so
 schroff angegriffenen Handelsverträge seinerzeit verteidigten.

Für freiere Grundzüge in der Handelspolitik kämpften
 die Abgeordneten Dr. Barth, Richter, Köstke
 und unser Genosse Schoenlauck. Von diesen Rednern
 wurde auf die nächsten Wahlen hingewiesen und zwar mit
 gutem Grunde. Wenn die Reichstags-Wähler nicht aufpassen,
 so können sie sich auf einen Anbruch der Jöllner und
 Agrarier gefaßt machen, gegen den die Vorgänge von 1878/79
 ein reines Kinderspiel waren.

Morgen ist Schwerinstag. Fortsetzung der Debatte über
 die Vereinsgesetz-Vorlagen.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet heute in erster
 Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung von
 Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die
 Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten
 Beschädigungen in Verbindung mit einem Antrage Wünsch-
 Schmidlein (St.), worin die Regierung ersucht wird, die
 Zurückziehung der den Gemeinden im Ueberschwemmungsgebiet zu-
 gegangenen Liquidationen derjenigen Truppentheile zu veranlassen,
 welche Kommandos zu Aufklärungsarbeiten dorthin gesendet
 haben. Mit der allgemeinen Tendenz der Vorlage war das gesammte
 Haus einverstanden, doch wurden verschiedene Einzelheiten schärf-
 kritisiert. So wurde namentlich bemängelt, daß die Regierung bis-
 her nur 1/2 Millionen bewilligt hat und daß auch jetzt nur fünf
 Millionen gefordert werden, obwohl der Schaden weit größer sei.
 Auch die Bestimmung der Vorlage, wonach die Kommunen eine Ent-
 schädigung bis zu 80 pCt., Privatpersonen hingegen eine
 solche bis zu 60 pCt. erhalten sollen, rief auf Wider-
 spruch. Ebenso wurde der im Entwurf vorgeschlagene Instanz-
 weg für die Bewilligung der Entschädigungen als komplizirt

und zeitraubend bezeichnet. Die Minister v. Miquel und Frey-
 v. d. Reke suchten alle diese Bedenken zu zerstreuen, erklärten sich
 jedoch zu Aenderungen in der Kommission bereit. Die meisten der
 etwa 20 Redner, die für die Vorlage eintraten, brachten nur
 lokale Wünsche zur Sprache. Die Neuwahlen stehen eben vor
 der Thür. Von allgemeinem Interesse war nur die Rede
 des Abg. Petocha (S.), der die vielfach ungerechtfertigten und
 zu hohen Liquidationen mancher zu Aufklärungsarbeiten entsandten
 Kommandos bemängelte. Da diese Liquidationen rechtlich unanfecht-
 bar sind, andererseits aber die durch die Ueberschwemmungen ge-
 schädigten Gemeinden unmöglich so hohe Lasten aufbringen können,
 so regte der Redner die Erstattung dieser Summen aus Staats-
 fonds an.

Da noch nicht alle Redner aus den von Ueberschwemmungen
 heimgesuchten Gebieten gesprochen haben, wird die Debatte morgen
 fortgesetzt. Insuperdem steht der Etat der Bauverwaltung auf der
 Tagesordnung.

Zu der Kretafrage ist ein Zurückweichen Russlands zu
 verzeichnen. Der Petersburger „Regierungsbote“ bespricht die
 bisherige Entwicklung der Kretafrage und schließt mit nach-
 folgender Erklärung:

Nachdem Russland offen dem Sultan und den Groß-
 mächten seine Ansicht betreffend die augenblickliche Lage
 der Kretafrage ausgesprochen hat, besteht es keines-
 wegs weiter auf der von ihm vorge-
 schlagenen Lösung, falls irgend eine andere europäische
 Macht irgend einen anderen Ausweg aus der Verwickelung aus-
 findig macht, welcher den Anforderungen des Sultans, der
 Mächte und der Kreter gleich genügend, in der Folge die Grund-
 lagen einer endgültigen Lösung der Kretafrage bietet. Einem
 solchen Vorschlag werde die russische Regierung nicht ver-
 fehlen, ihre Zustimmung zu geben. Aber eine derartig ver-
 wickelte Aufgabe sei schwer lösbar, deshalb ergreife
 Russland nicht selbst die Initiative zu neuen Vorschlägen.
 Indem Russland in den besten Beziehungen zu der Türkei,
 sowie zu den seinem Vorschlage nicht beistimmenden
 europäischen Großmächten verbleibt, habe es nicht gegögert, den
 europäischen Mächten zu erklären, daß es jegliche Verantwortung
 für die aus einer weiteren Verschärfung der Kretafrage ent-
 stehenden Folgen ablehne, sowie, daß es eine gewollmächtige Ein-
 setzung einer Generalgouverneurmacht in keiner Gestalt, auch eine
 Vermehrung der türkischen Truppen auf der Insel nicht zulassen
 werde, in keinem Falle an irgend welchen Zwangsmaßnahmen gegen
 die Kreterer theilnehmen werde, die schon lange genug geduldig
 auf die endgültige Lösung ihres Schicksals warten.

Zugleich wird gemeldet, der russische Volschaster in Kon-
 stantinopel Sinowjew sei beauftragt, den Sultan zu er-
 suchen, er möge selbst einen fremden Unterthanen als Kandidaten
 vorschlagen.

Das ganze Verhalten Russlands in der Frage der kretischen
 Kandidatur erweist sich offensichtlich als eingegeben von der
 Absicht, sich als Schutzhort der orientalischen Christen auf-
 zuspielen und sich die durch seine Stellungnahme vor Jahres-
 frist verscherten Sympathien bei den Balkanvölkern wieder-
 gewinnen. Wenn Russland nun auch genöthigt durch den Wider-
 spruch Oesterreich-Ungarns und die einer Ablehnung nahekommende
 Zurückhaltung Deutschlands, die Kandidatur des Prinzen
 Georg zu erzwingen sich außer stande sieht, so wird dies ihm
 weiter nicht besonders unangenehm sein. Denn durch die
 Schlußsätze der obigen offiziellen Note zeigt die russische
 Regierung, wie sie die kretische Frage weiter im Flusse zu
 halten gedenkt, dabei immer sich aufspielend als Schützer der
 Griechen und Christen.

Es ist ein raffiniertes Spiel, das Russland spielt, und
 die Neugestaltung und Ordnung der Dinge auf Kreta
 wird ins Unabsehbare hinausgeschoben. Denn gegen jede
 andere Kandidatur, die etwa dem Sultan und Oesterreich-
 Ungarn recht wäre, wird wieder Russland Einwendungen
 zu machen wissen. Nach einer Mittheilung des „Pester Lloyd“
 aus Rom sei das alte Projekt wieder aufgetaucht, einen
 provisorischen General-Gouverneur zu wählen, ohne die
 Türkei zu Rathe zu ziehen. Zunächst sollen Schritte gethan
 werden, um Ruma Droz zur Annahme des Postens zu
 bewegen; im Falle seiner Ablehnung würde man sich an einen
 christlichen General oder Admiral wenden. Erst wenn die
 neue Verwaltung im Gange sein werde, werde man an die
 Ernennung eines definitiven Gouverneurs gehen und dann
 werde die Türkei sich hoffentlich so weit in das Unvermeidliche
 gefunden haben, dem Willen der Mächte sich nicht länger zu
 widersetzen.

Kurzum, die Lösung dieser Frage ist noch weit in
 der Ferne. Das famose „europäische Konzert“ ergeht sich
 in den größten Diffonanzen. Nicht nur daß Deutschland, um
 mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen zu reden,
 seine Flöte weggelegt hat, die Pauke, die Trommel, die Trom-
 pete miszieren jedes Instrument für sich. Und im Orient
 geht's nach wie vor drüber und drunter — zur Freude Rus-
 lands! —

Zur englischen Oberhand hat Lord Salisbury nun auch
 über die chinesischen Angelegenheiten, von denen die Thronrede
 gänzlich schwie, Mittheilungen gemacht. Er erklärte, daß die Unter-
 handlungen über die Anleihe noch schweben. Danach scheint
 die Angabe, die von mehreren Seiten aus Petersburg gemacht wird,
 daß nämlich die chinesische Regierung auf die Aufnahme einer
 Anleihe überhaupt verzichtet wolle, doch nicht außer Zweifel
 zu sein.

Lord Salisbury verbreitet sich auch sonst über seine Politik
 gegenüber China und den dort interessierten Mächten. Er bezeichnete
 die kürzliche Anrufung der Kriege möglichkeit durch den Schatz-
 kanzler als zu weit gehend. Es sei mit recht gegen die Idee, als
 könnte England seine alten Vertragsrechte und das bisher in China
 erreichte Maß von Verkehrsfreiheit zerstreuen lassen, protestirt worden; er
 sage nicht, daß irgend eine europäische Macht eine derartige Idee

gehört habe; aber die Regierung habe nicht nur keine Vertragsrechte ausgeübt, sondern auch nicht die Absicht, solche auszuüben. Es gebe nichts, was England nicht eher thun würde, als die Erfüllung dieser Rechte zu gestatten; aber niemand habe die geringste Absicht, die Rechte Englands zu zerstören oder zu verletzen. Lord Salisbury schildert ferner die Entwicklung der Vorschläge, welche den von russischen Schiffen besetzten Hafen Tientsin betreffen. Er theilt mit, die Regierung habe jüngst von Russland eine schriftliche Versicherung erhalten, daß jeder Hafen, den es als Ausgang für den Handel zu benutzen die Erlaubnis erhalte, ein Freihafen für Englands Handel sein solle. Eine ähnliche Versicherung habe auch die deutsche Regierung gegeben, betreffend des jüngst von ihr besetzten Gebietes.

Im übrigen freiste der englische Premierminister noch einige andere Fragen der auswärtigen Politik. Er ließ die von Russland vorgeschlagene Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland willkommen, weil dadurch den auf Areta herrschenden besagten Zuständen ein Ende gemacht werde. Ebenso vertheilte er die im Sudan verfolgte Politik und hofft, Khartoum werde vor Ablauf vieler Monate wieder erobert werden im Interesse Englands. Im Interesse Englands, d. h. in Wahrheit im Interesse Englands und seiner Weltmachtsstellung.

Deutsches Reich.

— Die Initiative zur Revision der über die Sonntagsruhe ergangenen Anordnungen ist, wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ nun eingestehen müssen, von dem Herrn Reichsminister und Ministerpräsidenten ausgegangen. Sie ist, wenn auch nicht allein, so doch zu einem guten Theile durch die Wahrnehmungen veranlaßt, welche hinsichtlich der Wirkung einiger für Berlin erlassenen Verordnungen zu machen waren.

— Gegen die Pollak'sche Phantastik des deutschen Landwirtschaftsraths wendet sich jetzt auch schroff die „Nat.-Lib. Korz.“.

Die im Wortlaut mitgetheilten Entschlüsse dieser höchsten offiziellen Vertretung der deutschen Landwirtschaft sind nicht nur an sich unhaltbar, sondern auch im höchsten Grade inopportun. In industriellen Kreisen besteht wenigstens kein Zweifel darüber, daß, wenn es bei diesen Beschlüssen bleibt, der Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen eine Illusion ist, die schnell zerfallend nur eine verbitternde Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze zurückläßt. Im eigenen Interesse der Landwirtschaft sei darauf aufmerksam gemacht, daß die unausgesetzte einseitige Vorschreibung agrarischer Interessen in jeder politischen Frage, auch wenn sie die Landwirtschaft noch so wenig berührt, theils im Hinblick auf die gegenwärtig hoch gestiegenen Getreidepreise, theils in Rücksicht darauf, daß doch bei Erneuerung der Handelsverträge eine unbiligerweise recht erhebliche Erhöhung der Getreidepreise in Aussicht gestellt ist, — schon jetzt eine Reaktion in Bewegung setzt, die bei weiterer Entwicklung selbst berechtigten landwirtschaftlichen Interessen abträglich sein muß. Und diese würde für die Landwirtschaft um so ungünstiger sein, als das Auftreten des bekannten Agraragitators in weiten Kreisen nur werthvolle Sympathien zerstört hat.

— Mittheilungen aus Hildesheim bestätigen der „Nat.-Lib. Korz.“, daß der viel erörterte, von den drei Landräthen unterschriebene Wahlaufruf noch weiter mit den Namen derselben verbreitet wird. Die drei Landräthe sind inzwischen, wie der „Nat.-Lib. Korz.“ bestätigt wird, der offiziellen Kundgebung gemäß amtlich revidirt worden. Die weitere Vertheilung muß unter den obwaltenden Umständen den Eindruck erwecken, entweder daß es mit der Revidirung nicht ernst gemeint sei, oder daß man unter Konjunktur der Landräthe ein unwürdiges Spiel mit einer ausdrücklichen Willensbekundung der Regierung zu treiben vermöge, oder daß man schließlich ohne Rücksicht auf die dadurch diesen Beamten bereitete Verlegenheit die einmal angetriebene Verwirrung mit allen Mitteln auszuheilen müsse. Gleichviel, welche von den drei Maßschritten im vorliegenden Falle zutrifft, allen drei würde vorgebeugt werden, wenn die Landräthe in geeigneter Weise vor öffentlichen Kenntnissen brächten, daß sie ihre Unterschrift unter dem Aufruf zurückgezogen haben. Das wäre auch das mindeste gewesen, was man als eine ernstliche „Revidirung“ hätte ansehen können. Im Abgeordnetensitze wird, so droht das Organ der Nationalliberalen, Gelegenheit genommen werden, dies mit allem Nachdruck nach des näheren darzutun.

— Wehrschwollen undumpfen Herr v. Bülow ob seiner Reichstagsreden am Dienstag. Und sie steigen aus den Spalten der Wälder fast aller Parteien hervor. Die Bismarckorgane loben noch Karbors's Vorgänge den alten Bismarck'schen Geist, der sich in unserer auswärtigen Politik wieder bemerklich machen soll, die Regierungsblätter sind eo ipso entzündet, die ultramontanen Zeitungen verdrehen die Augen, weil Herr v. Bülow fingerweis den Schatz der christlichen Völker in China die Unterschriften hat, ja selbst der alte Murrkopf Richter lobt die Reden in seiner „Freisinnigen Zeitung“. Am ärgsten treibt es Dreyfuss im „Berliner Tageblatt“. Herr v. Bülow ist so recht eigentlich sein Minister. Er hat ihn von vornherein posirt. Ihm gefällt es vor allem, daß der Minister sich der deutschen Gläubiger Verleumdungen angenommen hat, die in der Phantastik des „Berliner Tageblatt“ aus

lauter kleinen Rentiers und armen Wittwen bestehen. Daraus wird dann geschlossen, daß Herr v. Bülow nicht den kleinsten antikapitalistischen Zug an sich habe und deshalb fleißig Hofmann geschrien. Kurz, der Erfolg ist allgemein. Hoffentlich hält sich Herr v. Bülow als geschmackvoller Mann die Nase zu.

— Die Berliner Konservativen hielten am Dienstag ihre Jahresversammlung ab. Herr v. d. Gröben, Mitglied des Reichstags und des Herrenhauses, sprach über die politische Lage. Er richtete eine Absage an die Mitglieder der Reformpartei in Berlin; diese seien zu schwach und zu einseitig, und ein Bund mit ihnen bedeute, sich einen Stein an den Fuß binden, während die Konservativen allein mit der Zeit den Sieg in Berlin erringen könnten. (Köfliche Naivität!) Dagegen sprach Herr v. d. Gröben liebenswürdig über den Bund der Landwirthe; nur solle dieser nicht die konservative Partei zu seiner „Kommandite“ machen wollen, denn er sei das Kind und die konservative Partei der Stammvater. Von Sozialdemokratie und Freisinn, dem männlichen wie dem weiblichen, will Herr v. d. Gröben natürlich nichts wissen; daß sich der wohlwollende Aelcherr einige Ungezogenheiten gegen den Abgeordneten Singer erlaubte, ist bei dem Anstandsgrad dieser Leute schon nicht mehr verwunderlich. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Der Berliner konservative Parteitag erklärt, daß die Politik der Sammlung aller Ungezogenen Elemente um die konservative Partei allein die Aussicht giebt, mit Erfolg die Sozialdemokratie und den Freisinn und deren den Staat und die Gesellschaft schwer gefährdende Bestrebungen zu bekämpfen.“

Also „sammelt“ nur los, über den Erfolg werden wir ein ander Mal reden. —

— Raotschau. Der in Siegburg erscheinende „Siegbote“ veröffentlicht einen Brief eines in China weilenden Siegburgers, in dem dieser die Ergebnisse einer Expedition schildert, der er angehöret und die am 27. November v. J. einen mehrere Wochen dauernden Marsch ins Innere Chinas unternommen hatte. Die Expedition hatte mehrere Gesandte mit den Chinesen zu bestehen. Bei einem solchen Kampfe am Chin-Kan-Gebirge fiel ein chinesischer Offizier sowie eine Anzahl chinesischer Soldaten, andere wurden gefangen genommen, worauf der Rest die Flucht ins Gebirge ergriff. Ein Dorf wurde vollständig umzingelt und das feindliche Lager zerstört. Am 4. Dezember kam die Expedition in Raotschau, wo sie drei Tage verweilte. Der Briefschreiber bezeichnet die Lage der Soldaten als sehr gefährlich. Letztere nehmen nachts die geladenen Revolver mit in die Hängematten und verbringen die weissen Nächte auf den Wachen, weil sie jederzeit auf einen Ueberfall vorbereitet sein müssen.

Das sind ja recht auffällige Mittheilungen. Von derartigen Geschehnissen war bisher keine Rede. Man kann aber doch nicht annehmen, daß der Briefschreiber sich seine Erzählung aus den Fingern gezogen habe. —

Bremen, 9. Februar. (Privattelegramm.) Eine von 4000 Personen besuchte Volksversammlung, in welcher Pfannkuch sprach, nahm gestern Abend eine energische Resolution an gegen die Forderungen der Kolonialpolitik und die geplante Vereinigung der Koalitionsfreiheit.

Greifswalde, 9. Februar. (Privattelegramm.) Heute wurden hier wegen Gehorsamsverweigerung auf Veranlassung des englischen Konsuls 18 Mann vom Dampfer „Gorbooth“ verhaftet.

Aus Hessen, 8. Februar. (Sig. Ber.) Landtag. Heute begann in der zweiten Kammer die Budgetberatung. Die Debatte bildete eine lebhaft Generaldebatte, eine „neue Sitte“ im hessischen Parlament, die den Herren von der Regierung nicht begabte, und über die der hessische Finanzminister, Staatsminister Finger sein höchstes Mißfallen ausdrückte, „da die Regierung auf die vielen verschiedenen Dinge doch nicht vorbereitet sein könne“. Es half den Herren am Regierungstag aber nichts, sie umhüllten den Sturm über ihre wahren Haupter ergehen lassen. Es zeigte sich heute wieder, wie sehr die Kammer durch die verhärtete Opposition ihre Phylloponomie geübt hat; die alten, gemäßigten Zeiten sind vorbei. Abg. Schmidt (B.) kam u. a. auf die Wahlreformfrage zu sprechen und verlangte größere Berücksichtigung der ländlichen Bevölkerung. Abg. Ulrich verlangte im Anschluß daran Einführung des Proportionalwahlsystems und Vornahme der Wahlen am Sonntag. Weiter müsse die Einführung einjähriger und getrennter (bisher dreijährig), sowie Reorganisation der obersten Verwaltung gefordert werden. Die Thätigkeit der Regierung müsse mehr auf wirtschaftlichem und humanitären Gebiete entfallen werden. Sobann brachte er die brutale Behandlung der Gefangenen im Landesguchthaus „Marienschloß“ zur Sprache, die eine Schmach für den hessischen Staat sei. Er verlange Entsendung des Justizdirektors von seinem Posten! Ein ebenso großer Skandal sei der Fall Kuh. Wie könne ein Untersuchungsgefängnis einfach ein halbes Jahr vergessen werden? Die Schuld liege daran, daß man die Beamten so erbarmlich begabte, daß sie zu Unterschlagungen getrieben würden. Auch habe ein Familienvergnügen mit 1100 M. Gehalt auskommen müssen. Ferner rügt er die Einschränkung der Vereinsfreiheit durch die Freierabendsunde. Abg. David fordert die Verlegung auf, im Gegensatz zu den Wünschen des Ausschuss-Berichtserstatters, auf die preussische Eisenbahnverwaltung im Sinne einer zeitgemäßen Tarifreform zu wirken. Auf die Steuerfrage eingehend, warnt er vor weiterer Verlesung mit indirekten Steuern; die hessische Vertretung im Bundesrath solle die Wünsche der Reichs-

regierung nach Biersteuer-Erhöhung energisch abwehren. Ebenso müsse man dem Posadowsky'schen Rundschreiben betr. Verklammerung des Koalitionsrechts eine abweisende Antwort zu theil werden lassen. Die Arbeiter-Organisationen würden erzieherisch und hätten ebensogut wie die landwirtschaftlichen ein Recht auf Förderung. Er verlange Einrichtung von Arbeiterkammern, analog den Landwirtschafts- und Gewerbetammern. Den größten Schmerz bereite es der Regierung, daß auch der Regierungsparteiler Osann sich den Vorwürfen der Opposition anschloß, größere Regsamkeit in den Ministerien und bessere Bezahlung der unteren Beamten verlangt. — Die Debatte findet morgen ihre Fortsetzung. —

München, 8. Februar. (Sig. Ber.) Bayerischer Landtag. In der heutigen Kammer Sitzung erwiderte Minister v. Feilich auf die geführten Ausführungen unseres Genossen v. Hollmar. Davon, daß eine von Preußen aus geleitete politische Polizei in Bayern thätig sein soll, sei ihm nichts bekannt. Gegen die Bestimmungen bezüglich der Verwendung der Militär-Anwärter im Gemeindefeld hat die bayerische Regierung im Bundesrath sehr wesentliche und tief einschneidende Erinnerungen erhoben. Diese Bestimmungen seien in dessen Reichsgesetz geworden, gegen dessen Einführung lasse sich nichts machen. Doch solle die Autonomie der Gemeinden möglichst gewahrt werden. Durch eine bessere Verorgung der Unteroffiziere werde auch die Schlagfertigkeit der Armee erhöht. Das Koalitionsrecht habe die bayerische Regierung stets geschützt. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß Streiks lediglich von den beteiligten Parteien auszutragen sind. Vergewaltigungen dürfen aber dabei nicht vorkommen und dürfen insbesondere arbeitswillige Arbeiter nicht an der Arbeit gehindert werden. In dem bekannten Posadowsky'schen Erlasse habe zwar die bayerische Regierung noch nicht Stellung genommen, er könne aber erklären, daß er nicht gewillt ist, dem Koalitionsrecht, wie es in der Gewerbe-Ordnung festgelegt ist, entgegenzutreten. —

Strasbourg i. E., 7. Februar. (Sig. Ber.) In dem Prehbeleidigungs-Prozess des Kreisdirektors Peneur in Erfurt gegen den verantwortlichen Redakteur des „Merikanischen“, Albert Ferber, in welchem die Urtheilsverfälschung verurtheilt worden war, erfolgte nunmehr Freisprechung. In dem inkriminirten Sprechsaatikel des genannten Blattes war behauptet worden, Kreisdirektor Peneur habe sich anlässlich der Reichstagswahlen von 1893 und des Nachwahl im Kreise Erfurt im Jahre 1899 dadurch einer ungeschicklichen Handlung schuldig gemacht, daß er auf die Bürgermeister des Kreises eine Pression hinsichtlich des Bezuges ihrer Wahlformulare ausübte. Außerdem war darin bemerkt, man erähle sich Verschiedenes über die Vorgeschichte dieser Maßregel des Kreisdirektors. Die Verhandlung selbst ergab, wie im „Vorwärts“ bereits berichtet wurde, daß Peneur kein Verleger des „Erfurter Kreisblattes“ erlitten habe. Wahlzettel befehlt hatte, um in den Fabriken festzustellen, wer sozialistisch wähle. Des Weiteren wurde nachgewiesen, daß P. den genannten Verleger bestimmte, dem mit der Untersuchung über den Vorfall betrauten Polizeikommissar gegenüber falsche Aussagen zu machen. Durch das freisprechende Urtheil des Gerichts ist das Urtheil in einer Angelegenheit gesprochen, die den staatsrechtlichen Eifer gewisser reichsständischer Verwaltungsbeamten in recht eigentümlichem Maße erheben läßt. —

Strasbourg i. E., 8. Februar. (Sig. Ber.) In der heutigen Morgenansage der „Strasburger Post“ wackert der „Berliner Brief“-Schreiber der Sozialdemokratie und ihren parlamentarischen Vertretern anlässlich der Besprechung ihrer Stellungnahme zur Flottenvorlage das folgende Kompliment:

„Nebenbei bemerkt, müßten wir doch auf einen ganz auffallenden Unterschied hinweisen: alles, was von der freisinnigen Volkspartei gegen die Vorlagen der Regierung vorgebracht wird, erhebt sich nicht über die volksthümliche Oberflächlichkeit und über die Wiederholung abgehandelter Redensarten. Die Sozialdemokraten, wenn sie schließlich auch aus Parteiverbissenheit zu denselben abweichenden Ergebnissen kommen und ihre Stimmen mit denen der freisinnigen Volkspartei vereinigen werden, haben diese Fragen aber doch ganz anders und viel ernster studirt und ihre Ausführungen sind unendlich viel tiefer. Das erinnert uns an folgendes Gedichtchen. Ein deutscher Fürst soll sich einmal in den Räumen des Reichstages haben herumfahren lassen, unter anderem auch in der Bibliothek. Er sah dort eine Anzahl fleißig arbeitender Herren und sprach den Wunsch aus, mit einigen derselben bekannt gemacht zu werden. Als er trotz verlegener Ausflüchte auf seinem Wunsche bestand, wurde ihm endlich gesagt: „Ja, königliche Hoheit, das ist ganz unmöglich, alle die Leute, die hier arbeiten, sind Sozialdemokraten!“

Wie die Kolmarer „Elsass-Lothr. Volkspartei“ mittheilt, ist ihr unter der Anklage der Majestätsbeleidigung verhafteter verantwortlicher Redakteur E. Schmidt am Sonntag wieder auf freien Fuß gesetzt worden, jedoch nur noch der Gefreite Walter in Haft verbleibt. Die Entlassung Schmidts wird als ein für die Anklage ungünstiges Vorgehen angesehen. —

Ceslerreich.

Brag, 8. Februar. Landtag. Lippert begründet seinen Antrag auf Erhebung von Nationalkurien mit Votorecht und führt aus, die Deutschen wollten nicht die Zerstückelung des Landes, sondern nur die möglichste administrative Trennung der Bezirke in sprach-

Lola Montez.

Eines der ersten Ereignisse, welches im Sturmbezugenen Jahr 1848 die öffentliche Aufmerksamkeit ganz Deutschlands auf sich lenkte, war die Ausbreitung der Lola Montez auf Bayern. — Sehr große politische Bedeutung hat die Liebesgeschichte des bayerischen Königs mit der spanischen Tänzerin ja gewiß nicht, aber sie ist doch recht charakteristisch für das Hofleben in vorwärtlicher Zeit; die Stände, die sich der Lola wegen in München entwickelten, und das Gaudium, das sich ganz Deutschlands bemächtigte, als es von den Liebes-schmerzen des über 60jährigen Königs erfuhr, als die von der Königs Muse „An Lolita“ gerichteten Liebeslieder von Hand zu Hand gingen, — dies alles trug dazu bei, die Bevölkerung der verschiedenen deutschen Staaten und Städte in jene Stimmung zu versetzen, die nachher bei dem Ausbruch der März-Ereignisse nur allzu deutlich hervortrat.

Im Herbst 1848 war die spanische Tänzerin nach München gekommen. Sie war die Tochter eines schottischen oder irischen Vaters und einer kreolischen Mutter, stand nicht mehr in des Lebens erster Blütenblüthe und hatte bereits in Liebesangelegenheiten eine sehr reiche Erfahrung hinter sich. Ihrem ersten Manne, einem englischen Offizier, mit dem sie in Ostindien gewesen, war sie entlaufen. Dann hatte eine größere Reihe junger, reicher Liebhaber an sie ihr Herz und ihr Geld verloren. In England, Paris, Berlin, Warschau u. a. hatte sie die gewagtesten Abenteuer erlebt und war mehrfach ausgewiesen worden. Ja selbst der originale Heinrich der 72., Fürst von Meuß, Lobenstein-Eberdorf, hatte sie gelegentlich von einer Reise mit nach Hause gebracht und sich eine Zeit lang recht gut mit ihr amüßirt.

Nicht lange darauf kam sie nach München. Die Gelehrten sind sich nicht einig darüber, ob die Lola sich bei dem König vorstellte, um von ihm ihre Anstellung bei der Münchener Bühne zu erwirken, oder ob Ludwig, wie er es bei hervorragenden, neu ansehenden Personen zu thun pflegte, seine Aufmerksamkeit machte. Jedenfalls war sein noch immer liebessehndes Herz, wie uns eins seiner Gedichte lehrt, gerade unbefehlt, und Kaiser war leicht besiegt. Jetzt erst, so behauptet Ludwig in seinen unsterblichen Gesängen, erfuhr er, was Liebe heißt. Jetzt erst hatte das Leben für diesen Vater einer blühenden Familie, für den König des Bayernvolkes einen Werth erhalten.

Tropfen der Seligkeit und Meer von bitteren Seiden, Die Italienerin gab. — Seligkeit, Seligkeit nur Fasset Zu mich entzündend, begehrend, begehnd empfunden, Zu der Spanierin fand wahre Liebe und Leben ich nur.“

So dichtete Ludwig, und es entspann sich ein sehr sildes Leben für die schöne „Lolita“. Der König baute ihr in der Wartenstraße zu München eine schöne Villa, verkehrte viel in ihrer Gesellschaft und sie bei ihm. Als einmal eine Abordnung der Schleswig-Holstein'schen Patrioten vom König empfangen wurde, bemerkten die biederen Nordländer wohl, wie Lolita's herrliche Füßchen unter dem Ofendichum hervorstakten. Der König schwamm in Wolken. Er dichtete:

Leuchtend, himmlisch blaue Augen,
Gleich des Sündens Rethers Klar,
Die in Seligkeit uns tauchen;
Weiches, glänzend schwarzes Haar,
Wonnemeer die Seelen trinken,
Lohnt zur Baute Dein Gelang,
Hin zu Drinnen Füßen sinken,
Machet Deiner Laute Klang.“

Dem Herrn Minister Abel und seinen ultramontanen Kollegen ging die Geschichte mit der Lola gegen den Strich. Zwar waren die klerikalen Herren in Liebesdingen des Königs sehr tolerant gewesen, als das Ludwig, wie ihn die Bayern nannten, die nothwendige Erholung von den schweren Regierungsgeschäften bei harmlosen deutschen Gräthchen gesucht und gefunden hatte. Aber die Spanierin erwies sich als unbedeuten. Sie hatte grimmig die Jesuiten und war auch sonst nicht geneigt, als Verleugung der ultramontanen Herren beim Könige zu dienen. Auch war das Ministerium aus anderen Gründen schon mit dem König in Meinungen gerathen. Es bemühte daher gern die Lola-Angelegenheit, um den doch unvermeidlichen Abgang mit dem Glanze moralischer Gesinnungstüchtigkeit zu umgeben.

Die Lola wurde nämlich allmählig etwas unverschämter. Da sie sich von den besseren Kreisen der Münchener Gesellschaft ausgeschlossen sah, so verlangte sie, zur deutschen Gräfin gemacht zu werden, und Ludwig wollte der Dame seines Herzens selbstverständlich diesen Wunsch gern erfüllen. In einer solchen Standesveränderung war jedoch die Verleugung der bayerischen Staatsangehörigkeit nothwendig, und hierzu bedurfte es wieder der Unterschrift eines Ministers. Jetzt war der Moment für die Herren Abel u. Co. gekommen. Im Februar 1847 richteten sie eine Denkschrift an den König, in der sie sich unter anderem folgenmaßen vernehmen ließen:

„Seit dem Oktober vorigen Jahres sind die Augen des ganzen Landes auf München gerichtet, und es haben sich in allen Theilen Bayerns über das, was hier vorgeht und was beinahe den ausschließlichen Gegenstand des Gesprächs im Innern der

Familien wie an öffentlichen Orten bildet, Urtheile festgesetzt, und es ist aus diesen Urtheilen eine Stimmung erwachsen, die zu den bedenklichsten gehört. Die Ehrfurcht gegen den Monarchen wird mehr und mehr in dem Innern der Gemüther ausgefittigt, weil nur noch Neugierigen des bittersten Tadels und der lauteften Mißbilligung vernommen werden. Dabei ist das Nationalgefühl auf das bitterste verletzt, weil Bayern sich von einer Fremden, deren Ruf in der öffentlichen Meinung gebraucht ist, regiert glaubt, und so manchen Thatsachen gegenüber nicht diesen Glauben zu entwurzeln vermag. Männer, wie der Bischof von Augsburg, dessen Treue und Anhänglichkeit an Ev. königliche Majestät über allen Zweifel ist, vergleichen über das, was vorgeht, über die täglich mehr sich entwickelnden Folgen, heiße Tränen. . . Die auswärtigen Blätter bringen täglich die schändlichsten Anecdoten und die herabwürdigsten Angriffe gegen Ev. königliche Majestät; das anliegende Blatt Nr. 5 der „Amer Chronik“ enthält eine Probe. Alle politische Aussicht vermag die Einbringung solcher Blätter nicht zu verhüten; sie werden verbreitet und mit Würde verschlungen; der Eindruck, der in den Gemüthern zurückbleibt, kann nicht zweifelhaft sein. . . Tadel liegt es außer dem Bereiche menschlicher Kräfte, auf die Länge zu verhüten und zu verheimlichen, daß die Rückwirkung dessen, was vorgeht, nicht mehr und mehr auf die bewaffnete Macht übergeht, und wo soll noch Hilfe sein, wenn auch dieses ungeheure Uebel einträte, wenn auch dieses Volkwerk wankte.“

Der König warf den Ministern das Schriftstück entrüstet vor die Füße. Die klerikalen Minister erhielten prompt ihren Abschied. Ludwig aber dichtete des folgende schöne Sonett:

Ihr habt mich aus dem Paradies getrieben,
Ihr immer habet Ihr es mir ungetrieben,
Die Ihr des Lebens Tage mir verbittert,
Doch macht Ihr mich nicht hassen, statt zu lieben.

Die Festigkeit, sie ist noch nicht zerflittert,
Ob mir der Jugend Tage gleich zerflittert,
Ist ungeschwächt der Jugend Kraft geblieben,
Ihr, die Ihr knechten mich gewollt, erlittert!

Mit dem, wie Ihr gegen mich seid, giebt's kein Gleichniß,
Die eigenen Thaten haben Euch gerichtet,
Des Undanks, der Verleumdungen Verzeichniß.

Die Wollen nicht, der Himmel ist gelichtet,
Ich preis es, das entscheidende Ereigniß,
Das Eure Macht auf ewig hat gemichtet.

licher Hinsicht; die Deutschen seien nicht aggressiv, sie wollten nur die Sicherung der nationalen Existenz. Lippert beantragt schließlich die Zuweisung des Antrages an die zur Verabreichung des Antrages Schlichter auf Schaffung von Kurien eingesetzte Kommission. Engel erklärt namens der Gesellen für Zuweisung an die Kommission zu stimmen. Der Antrag wird hierauf dieser Kommission überwiesen.

Prag, 8. Februar. (Sig. Ver.) Der nationale Kampf in Böhmen, der durch die eigentümlichen ökonomischen Verhältnisse dieses Landes ein so kompliziertes Gepräge erhält, muß an Deutlichkeit gewinnen, sobald nun der Versuch gemacht wird, neben den Privilegien und Rechten der herrschenden Parteien und Klassen auch dem arbeitenden Volk seine ihm gebührenden Rechte einzuräumen.

Der böhmische Landtag ist bis heute nur eine Ständevertretung, die in anschaulicher Form die Macht des Adels und Bürgerrechts deutlich, die aber keineswegs Einblick gewährt in die tatsächlichen Verhältnisse der Völker. Der Antrag der Abg. Dr. Slavik und Genossen auf Abänderung der Landtags-Verordnung, der heute auf der Tagesordnung stand, wurde durch die Stimmen der Deutschen und Großgrundbesitzer abgelehnt. Es mag dahin gestellt bleiben, ob die Junggehehen, die für das allgemeine Wahlrecht geschlossen ihre Stimme gaben, aus Liebe zum Volk gehandelt, man mag auch an ihrem Ernst zweifeln, aber dies bleibt unbestritten, daß sich die Interessen des böhmischen Bürgerthums vielfach decken mit denen des rechtslosen Kleinbürgers, Kleinbauern und Arbeiters. Trotz ihrer bourgeois-parlamentarischen Müssen die Junggehehen, falls sie dem Untergang entrinnen wollen, doch zurückkehren zur Demokratie, da die Macht des Ghettoismus im Kleinbürgers- und Bauernthum liegt; weiter ist die ökonomische Entwicklung bei dieser Nation nicht gekommen. Sie hatten daher durch das allgemeine Wahlrecht nicht so viel zu verlieren. Anders bei den Deutschen. Es ist eine Ironie ohnegleichen, wenn die deutschen Vertreter, die nun seit Monaten für die Rechte ihres Volkes einen so wüthenden Kampf führen, heute dem Volk das Wahlrecht verweigern, im Interesse des „deutschen Volkes“.

Das „Deutschtum“ in Böhmen ist groß geworden auf Kosten des deutschen Volkes, die weitentwickelte Industrie Nordböhmens hat Reichthümer geschaffen, sie hat Städte aufgebaut und ein wohlhabendes Bürgerthum geschöpft; sie hat aber auch die arbeitende deutsche Bevölkerung in diesen Bezirken aufgezehrt. Immer neue Schichten der überschüssigen böhmischen Landarbeiter zieden nach dem wirtschaftlich hochstehenden Nordböhmen, und während das „Deutschtum“ scheinbar gedeiht, wird ihm der Boden von Jahr zu Jahr immer mehr untergraben. Natürlich haben die deutsch-böhmische Bourgeoisie und deren Wortführer vom allgemeinen Wahlrecht nichts zu gewinnen und alles zu fürchten. Soweit es in den nordböhmisches Industriebezirken, in der Hochburg des Deutschtums, noch deutsche Arbeiter giebt, sind diese durch die scharfen wirtschaftlichen Gegensätze alle Klassenbewußt, was „Deutsch“ heißt, haben sie ja am eigenen Leib erfahren, und der andere Theil der Arbeiterschaft, das billige Material der Großindustrie, ist der eingewanderte böhmische Landmann, bei dem der Haß gegen den Deutschen mit dem Haß gegen den Kapitalisten zusammenfällt. Die deutschen Abgeordneten im böhmischen Landtag haben durch ihr Verhalten endlich wieder ihr wahres Gesicht gezeigt, die nationalen und liberalen, sie haben wieder Licht gebracht in die politische Komödie, die seit Monaten das ganze öffentliche und politische Leben ausfüllt. So lange die Junggehehen die Interessen einer kleinen Koterie von Bourgeois vertreten und mit dem Adel an der Seite um die politische Macht rangen, konnten die Deutschen den Ausschrei erweichen, als ob sie wirklich im Namen des Volkes handeln würden, sobald sich jedoch die Junggehehen auf sich selber bestimmen, ist die alte Phalanx des Kapitals und des Großgrundbesitzes da. Nur durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, nur durch Befreiung aller Schranken wird der nationale Kampf befreit werden können, denn damit läßt sich auch jener Theil des „deutschen Volkes“ zu Wort, dessen Kampf ein anderer ist, als im Sprachverderbnissen und Konkurrenz.

Ungarn.

Budapest, 9. Februar. Das Abgeordnetenhaus verhandelte über das Budget des Ackerbauministeriums. Der Abg. Kohonczy erörtert die sozialistischen Anträge im Ackerbau und sagt, alle Theile der Gesellschaft müssen hier eingreifen, denn man könne nicht wissen, wo diese kommunistische Bewegung stehen bleiben werde. Er fordert die Regierung auf, rasch einzugreifen, sonst werde ein Theil des Landes in wenigen Tagen in Flammen stehen. Die aufstrebenden Preberzeugnisse kommen von auswärts. Der Redner schlägt vor, in Fällen von Majestätsbeleidigung und Aufhebung die Pressefreiheit für gewisse Schmutzgerichte Sprengel aufzuheben.

Im Szabolcs-Komitat (Nordungarn), wo, wie selbst offiziell eingestanden wird, schwerer Nothstand herrscht, ist die Bauernbewegung so stark und den Grundbesitzern so unheimlich geworden, daß man das blödsinnigste Mittel, das Standrecht, verhängen will.

Frankreich.

Paris, 8. Februar. Deputirtenkammer. Sämmtliche Kapitel des Etats des Auswärtigen wurden angenommen. Im Laufe der Sitzung erklärte der Minister des Auswärtigen, Genola, daß keine Verhandlungen bezüglich eines Handelsvertrages mit Italien geführt würden. Hierauf wurde der Etat für die Kolonien beraten.

Zu den Wandelgängen verlaute, Frankreich werde an der internationalen Juckerkonferenz in Brüssel sich nur

dann betheiligen, wenn es sich um ein internationales Einverständnis handelt, um zu einer Aufhebung der direkten Ausfuhrprämien zu gelangen.

Paris, 9. Februar. Vor dem Zuchtpolizei-Gericht fand heute die Verhandlung in der Anklage gegen Kleinach gegen Rochefort statt. Rochefort wurde zu 3 Tagen Gefängnis und 1000 Fr. Geldstrafe sowie ferner dazu verurtheilt, Kleinach 2000 Fr. Entschädigung wegen Verleumdung zu zahlen.

Türkei.

— Massenelend auf der Balkanhalbinsel. Auf Sofia wird der „Intern. Korresp.“ geschrieben: Das bedrohliche Element in der augenblicklichen Lage auf der Balkanhalbinsel ist die vollständige Verarmung der Bevölkerung, welche in Makedonien und den Grenzgebieten Serbiens und Bulgariens Platz gegriffen hat. Die vorjährige Misere, die gewaltsamen Steuererhebungen auf türkischer Seite anlässlich des vorjährigen Krieges und die immer höher gesteigerten Bedürfnisse der Regierungen Serbiens und Bulgariens haben die Noth im Innern der Halbinsel diesseits und jenseits der türkischen Grenze gleich stark anschwellen lassen. Die sogenannte makedonische Bewegung ist im Grunde genommen ein Hin- und Herbewegen der völlig mittellosen und von allem entblühten Landbewohner, die sich in den Gebirgsgegenden auf das Räuberhandwerk legen, oder in den Städten Nahrung und Obdach zu erwerben suchen. Diese Bevölkerungsbeile bieten begreiflicherweise jeder Agitation ein fruchtbares Feld dar, wobei ihnen die Austreibung der türkischen Großgrundbesitzer und die Vertheilung der Ländereien als höchstes Ziel vorsteht. Für die Oppositionspartei in Serbien und Bulgarien ist es daher ein Leichtes, sich der ausgeblühten makedonischen Flüchtlinge als Sturmbock gegen die Regierungen zu bedienen, und die Letzteren wieder erbliden in der „makedonischen Bewegung“ ein bequemes Mittel, um die Schuld an den eigenen traurigen Verhältnissen der Lage in Makedonien beizumessen.

Amerika.

Washington, 8. Februar. Repräsentantenhaus. Smith bringt eine Resolution ein, durch welche der Staatssekretär des Auswärtigen, Sherman, ersucht wird, Bericht zu erstatten über die Korrespondenz mit Deutschland in bezug auf die versuchte Verfälschung von Weinen und deren Einfuhr in Amerika, ebenso über die Unterscheidung, welche Deutschland gegen den amerikanischen Export von Fleisch, Obst und Fjerden in einer die Handelsverträge verletzenden Weise mache. Die Resolution wurde an das Komitee für auswärtige Angelegenheiten verwiesen.

Partei-Nachrichten.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß die Veröffentlichung der Parteirechnung für den Monat Januar sich dadurch verzögert hat, daß Genosse Gerich von seiner letzten Agitationstour in seinem Wahlkreise frank zurückgekehrt ist und recht dringend ein paar Tage der Ruhe und Erholung bedarf. Die Abrechnung wird in nächster Zeit erfolgen.

Zu Dresden, im nördlichen Kreise West-Sternberg, wurde am Sonntag eine außerst stark besuchte Volksversammlung abgehalten, wo der Kandidat des Kreises, Genosse Jahn aus Berlin, neben den Parteigenossen Schmidt, Wildau und Brachwitz sprach. An der Debatte betheiligten sich auch zwei Gegner. Trotz aller Schwierigkeiten und obwohl Herr v. Pöhl persönlich an der Agitation in jenem Kreise theilnimmt, macht unsere Bewegung, wie der Verlauf der Versammlung zeigte, ersichtlich gute Fortschritte.

Der sozialdemokratische Verein in Stuttgart, der unter einer Centralleitung seine Thätigkeit in acht nach den verschiedenen Stadttheilen gebildeten Bezirksvereinen ausübt, hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 1295 auf 1466 wachsen sehen. Nach einer Statistik gehören die Mitglieder des Vereins bis auf 2 pct. auch der Gewerkschaft ihres Berufes an, die Gewerkschaftsmitglieder am Ort sind dagegen nur zu einem Fünftel im sozialdemokratischen Verein. Von den Bezirksvereinen sind zusammen 102 Mitgliederversammlungen mit ca. 50 Vorträgen abgehalten worden. Weiter wurden 18 Agitations-Versammlungen in den Landorten des Wahlkreises arrangirt. Der Gesamtverein veranstaltete neben einer großen Zahl öffentlicher Volksversammlungen einen Cyclus wissenschaftlicher und geschichtlicher Vorträge. Die Gesamtsumme des Vereins betrug 5682,88 M., die Gesamtsumme der Ausgaben 4759,97 M., so daß sich das Vermögen des Vereins um 800 M. erhöht hat. Mit den arbeitsreichen Festlichkeiten und Sammlungen betrug der Gesamtumsatz des Kassens ca. 18 000 M. Der Vorstand hat bereits die Vorarbeiten für den im Herbst hier stattfindenden Parteitag begonnen.

Totenliste der Partei. Die Arbeiterbewegung in Spayen hat durch den Tod des Zigarrenarbeiters Karl Schmidt einen schweren Verlust erlitten. Er stand immer seinen Plänen, wenn es galt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Von der großen Beliebtheit, deren er sich erwarb, zeugte auch das Begräbniß. Weit über anderthalb Tausend Personen folgten dem Sarge.

Polizeiliche, Gerichtliche etc.

— Infolge einer Anzeige des Polizeikommissars Weinert in Magdeburg war gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“, W. Freese in Zwickau, ein Strafverfahren wegen Verleumdung des genannten Kommissars eingeleitet. Wie unser Bruderorgan jetzt mittheilt, ist das Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

zum Wintersemester. Ferner wurde den nicht aus München gebürtigen Studenten aufgegeben, innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen — ein Befehl, dem die Meisten schon aus Mangel an Reisegeld gar nicht nachkommen konnten. Auch erzählte man, die Universität werde in der Zwischenzeit bis zum Winter nach Landeshut zurückverlegt werden.

Jetzt war die Geduld nicht nur der Studenten, sondern vor allem auch die der Bürgerschaft zerissen, die zum guten Theil von den Studenten lebte. Ganz München kam in Bewegung. Der akademische Ernst versammelte sich, die Magistratskollegien traten zusammen, die „Bürgerchaft“ trönte in das Rathhaus und zog gegen 4 Uhr nachmittags, mehr als 2000 Köpfe stark, von gewaltigen Menschenmengen umgeben, nach dem Schlosse. Anfangs war der König wenig geneigt, auf die Sturmpetitionen einzugehen. Als aber gegen Abend die Aufregung wuchs und in der Barenstraße, wo die Spanierin wohnte, sich der Volkszorn bedenklich geltend zu machen begann, mußte der König wohl einsehen, daß er die Geduld seiner Münchener überschätzt hatte. Abends um 10 Uhr beglückte er sein Volk mit folgender schönen, selbstverfaßten Proclamation:

„Jeho, da die Bürger sich ruhig zurückgeben haben, ist's Mein Vorhaben, daß erst mit dem Wintersemester, bereits mit dem Sommersemester die Universität wieder geöffnet werde, wenn bis dahin Münchens Einwohner sich zu Meiner Zufriedenheit benehmen. Das Wohl der Bürger liegt Mir am Herzen; das bewies Ich seit mehr denn 22 Jahren. Ludwig.“

Die Münchener Bürger hatten aus der selbstverfaßten Proclamation des Königs gesehen, daß sie nur entschlossen aufzutreten brauchen, um etwas zu erreichen. Daß Ludwig nicht der muthigste war, wußte man ja ohnedies. Am Morgen des 11. trat die Bürgerschaft und der Senat aufs neue zusammen und, fähiger geworden, forderte man jetzt nicht nur die sofortige Wiedereröffnung der Universität mit Ausschließung der Alemannen, sondern grausamerweise auch die gänzliche Entfremdung der schönen Solita. Angesichts der drohenden Haltung der Volksmassen sagte sich der König. Doch war es für ihn ein harter Schlag. Die Massen drängten. Lola erhielt den Befehl, innerhalb einer Stunde München zu verlassen. Sie kam dem nach und es war auch die höchste Zeit; nur mit Mühe und durch die Geschicklichkeit ihres Kutschers entging sie den sie verfolgenden Münchenern, erreichte das Thor und konnte nach Lindau entfliehen. Ihr berüchtigtes Haus

Wahlbewegung.

Die masurische Volkspartei hat sich im Wahlkreise Ost-Johannsbürg, Olesko für die Kandidatur des Gutbesizers Opiz aus Sieblista erklärt. Da Opiz schon früher als Kandidat der freisinnigen Volkspartei genannt wurde, so scheint die masurische Volkspartei dieser Partei nahe zu stehen.

Zu einer von etwa 250 Personen besuchten Versammlung des Bundes der Landwirthe wurden am Montag die konservativen Kandidaten für die Kreise Teltow und Niederbarnim aufgestellt. Für Teltow Superintendent Vorberg, für Niederbarnim Dr. Jmer. Die Antisemiten unter Führung des Hauptmanns Herter versuchten vergeblich, die Versammlung für die antisemitischen Kandidaturen zu begeistern.

Die Nationalliberalen wollen im Wahlkreise Ottweiler, den jetzt Herr v. Stamm vertritt, den Bergath Lohmann-Neukirchen aufstellen.

Im 7. sächsischen Wahlkreise (Meißen) kandidirt von den Antisemiten Gutbesizer Göbel aus Meißig. Auf den konservativen Sachse-Merkwiler haben sich Konservative, Bund der Landwirthe und Handwerkerbund geeinigt.

Im Wahlkreise Holzwinden-Gandersheim wurde der Stadtdirektor von Damm von den Welsen als Kandidat aufgestellt.

Als Kandidat für den durch den Tod des Herrn v. Gillingen erledigten 7. württembergischen Reichstags-Wahlkreis (Magold-Neuenburg) ist Herr Schrempf, der konservative Landtags-Abgeordnete für Schorndorf in Aussicht genommen.

Landtags-Abgeordneter Reiner wird von den Nationalliberalen im Wahlkreise Forstheim-Kulmbach-Pegnitz als Reichstagskandidat genannt.

Prozeß Zola.

Paris, 9. Februar.

Schon um 10 Uhr vormittags haben sich zahlreiche Neugierige vor dem Justizpalaste eingefunden. Im Innern des Gerichtsgebäudes sind sehr energische Maßregeln getroffen. Ungefähr 200 Advokaten, die sich in den Wandelgängen aufhalten, verursachen Lärm. Der Präsident hat verboten, daß die Advokaten wie gestern, in den für das Publikum bestimmten Theil des Saales eindringen; die Advokaten machen eine Kundgebung gegen den Präsidenten, so daß die Garde republicaine gezwungen wird, einzuschreiten. Es kommt zu einem Zusammenstoß, bei dem mehrere Garbisten von Advokaten geschlagen werden, ein Advokat wird verhaftet. Um 11 Uhr erscheinen die als Zeugen geladenen Offiziere in Uniform und werden auf der Place Dauphine von der Menge mit dem Ruf „Ed lebe die Armee“ begrüßt. Zola trat vollständig unbemerkt um 11 1/2 Uhr ein. Der Saal ist überfüllt, die Zuschauer scheinen indes ruhiger zu sein, als gestern. Unter den als Zeugen erscheinenden Offizieren werden besonders bemerkt Boisdeffre, du Paty de Clam und Esterhazy.

Kurz nach 12 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Auf eine Frage des Präsidenten erklärt Advokat Labori, er beabsichtige, Frau Dreyfus über den guten Glauben Zola's in der Dreyfus-Angelegenheit zu befragen. Der Präsident erwidert, es gebe keine Dreyfus-Angelegenheit. (Heftiger Widerspruch.) Nach einem heftigen Meinungsaustrausch zwischen dem Präsidenten und dem Beschuldiger erhebt ersterer Einspruch dagegen, daß eine Frage gestellt werde, die auf den Prozeß Dreyfus hinfiele. Labori bringt seine Schlußfolgerungen ein.

Es kommt zur Sprache, daß den Beschworenen Schriftstücke zugestellt worden sind. Labori erklärt, weder Zola, noch Herrent, noch die Familie Dreyfus haben diese Schriftstücke angefaßt. Die Angeklagten seien die Opfer von Intrigen. Labori befragt dann die Kundgebungen, die gestern stattfanden, als Zola das Gerichtsgebäude verließ, und protestirt gegen Ungenauigkeiten in den Berichten verschiedener Blätter über das Vorgesagene. Diejenigen, welche Zola beschimpften, repräsentiren nicht Frankreich, sondern beschimpfen Frankreich, indem sie sich mit ihm identifiziren, während wir es verehren. (Heftiger Lärm.) Dr. Socquet erklärt, Frankreichs Vereinnung und Frau Dreyfus seien durch Krankheit verhindert, als Zeugen zu erscheinen, Antant dagegen könne erscheinen.

Unter Zeichen großer Spannung wird General Boisdeffre als Zeuge angerufen. Labori fragt den Zeugen: „Kann der Zeuge sagen, welcher Art das Schriftstück ist, das Esterhazy einige Zeit vor seinem Erscheinen vor dem Kriegsgerichte dem Kriegsminister hat zukommen lassen?“ General Boisdeffre antwortet: „Das fragliche Schriftstück bezieht sich auf die Angelegenheit Dreyfus. Ich glaube daher ohne Misachtung des Gerichts beschlußes und des Amtsgeheimnisses von diesem Schriftstück nicht sprechen zu dürfen.“ Labori erwidert: „Ich bestreite auf der Frage, welcher Art dieses „bekreidende“ Schriftstück ist?“ Boisdeffre antwortet: „Das Amtsgeheimniß verbietet mir, zu antworten.“ Labori: „General Boisdeffre ist verantwortlicher Beamter und steht hier vor Gericht. Er kann sich nicht auf das Amtsgeheimniß berufen.“ Boisdeffre: „Das Amtsgeheimniß läßt zusammen mit dem Staatsgeheimniß. Ich sage hinzu, daß ich die höchste Achtung vor dem Gerichte hege, und bezeuge das hier laut vor den Geschworenen. Für mich aber handelt es sich um das Amtsgeheimniß, wenn die Veröffentlichung eines Staatsgeheimnisses in Frage kommt.“

in der Rarersstraße wurde vom Volke gestürmt und theilweise demolirt. Ein großes Pöbel an Zola gerichtete Witzschriften, das man anstößerte und unter deren Urhebern sich viele bekannte Persönlichkeiten befanden, ging bald von Hand zu Hand und erreichte das größte Gaudium der Münchener.

Zahllos waren die Spottschriften und Parodien auf den König, dem man die Liebste weggeragt hatte. Hier die Probe eines solchen Spottgedichtes:

Zola, Sternbild meiner Nächte,
Dich so heiß geliebt habend!
Wenn der Bayern Volk bedachte,
Was ich liebe jeden Abend!
Herne müßt Du von mir wohnen.
Dolder Schunggeist der Tentonen! ...
Wenn ich keine Gelder feinde,
Färne nicht, es sind die Hände
Mir gebunden, denn die Stände
Fordern die Millionen ein,
Die nach Griechenland hinein
Ich zur Ehr dem Vaterland
Meinem Otto einst gesandt,
Und der Bundeskass' entnahm,
Was indeß zu Tage kam. —
Denke Dir nur meinen Gram!

Die Zola hat sich ihren jähren und unwilligen Abschied von München wohl nicht allzu sehr zu Herzen genommen. Sie hat noch in verschiedener Herren Länder sehr romantische Abenteuer erlebt und ist schließlich in New-York in größter Thätigkeit gestorben, — nachdem sie sich in den letzten Lebensjahren, wie so viele ihres Schlanges, nach zur Deschwester umgebildet hatte.

Als die guten Münchener die Zola zum Thore hinaus gejagt hatten, da sangen sie noch in loyaler Begeisterung: „Heil unserm König, Heil!“ — Aber die Aufregung blieb. Und wenige Wochen darauf, als aus Paris die Nachrichten von der Februar-Revolution gekommen waren und es auch in Bayern erulte Volksbewegungen gegeben hatte, da hielt es das Ludwig für das gerathenste, der Königskrone dankend zu entsagen.

Er hat dann noch zwanzig Jahre gelebt und soll später einmal geküßert haben: „Wui Teufel, ich möchte nicht wieder König sein!“

Abends erschien der König in Zola's Salon und erzählte vergnügt: „Alle meine Minister habe ich weggejagt. Das Jesuiten-Regiment hat jetzt ein Ende in Bayern.“ Wirklich kam nach dem ultramontanen ein „Solomontanes“ Ministerium aus Aude, das die Erhebung der Kaiserin zur Gräfin von Sandfeld ermoglichte.

Aber das Ludwig und seine Solita sollten des gedöhten Glücks nicht froh werden. Die bessere Gesellschaft verschloß sich auch der Gräfin von Sandfeld, und die entlassenen Minister und ihr literaler Anhang sorgten schon dafür, daß die Standesgeschichten vom Münchener Hof die Kunde durch die außerhörtischen Blätter machten und daß in München selbst die Kagenmusik vor Zola's Fenster nicht verstummten.

Zola setzte indes ihren lustigen Lebenswandel mit Grazie fort. Besonders liebte sie die Gesellschaft von Studenten, mit denen sie die Kneipen und Kaffeehäuser durchzog und mit denen sie sich auch in ihrem eigenen Hause gut zu unterhalten verstand. Das sollte aber ihr Verhängniß werden. Einige Korpsburschen der „Palatia“ bemerkten eines Tages beim Durchwandeln der Barenstraße, daß zwei ihrer Leute vergnügt bei der schönen Zola saßen und diese die Pfälzermütze auf ihre schwarzen Boden gestülpt hatte. Dadurch waren aber die Farben der Palatia entehrt und die Pfälzhüter wurden aus dem Korps ausgeschlossen. Sie gründeten ein neues Korps, die „Alemannia“, das seine Kneipe im Hinterhause der gräflichen Villa ausschlug und sich zur vollständigen Leibwache für die Zola ausbildete.

Die Alemannen wurden von den übrigen Studenten boykottirt, und es kam bald zu ersten Händeln und Anstößen vor dem Hause der Favoritin, welche Szenen sogar der nicht übertrieben empfindsamen Zola unheimlich wurden. „Ich werde die Universität schließen lassen,“ so äußerte sie sich. „Ich mag sie überhaupt nicht mehr hier haben, sie soll nach einem anderen Ort verlegt werden.“ Das goß natürlich Fell ins Feuer. Wo man die rothen Mägen der Alemannen erblickte, wurden ihre Träger mit Pfeifen und Schmähsungen empfangen. Am 9. Februar trat ein junger Graf Hirschberg, der Senior der Alemannen, im Tumult mit einem Dolch um sich und bewies damit, daß er nicht umsonst zu den Führern der leidenschaftlichen Spanierin geseßen hatte. Diese Vorkommnisse steigerten die Aufregung aufs höchste. Die gesammte Garnison trat unter die Waffen.

Am 10. Februar, heute vor 50 Jahren, verkündete in München ein Anschlag am Schwarzen Brett die Schließung der Universität bis

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung des Generals Boisdeffre fragt Advokat Labori: Weiß der Zeuge etwas über die Persönlichkeit der verschleierte Dame? Boisdeffre: Ich weiß nichts. Labori: Hat der Zeuge eine Untersuchung darüber angeordnet, wer die verschleierte Dame war? Boisdeffre: Wir hatten großes Interesse zu erfahren, wer die verschleierte Dame war und haben deshalb eine Untersuchung angeordnet, aber nichts erfahren. Labori: Hat sie zu Oberst Picquart Beziehungen gehabt? Boisdeffre: Das weiß ich nicht. Labori: Kann Zeuge sagen, wie das „befreiende“ Dokument das Ministerium verlassen hat? Boisdeffre: Auch das weiß ich nicht. Labori: Hat Zeuge etwas von dem Vorhaben des Oberst Picquart gewußt? Boisdeffre: Ja. Labori: Können Sie uns sagen, welche Aufschuldigung gegen Oberst Picquart erhoben worden sind? Boisdeffre: Es handelt sich um zwei Arten von Beschuldigungen, diejenigen, welche auf Dienstvergehen bezug haben, wie die heute früh veröffentlichten Briefe des Generals Gonse, die sein persönliches Eigentum waren, und andere, die dem Kriegsgericht unterbreitet worden sind. Ueber diesen Punkt habe ich keine Erklärung abgegeben. Labori: Aus welchem Grunde hat man Oberst Picquart eine Mission übertragen? Boisdeffre: Picquart befand sich in einem Geisteszustande, der ihm im Dienste schadet, er war von einer einzigen Idee beherrscht. Der Minister glaubte, Picquart würde durch seine Entfernung seinen normalen Geisteszustand wieder gewinnen. Labori: Welche Idee verirrte Picquart's Geist? Boisdeffre: Darauf kann ich nicht antworten, ohne gleichzeitig von der Angelegenheit Dreyfus zu sprechen? Labori: Was hat Picquart in der Esterhazy-Anglegenheit gethan. Boisdeffre: Wir hatten ihm aufgetragen, alles zu thun, um seine Zweifel in betreff Esterhazy's zu präzisieren, in anbetragt der erlangten Resultate aber haben wir ihn angewiesen, von weiteren Schritten abzusehen. Für mich, fügt Boisdeffre hinzu, steht die Schuld Dreyfus fest, und meine Ueberzeugung in dieser Hinsicht ist absolut. (Anhaltende Bewegung.)

Darauf wird General Gonse angerufen. Labori fragt ihn: Was für ein Schriftstück hat Esterhazy vor seinem Erscheinen dem Kriegsgerichte dem Kriegsminister übergeben? Gonse: Darauf habe ich nichts zu erwidern. Labori: Warum konnte Esterhazy dieses Schriftstück ein „befreiendes“ nennen? Gonse: Ich habe darauf nichts zu sagen. Labori stellt weiter an den Zeugen die Frage: Kennen Sie die verschleierte Dame? Gonse antwortet: Nein und setzt erregter werdend, hinzu: Das sind Hallen, die sie mir da stellen. (Anhaltender Lärm, lebhafter Erregung. Der ganze Saal steht auf.) Labori fährt fort: Nach dem was gesagt worden ist, habe ich keine Fragen mehr an den Zeugen zu richten. Ich wende mich an den Generalanwalt, der sich ohne Zweifel erheben wird, um dem Antiklerikale, das ich trage, Achtung zu verschaffen. (Allgemeine Erregung.) Der Generalanwalt von Cassel rührt sich nicht. Da ruft Labori unter dem sprachlosen Staunen der atemblos hochenden Zuhörer zum Gerichtshofe gewandt: Gestatten Sie mir im Namen des ganzen Barreau... Ja, Jawohl! ruft hier ein Theil der anwesenden Advokaten; andere rufen dagegen: Nein! Die Zuhörer schreit nun an diesen Kundgebungen theil und es folgt ein fürchterlicher Tumult. Der Präsident läßt den Saal räumen. Man bereitet Labori eine Ovation. Es gelingt den Gardien, mit Mühe den Saal zu räumen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt General Gonse auf Ersuchen des Vorsitzenden der Anwaltskammer und des Generalanwalts, seine Worte zu Labori seien über das hinausgegangen, was er habe sagen wollen. Der Zwischenfall ist damit erledigt. Gonse ergreift wieder das Wort und sagt: Man hat gestern Schreiben verlesen, die von mir an den Oberst Picquart gerichtet waren. Er hatte mir ausdrücklich als den Urheber des Vordereaus den Major Esterhazy bezeichnet. Ich sagte ihm, daß, wenn er des Verräthers sicher sei, es ihm auch gelingen müßte, Licht in die Sache zu bringen, dadurch, daß er nach den Offizieren forsche, welche das kompromittirende Schriftstück hätten ausliefern können. Ich sagte ihm, er möge unkluge Schritte vermeiden, d. h. die Verhaftung, denn Oberst Picquart wollte den Major Esterhazy verhaften lassen. Die Briefe wurden heute früh veröffentlicht. Vorf.: Haben Sie die Ermächtigung zu der Veröffentlichung ertheilt? Antwort: Nein. — Im weiteren Verlaufe der Verhandlung sagte der frühere Justizminister Trarieux aus, er habe sich mit der Angelegenheit im Interesse der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit befaßt, denn man habe von geheimen Dokumenten gesprochen. Was die Neutralität der Handchrift des vielgenannten Vordereaus betreffe, so theile er die Ansicht Scherer's. Aus der Handchrift des Vordereaus habe sich ihm die Unschuld Dreyfus' ergeben. Trarieux legt nun ausführlich die Affaire Picquart und Esterhazy dar; seine Angaben werden von den Zuhörern je nach der Parteilichkeit mit lauten Kundgebungen aufgenommen. Die Fortsetzung der Aussagen Trarieux' wird auf morgen verlagert und die Sitzung geschlossen. An den Eingängen zum Justizpalast steht die Menge dichtgedrängt. Die Generale Boisdeffre, Gonse und Mercier werden beim Verlassen des Gebäudes mit Hochrufen auf die Krone begrüßt. Als Jola hinauskam, erschollen nur vereinzelte Rufe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Berliner Zimmerer! Da in der nächsten öffentlichen Versammlung seitens der Lohnkommission Abrechnung gelegt werden soll, ersuchen wir sämtliche Kameraden, welche noch Sammellisten, auf welcher schon Beiträge gezeichnet und Marken verabfolgt sind, im Laufe der Woche entweder bei den Bezirkskassieren oder auf unserem Bureau abzuliefern. Alle später eingehenden Listen können bei der Veröffentlichung nicht mehr berücksichtigt werden. Die Sammlungen zum Agitations- und Unterstützungsfonds werden jedoch laut Beschluß unserer öffentlichen Versammlungen ungehindert fortgesetzt und ersuchen wir alle diejenigen, welche noch nicht im Besitze einer Karte sind, dies unverzüglich nachzuholen, da bei eventuellen Maßregelungen die Unterstützung davon abhängig gemacht wird. Die Lohnkommission. J. A. Theodor Fischer.

Deutsches Reich.

Die Generalversammlung des Verbandes der Werkarbeiter nahm in der Sitzung vom 7. Febr. den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen. Demselben ist zu entnehmen, daß die Zahlstellen von 7 auf 13 gewachsen sind, und gegenwärtig die Mitgliederzahl 3384 beträgt. Der Agitation haben sich vielfach Hindernisse entgegengestellt, da Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes den Anschluß der Werkarbeiter an ihre Organisation beschränkten. Der Kassenbericht weist folgende Zusammenstellung auf:

Einnahmen: Von den Zahlstellen 2717,45 M.; an Beiträgen für die Generalkommission 401,15; für geleistete Utensilien 141,85 M.; zur Deckung der Unkosten der vorjährigen Generalversammlung 147,24 M.; für Streikunterstützung 131 M.; zur Deckung der Schulden 951,40 M.; dazu der Bestand am 1. Januar 1897 mit 207,16 M., ergibt eine Gesamtsumme von 12798,95 M.

An Ausgaben sind zu verzeichnen 11282,52 M. Der Bestand am 1. Januar d. J. betrug 1514,43 M., die Kassenbestände der Filialen, ausschließlich Garben, 4999,82 M., Gesamtbestand am 1. Januar d. J. 6514,85 M.

Den Polirern der Stuhl- und Sofafabrik in Partha ist eine Lohnreduktion von 20 pCt. angekündigt worden, mit dem Hinweis, die Arbeiter möchten sich innerhalb 8 Tagen entschließen, wie sie sich dazu stellen. Wenn es nicht passe, könne gehen. Die Stuhlbauer und Polirer werden gebeten, den Zugang nach Partha fernzuhalten.

Die Differenzen zwischen der Firma Boe u. Fischer in Marbach und deren Arbeiter sind durch Vermittlung des Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Herrn Klob, beigelegt. Die Absicht der Einführung der sogenannten Tageszettel, die die Ursache des Missstandes bildete, ist aufgegeben worden und

haben am Sonnabend sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Krefeld unterlag in der Gruppe der gemäßigten Berufs unsere Liste mit 735 Stimmen gegen 881 Stimmen, die auf die vereinigten Gegner fielen. Bemerkenswert ist, daß unsere Liste gegenüber der vorausgegangenen Wahl diesmal 500 Stimmen mehr zu verzeichnen hatte. In der Gruppe der Zertifikatsarbeiter hatte unsere Liste — wie schon mitgeteilt — den Sieg davongetragen.

Die Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter der Firma Hennig in Stenbal befinden sich im Streik. Die Firma versucht allerorts Streikbrecher heranzuziehen. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Ein freisprechendes Urtheil fällt die Strafkammer in Halle in der Sache des Zimmermanns Grimm. G. war am 20. Dezember vorigen Jahre als Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerleute wegen Uebertretung des § 860 Abs. 9 des Str.-G.-B. (Errichtung einer Versicherungsanstalt ohne Genehmigung der Staatsbehörde) vom dortigen Schöffengericht zu 5 M. Geldstrafe event. 1 Tag verurtheilt worden. Das Landgericht stellte sich heute bei der Berufungsverhandlung auf den Standpunkt des Kammergerichts vom 9. Mai 1892 und nahm an, daß jener Verband keine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes sei, da alle Unterhaltungen, welche der Verband gewährt, freiwillig geleistet werden und den Mitgliedern darauf kein klagbares Recht zustehe.

Ausland.

Aus Moskau wird uns geschrieben: Auf der Baumwollweberei von Hübner in Moskau, welche 8000 Arbeiter beschäftigt, ist nach zweitägiger Dauer ein Streik mit Erfolg beendet worden. Die Arbeiter fanden, daß die Lohnsätze in dem von der Fabrikdirektion gemachten Anschlag zu niedrig bemessen waren. Der Fabrikinspektor nahm für die Arbeiter Partei und so wurde den Wünschen der Arbeiter entsprochen. — Ueber den Streik in Zwanowo-Wosnessensk ist noch nachzutragen, daß derselbe zwei Wochen nach seinem Anfang mit einem theilweisen Erfolge der Arbeiter beendet worden ist. Die Zahl der Feiertage, die auch als Ruhetage für die Arbeiter gelten, ist erhöht worden, auch ist die Arbeitszeit an Vorabenden der Feiertage verlagert worden. Die Arbeiter hielten sich bis zum Ende standhaft und besonnen, obwohl es an Provokationen nicht fehlte. Arbeiterversammlungen waren absolut unmöglich gemacht.

Unternehmer-Verbände.

Die Vertreter des deutschen Baugewerbes, eine Vereinigung, die bekanntlich mit dazu beigetragen hat, Herrn von Posadowsky für sein Mundschreiben über die Einschränkung des Koalitionsrechtes zu begeistern, beschloß unter dem Vorbehalt des Landtags-Abgeordneten Felisch, künftig bei Ausperren seitens der Arbeiter zu einer allgemeinen Ausperrung überzugehen.

Die schlesischen Spiritusbrenner haben in einer zahlreich besuchten Versammlung in Breslau einstimmig die Gründung einer schlesischen Spiritus-Berewerthungsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitze in Breslau beschlossen. Als wesentliche Aufgabe wurde bezeichnet, dem Spiritus eine möglichst gleichmäßige dem Interesse des Kartoffelbauers entsprechende Preislage zu sichern.

Der nordamerikanische Zuckertruf hat in seiner Jahresversammlung beschlossen, einen noch der üblichen Dividende noch verbleibenden Betrag von 15 000 000 Dollar als Betriebskapital zu verwenden.

Ueber die Gründe, welche die Leiter des Zuckertruf zu dem bemerkenswerthen Vorschlage bezüglich Verwendung des hiesigen Ueberschusses veranlaßt haben, gehen in Kreisen der Interessenten die Meinungen auseinander. Wie der „Hamb. Korresp.“ schreibt, wird von wohlunterrichteter Seite behauptet, die 15 Millionen Dollar würden in dem kostspieligen Kampfe des Zuckertrufes gegen die Kaffeefirma Arbuckle Broth und die von dieser Seite drohende neue Konkurrenz noch eine wichtige Rolle spielen.

Ein Zuckermüller sagte: Daß der Zuckertruf trotz hoher Dividenden über einen Einnahme-Ueberschuß von 15 000 000 Dollar verfügt, ist Beweis genug dafür, daß der Artikel eine Preisreduktion vertragen kann, und eine solche steht zweifellos bevor, sowie Arbuckle Broth — eine außerhalb des Trufes stehende Gründung, die vorzugsweise Rübenzucker raffiniert wird — ihre neue Zuckermaschine in Brooklyn eröffnet. Bei einer Produktion der Truf-Maschinen von 35 000 Tausend per Tag würde jede Reduktion des Preises für Raffinade um 1/4 Cts. per Pfund einen Verlust von ca. 60 Cts. per Tausend oder 21 000 Dollars per Tag und 6 000 000 Dollars per Jahr bedeuten. Da der Truf für sein Produkt einen der Follerhöhung entsprechend höheren Preis erhält, ist die Nothwendigkeit eines Ueberschusses von 15 000 000 als Betriebskapital, des Tarifes wegen, nicht einleuchtend. Im Gegentheil gab die Tarifänderung Gelegenheit zu spekulativen Zuckereinfuhren, welche der American Sugar Refining Co. einen Gewinn von 8 000 000 Dollar gebracht haben.

Von anderer Seite erklärt man die Beibehaltung des enormen Ueberschusses sowohl aus der Vermeidung der Konkurrenz durch neue Zuckeroeffnungen und der Ausdehnung der Rübenzucker-Industrie hier zu Lande, als aus dem Verlust der früher von dem Zuckertruf kontrollirten Hawaii-Ernte, die jetzt in die Hände der unabhängigen Raffineure gelangt.

Soziales.

Unfallversicherung. Bei der Lebensversicherungsgesellschaft a. S. in Berlin sind im Jahre 1897 951 Unfälle angemeldet und davon 166 als entschädigungsberechtigt anerkannt. Im Jahre 1896 waren nur 116 Unfälle entschädigungsberechtigt. Entschädigt wurden die Unfälle des Jahres 1897 nach vorläufiger Schätzung mit 154 312,35 M. gegen 143 012,35 M. im Vorjahre. 1896 kamen also auf einen Unfall 1292 M. Entschädigung, 1897 nur 929 M. Zur Erklärung dessen wird angeführt, daß eine große Anzahl Unfälle nur geringfügige Verletzungen und dementsprechend niedrige Entschädigungen im Gefolge gehabt hätten. Die Verwaltungskosten betragen im letzten Jahre 43 000 M., also fast 25 pCt. der Entschädigungssumme.

Nach § 28 des Unfallversicherungs-Gesetzes sind die Berufsgenossenschaften, soweit sie dies nicht schon früher gethan haben, verpflichtet, in der jetzigen Zeit eine neue Revision des Gefahrentarifs vorzunehmen. Das Gesetz bestimmt, daß, nachdem die erste Gefahrentarif-Revision zwei Jahre nach Errichtung der Berufsgenossenschaften stattgefunden hätte, aller fünf Jahre neue Revisionen erfolgen sollen. Die erste Revision erfolgte nach Ablauf des Jahres 1887, die zweite nach 1892, die dritte würde also jetzt fällig sein. Nach den Vorkommnissen, die im Laufe eines Jahres geschehen sind und nach der Gefahrentarifklasse, in welche ein Betrieb eingeschätzt ist, wird für den Betriebsinhaber der Jahresbeitrag berechnet. Das Reichs-Versicherungsammt erhält übrigens alle Tarife zur Prüfung und erst nach der von ihm ausgesprochenen Genehmigung können sie in Geltung treten.

Eine gute Fabrikinspektion ist nur möglich, wenn die Fabrikinspektoren von den Arbeitern selbst unterstützt werden. Vielfach getrauen sich diese aber leider nicht, die Wahrheit über die Zustände in den Betrieben zu sagen, um es mit den Unternehmern nicht zu verderben. Das wird von den Gegnern der Vervollkommnung des Fabrikinspektorats natürlichweise bestritten, es bleibt aber nicht desto weniger wahr. Das Münchener Arbeitersekretariat, dem unser Genosse Seggi vorsteht, ist in der Lage, hierfür ein paar neue drastische Beispiele anzuführen. Eine jugendliche Arbeiterin leugnete dem Inspektor gegenüber, über die gefahrliche Zeit hinaus beschäftigt worden zu sein. Als sie bald darauf entlassen wurde, erschien sie auf dem Sekretariat und theilte mit, daß sie vom Vorarbeiter gezwungen wurde, die Wahrheit zu verschweigen. In einer Tischler-Werkstätte verunglückten drei

Arbeiter in kurzer Zeit an einer Säge, erst dann ließ sich der Unternehmer herbei, die erforderlichen Schutzvorrichtungen anzubringen. Inzwischen hatte das Arbeitersekretariat den Aufsichtsbearbeiter ersucht, den Betrieb zu besuchen. Die Arbeiter erklärten dem Beamten, daß die Schutzvorrichtungen schon vorhanden gewesen, als sie verunglückten. Als sie aber später entlassen wurden, kamen sie aufs Arbeitersekretariat und berichteten, daß sie dem Beamten die Unwahrheit gesagt hatten und daß die erlittenen Unfälle die Folge des Mangels an Schutzvorrichtungen waren.

Eine neue Gewerbe-Inspektion ist in Gleivitz errichtet worden.

Die Stuttgarter Konferenz der Vertrauensmänner für die württembergische Fabrikinspektion folgte nach einem Vortrag des Genossen Keil über das Thema „Die Fabrikinspektion und die Arbeiter“ einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Konferenz erachtet in dem Institut der Fabrikaufsicht den wesentlichsten Bestandteil eines wirksamen Arbeiterschutzes. Sie ist aber der Ueberzeugung, daß die Aufsicht nur dann den an sie zu stellenden Anforderungen entsprechen kann, wenn die Zahl der Beamten wesentlich vermehrt und Assistenten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen genommen werden. Sie erachtet ferner die Ausdehnung der Aufsicht auf die Hausindustrie als ein dringendes Bedürfnis, wenn die Inspektion den Zweck, die krassesten Mißstände der Ausbeutung der Arbeiter unmöglich zu machen, erreichen soll.“

Es folgte ein Vortrag des Stuttgarter Arbeitersekretärs Agster über die praktische Thätigkeit der Vertrauensmänner. In der Diskussion darüber wurde von allen Seiten bedauert, daß die Inspektion der Betriebe fast immer nur nach vorübergehender Anmeldung beim Unternehmer und in Begleitung desselben oder seines Vertreters vorgenommen werde. Es wurde eine Resolution angenommen, worin der Werth des Vertrauensmänner-Instituts betont wird und die Arbeiter aufgefordert werden, sich seiner ausschließlich zu bedienen. Die Vertrauensmänner sollen mindestens einmal im Jahre einen schriftlichen Bericht über ihre Thätigkeit an das Arbeitersekretariat einreichen, welches das Material dann zu verarbeiten hat. Weiter wurden die Vertrauensmänner beauftragt, dafür zu sorgen, daß in allen Industrie-Orten auch weibliche Vertrauenspersonen ernannt werden. In der Debatte erklärte man sich entschieden dagegen, daß für diese Funktion von dem Fabrikinspektorat barmherzige Schwereisen verwendet werden.

Ferner wurde beschlossen, an die Zentralstelle für Gewerbe und Handel eine Eingabe zu richten um unentgeltliche Ueberlassung der Inspektionserichte an die Vertrauensmänner. Die Anregung, um Bewilligung eines Staatsbeitrages zur Entschädigung der Vertrauensleute einzukommen, fand ebenfalls Zustimmung.

Der Vorsitzende der Konferenz, Genosse Leipart, führte in seinem Schlusswort aus: So mangelhaft die Konzeption, die die heutige Gesellschaft dem Arbeiter mache, auch seien, so müsse man doch das wenige, was die Schutzgesetz bieten, anzunehmen suchen. Die Rechte der Arbeiter zu vertreten, dazu hätten wir ganz besonders gegenwärtig, angesichts des Posadowsky'schen Attentats auf die Koalitionsfreiheit, allen Anlaß.

Arbeiter-Risiko. In einem Kalkofen bei Theben-Neudorf bei Preßburg in Ungarn sind 4 Arbeiter auf bisher unangenehme Weise erstickt.

In einer Apotheke in St. Gallen in der Schweiz erlitten der Apotheker und 3 Arbeiter durch Explosion von Gasen, die sich bei der Anfertigung von Präparaten gebildet hatten, Verletzungen. Der Apotheker und ein Preizer sind denselben erlegen.

Apotheker-Rechnungen. Die „Niederrheinische Volkstribüne“ in Düsseldorf hat vieler Tage die dortigen Apotheken daraufhin kontrollieren lassen, wie hoch man sich die Anfertigung der Arzneien bezahlen läßt. Ein und dasselbe Rezept, das aber natürlich vom Arzte vervielfältigt worden war, wurde in ca. 12 Apotheken aufgegeben. Das Ergebnis war, daß die Arznei, die in einer Apotheke 65 Pf. kostete, in anderen mit 90, 95, 120 und 135 Pf. bezahlt werden mußte. Die „Niederrheinische Volkstribüne“ läßt nun die Arzneien auf ihre Bestandtheile hin von einem Fachmann untersuchen.

Der Staat und die Ehe. Schwere Strafe trifft Personen, die im Konkubinat leben, und das ansehnliche Geschlechtsglied ist überhaupt mit dem Makel der Unstittlichkeit behaftet. Der Staat überläßt aber die Stittlichkeit dadurch, wenn er gewissen Kategorien seiner Angehörigen gebietet, nur unter bestimmten Bedingungen sich zu verheirathen zu dürfen. So ist das auf Tagelohn eingestellte Personal des Münchener Rangierbahnhofs mit einem Uebel bestraft worden, worin ein Herr Kippstein namens der „Königl. Bahnstation I. Kl.“ zur Vermeidung vorzeitiger und mangelhafter Gesuche u. a. folgende „Verheirathungs-Bestimmungen“ bekannt giebt:

„Zur Ertheilung der dienlichen Verheirathungsbewilligung“ wird vorausgesetzt, daß die Gesuchsteller: a) in das 26. Lebensjahr eingetreten sind, b) sich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden, das heißt keinen Schadenersatz zu leisten haben und in keine Schulden gerathen sind, c) daß sie seit angemessener Zeit keine erhebliche Disziplinstrafe, wie Strafverurteilung, Zurückverweisung in eine andere Dienstklasse oder Androhung der Entlassung erlitten haben und d) die gestroffene Wahl vom Standpunkt der dienlichen Interessen nicht unzulässig erachtet.“

Weiter wird verlangt, daß dem Gesuche beizulegen sind das Geburts-, Familienstands- und Vermögenszeugniß der Braut, sowie die Einwilligungserklärung des Vaters oder Vormunds, sofern die Braut noch nicht 24 Jahre alt ist.

Nach diesem Erlaß entscheidet also der obere Beamte nicht nur darüber, ob ein Arbeiter heirathen darf, sondern er entscheidet auch über die Wahl der Braut. Das ist die Staatsmacht in der abstoßendsten Form. Selbst in den schlimmsten Zeiten der mittelalterlichen Junkerherrschaft ist dem Arbeiter im Punkte der Verheirathung kaum mehr zugemuthet worden als heute.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 9. Febr. (B. D.) In hiesigen diplomatischen Kreisen wird die Ansicht, daß Rußland die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den kretensischen Gouverneursposten definitiv zurückgezogen hat, nicht geteilt; man ist vielmehr der Ueberzeugung, daß auf diese Kandidatur über kurz oder lang wieder zurückgegriffen werden wird, was auch die Anstellung Lord Salisbury's im englischen Oberhause erkennen lasse. Außerdem, so wird berichtet, bestehe jetzt die Gefahr, daß die Machtübernahme an der Krena wegen des momentanen Mißerfolges früher oder später Revanche nehmen werden, und zwar nicht nur am Sultan, sondern auch an denjenigen Mächten, welche den Sultan zum Widerstand aufstachelten.

Rom, 9. Februar. (B. L. B.) Die Kammer hat die Wahl des Sozialisten Cipriani, der in Forlì wiedergewählt war, nachdem seine Wahl bereits einmal für ungültig erklärt war, wiederum für ungültig erklärt.

Konstantinopel, 9. Februar. (B. H.) In Galata haben in der letzten Nacht zwischen deutschen und englischen Matrosen einerseits und türkischen Zivilpersonen andererseits Raufereien stattgefunden. Mehrere deutsche Matrosen und mehrere Türken haben Verletzungen erhalten. Die Polizei schritt ein und trieb die Raufenden auseinander.

Wendig, 9. Februar. (B. H.) Auf dem Bahnhof in Mestre hat ein angelischer Dr. Otto Kuerth aus Berlin Selbstmord verübt, nachdem er vorher sein ganzes Vermögen im Spiel verloren hatte.

Prätorien, 9. Februar. (Meldung des Reichstages-Bureau's.) Präsident Krüger ist auf weitere fünf Jahre zum Präsidenten der südafrikanischen Republik gewählt worden.

Reichstag.

36. Sitzung, Mittwoch, den 9. Februar 1898, 2 Uhr.

Am Bundesrathliche: v. Bülow. Die zweite Staatsberatung wird beim „Vorwärtigen Amt“ fortgesetzt. Die Diskussion über den Titel Staatssekretär dauert noch fort.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich gehe auf die Ausführungen Bebel's vom gestrigen Tage ein. In betreff des Vergleichs mit dem Jameson'schen Einfall sage ich nur: Quod licet Jovi, non licet bovi. Ich bedauere es, daß unsere parlamentarischen Institutionen es gefaßt haben, in dieser Weise gegen die Autorität der Krone vorzugehen, wie Herr Bebel es gestern that. Doch ich muß konstatieren, daß diese Ausführungen in der ungeheuren Mehrheit des Volkes große Entrüstung hervorgerufen haben. (Bravo! rechts.) Herr Richter meinte gestern, wir seien im Begriff, uns mit einer chinesischen Mauer zu umgeben, wenn unsere Politik in den Bahnen sich fortbewege, die der Landwirtschaftsrath erst neuerdings empfohlen habe. Um diese Behauptung zu widerlegen, geht Redner ausführlich auf die deutsche Handelspolitik der letzten Jahre ein. — Wir dürfen unsere Macht dem Auslande gegenüber beim Abschluß von Handelsverträgen nicht unterschätzen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Förster (Reform-P.): (wild. Ant.) kommt auf seine früheren Äußerungen über die Rede des Abg. v. Roschke zurück und giebt zu, daß er vielleicht zu weit gegangen sei, dieselbe als hochverräterisch zu charakterisieren, im wesentlichen müsse er aber nach nochmaliger Prüfung sein damaliges Urtheil durchaus bestätigen.

Abg. Werner (Reform-P.): Ich wundere mich, daß gerade Herr Bebel, als Vertreter der internationalen Arbeiterpartei, auf die Gefahr hinweist, die uns durch die Konkurrenz der chinesischen Arbeiter droht. Im übrigen bin ich durchaus für ein Einwanderungsverbot gegen dieselben. Was die Gewerbung Kantschun's selbst anbelangt, so begreifen wir das Vorgehen der Regierung nach allen Seiten hin mit großer Freude. Werner geht dann auf eine Zeitungsausschnitt ein, nach der die Konzession für die Spielbank in Monaco auf 50 Jahre verlängert sei. Ich frage die Regierung, ob es nicht möglich ist, dies Piratenstium in Europa endlich zu unterdrücken.

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich komme nochmals auf die monströsen Beschlüsse, die vorgestern unter Führung des Herrn Kanitz gefaßt sind. Wir müssen den Herren sehr dankbar sein, daß Sie so offen ihre Karten auslegen und uns wieder Gelegenheiten geben, auf Ihre Politik einzugehen. Sie sprechen von einem System der planlosen Politik, welches die Handelsverträge hervorgerufen hat. Planlos war die Politik des Fürsten Bismarck. Dahin hat Sie uns geführt, daß gegen Deutschland sich immer höher die Zollschranken aufzurichten. Ich habe nicht die Handelsverträge verurtheilt, ich habe nur gewünscht, daß in ihnen noch mehr die alte Politik des Zollvereins verwirklicht werden möchte. Wir müssen zu den gesunden Prinzipien zurückkehren, die wir nach dem Jahre 1870 niemals hätten verlassen sollen. Graf Kanitz hat von Oesterreich und Rußland so gesprochen, als ob er von ihnen mehr wüßte als die österreichische und russische Regierung selbst. Was er ausführte, gleich der oft gehörten Behauptung, daß England im Begriff stehe, zum Schutzsystem sich zu bekehren. Ich will noch bemerken, daß für den österreichischen Handelsvertrag seinerzeit 28 konservative Stimmen, beinahe ebenso viel als sich dagegen erklärt haben. Um für die Exportindustrie zu sorgen, reizen sie alle anderen Staaten, sich gegen dieselbe abzusperren. Wer eine solche Politik beströmet, hat nicht den mindesten Begriff von den Beziehungen zwischen Handel und Industrie. Selbst Fürst Bismarck haben Sie da nicht auf Ihrer Seite. Vorschläge, wie sie vom Grafen Kanitz kommen, gehen weit über alles, was jemals in Deutschland beströmet worden ist. Man sollte glauben, daß das nur in China möglich ist. Ich bin aber den Chinesen eine Erklärung schuldig: Man hat es mir von Seiten der Chinesen selbst genommen, daß ich unsere Agrarier mit ihnen verglichen habe. (Heiterkeit.) Sie sagen: die chinesische Mauer, die ist nicht von den modernen Chinesen erbaut worden, im Gegentheil, diese wollen sie niederreißen; eure Agrarier aber wollen ja heute sie erst errichten. (Heiterkeit.) Si-Yung-Tschang, der in China etwa dasselbe ist, wie bei Euch Bülow oder Posadowsky (Heiterkeit), hätte nie in den wirtschaftlichen Anschauungen einen Mann gewählt, der, wie Graf Kanitz, einen Antrag eingebracht hat, von dem mit Recht gesagt ist, daß er Brotmischer treibe zum Nachtheil der Kernstien des Volkes. (Beifall links und große Heiterkeit.)

Abg. Graf v. Bismarck-Schönhausen (Sp.): Herr Richter hat die Handelspolitik des Fürsten Bismarck planlos genannt. Ich muß diesen Vorwurf zurückweisen. Fürst Bismarck hat zur Zeit des österreichischen Kaiserreichs den Abschluß eines österreichischen Handelsvertrages abgelehnt, ohne daß die Beziehungen Deutschlands zu diesem Nachbarstaat verschlechtert worden wären. Fürst Bismarck hat weitanschauende Pläne gehabt in der Zollpolitik, die aber durch die Krise von 1890, die alles von acht zu acht Tagen in Frage stellte, nicht zur Ausführung gelangen konnten. Gegen Handelsverträge sind wir auf der Rechten natürlich prinzipiell nicht, ist auch Fürst Bismarck niemals gewesen. Es müssen nur günstige Handelsverträge sein, in denen der einzig vernünftige Grundsatz des do ut des (Ich gebe, damit Du gibst) genügend gewahrt ist. Wir freuen uns, daß jetzt vom Regierungssitz die Politik der Sammlung gepredigt wird. Herr v. Miquel hat es dem Fürsten Bismarck mit recht zum Verdienst angerechnet, daß er die beiden Pfeiler der Landwirtschaft und Industrie zusammenzuhalten verstanden hat. (Sehr richtig, rechts.) So muß es auch wieder werden. Wir fühlen uns wie Herr Richter als Vertreter der nationalen Produktion und nationalen Arbeit. Ich hoffe, wir werden bei der Berücksichtigung dieser beiden Dinge zum Abschluß günstiger Handelsverträge gelangen und Herr Richter wird dann die Freude erleben, daß viele nicht nur auf der Rechten für diese Handelsverträge eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Sog.): Herr Abg. Haffe hat meine gestrige Rede angegriffen und gemeint, daß Äußerungen, wie ich sie über die auswärtige Politik gethan habe, in keinem Parlament der Welt möglich seien. Darin irrt er sich indes gründlich. Ich brauche nur an die Vorgänge im französischen und österreichischen Parlament zu erinnern, mit denen die Vorgänge hier gar keinen Vergleich aushalten und ebenso ist es in England. Wenn eine englische Regierung Schritte in der auswärtigen Politik unternimmt, mit denen die Opposition nicht einverstanden ist, so wird auch im englischen Parlament eine Kritik geübt, die weit verschieden ist von der im deutschen Reichstag gebräuchlichen. — Herr Abg. Haffe hat weiter behauptet, in meinen Ausführungen über die Gefahr, die in der Einführung chinesischer Nullis und anderer auswärtiger Lohnbrücker Arbeiter für die deutsche Arbeiterklasse liegt, bestehe ein Widerspruch zu unseren Anschauungen über das internationale Proletariat. Offenbar weiß Herr Haffe nicht, was wir unter international verstehen. Wir erkennen mit Hilfe der organisierten Arbeiterklasse aller Länder die Weiterbildung und soziale Befreiung der gesamten Arbeiterklasse. Wir wollen sie fähig machen, überzumeinen an allen Kulturverengungen. Die Unternehmener aber gehen darauf aus, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herunterzudrücken, sie wollen verhindern, daß die deutschen Arbeiter sich diejenige Position eringen, die sie ohne die Konkurrenz der fremden Arbeiter erlangen würden. Die deutschen Arbeiter sind bisher gegen die Einfuhr fremder Arbeiter so loyal wie nur möglich aufgetreten, ganz im Gegensatz zu den Arbeitern anderer Länder. Ich brauche nur hinzudeuten auf die Vorgänge, die in Frankreich sich häufig genug ereignen, wo im Norden französische und belgische Arbeiter, im Süden italienische und französische in heftigsten Konflikt geraten. Daß in Deutschland derartige Vorkommnisse sich noch bisher nie er-

eignet haben, ist wesentlich dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei geschuldet. Der Abg. Haffe hat aber darauf hingedeutet, daß möglicherweise durch Gesetz die Einfuhr fremder Arbeiter nach Deutschland verhindert werden müsse. Er wird damit bei seinen eigenen Parteigenossen wenig Erfolg haben, zumal wenn es sich um die Einfuhr polnischer und italienischer Arbeiter handelt. Ob meine Partei bereit sein wird, für ein solches Gesetz, wie Abg. Haffe es angeregt hat, zu stimmen, steht noch sehr in Frage. Noch eins kommt in Betracht. Die deutschen Unternehmer zwingen die deutschen Arbeiter ihrerseits durch die Konkurrenz, die sie ihnen durch fremde Arbeiter bereiten lassen, nach dem Auslande auszuwandern. Gegenwärtig bereits verwenden viele deutsche Schiffsgesellschaften Chinesen an Bord der Schiffe. Die Dampfschiff-Niederrei von 1889 wendet dabei sogar das schmutzige Verfahren an, daß sie deutsche Arbeiter in Deutschland für drei Monate engagiert und die Leute, wenn die Schiffe in Shanghai angekommen sind, abwarf. Für die Rückfahrt benutzten sie dann chinesische Arbeiter. Die Deutschen aber müssen im Auslande auf eine Gelegenheit warten, wieder in die Heimat zurückzukehren. Auch andere Dampfschiff-Niederreien folgen diesem Beispiel. Besonders die Hamburger Genossen haben darüber geklagt. So rechneten die Schiffarbeiter darauf, als eine Gesellschaft ihre Forderungen vorzubringen, daß ein Theil ihrer unbeschäftigten Kollegen Beschäftigung an Bord der Schiffe finden würde. Diese Hoffnung ist zu nichte gemacht worden; es wurden chinesische Arbeiter angenommen. Hierzu kommt noch die agrarische Politik, die dem deutschen Arbeiter die Lebensmittel vertheuert und seine Organisation zu verhindern trachtet, durch die er sich aus eigener Kraft eine bessere Lebensstellung zu erlangen versucht. Ich will die Frage der Handelspolitik nur ganz kurz streifen. Ich meine, die deutsche Arbeiterklasse hat allerdings das größte Interesse daran, daß Deutschland auch künftighin auf dem Boden der Handelsvertragspolitik bleibt. Nur dadurch kann der deutsche Ausfuhrhandel aufrecht erhalten und damit der deutschen Arbeiterklasse dauernde Beschäftigung gewahrt werden. Die Beschlüsse des Landwirtschaftsraths, der gegenwärtig tagt, sind direkt handelsvertragsfeindlich gewesen und nicht nur das, auch direkt kulturfeindlich. Wenn die Agrarier so weit gehen, zu behaupten, daß der Bau von Kanälen eine Entfädigung der Landwirtschaft bedeute, so ist das ein Standpunkt, mit dem wir überhaupt nicht mehr die Karten können. Herr v. Kardorff hat gestern geglaubt, mir vorhalten zu können, die Zahlen meiner Beweisführung seien einer bimetalistischen Schrift entnommen. Ich kenne weder den Verfasser noch den Namen dieser Schrift, die er genannt hat; meine Zahlen stammen aus den verschiedensten Quellen. Was nun meine Schlussfolgerung anlangt, so werden wir ja sehen, was die Zukunft bringt, ob Sie oder wir bei den Wahlen recht behalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Jagdschowitz (Sog.): Der Abg. Förster hat weder damals noch heute den Nachweis gebracht, daß Herr v. Roschke in Lemberg eine handverräterische Rede gehalten hat.

Abg. Graf v. Kanitz (L.): Was ein Landwirtschaftsrath beschlossen hat, ist dasselbe, was in Frankreich seit 6 Jahren zu recht besteht und allen produktiven Klassen dort zu gute kommt. Wollte ich bestimmt diese Thatsache den Abg. Richter, den Ausdruck „monströse Beschlüsse“ zurückzunehmen. Unsere wichtigsten Handelsinteressen liegen nicht in den zentralen europäischen Staaten, sie liegen in den überseeischen Ländern. Das allein genügt, um die Richter'schen Ausführungen zu entkräften. Herr Richter hat davon gesprochen, daß ich in China in einem wirtschaftlichen Anschauung nicht zu brauchen gewesen wäre. Das glaube ich, dazu bin ich viel zu freihändlerisch gesinnt. Ich sehe im Prinzip auf dem Boden des Freihandels. (Heiterkeit.) Aber der läßt sich erst durchführen, wenn der nationalen Arbeit ein ausreichender Schutz gewährt ist. (Heiterkeit.)

Abg. Fehr. Seyl zu Herrnsheim (nall.): Der Abg. Richter hat nicht das Recht, immer im Namen der Industrie und der Konsumenten zu sprechen! Ist denn nicht auch die ländliche Bevölkerung ein enorm vergrößerter Absatz nach dem Auslande interessiert? Die Industrie hat von den Handelsverträgen theilhaftig nicht den Nutzen gehabt, den er erhofft hatte. Graf Kanitz hat keineswegs lediglich das agrarische Interesse vertreten. Die Politik der Sammlung, die er empfohlen, weckt im Volke freudigen Widerhall. (Beifall rechts.)

Abg. Jechen (nall.): Wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Bebel bezüglich Shanghai. Es ist durchaus nicht wahr, daß die chinesischen Arbeiter in den Niederreien als Lohnbrücker gebraucht werden.

Abg. Richter (fr. Sp.): Der Abg. Seyl zu Herrnsheim hat von der Politik der Sammlung gesprochen. Was da gesammelt wird, das sind einige Kreise der Bevölkerung zur Ausbeutung der großen Masse des Volkes. Ich habe die Handelspolitik des Fürsten Bismarck planlos genannt. Ich moche da Unterschiede und habe die spätere Politik im Auge gehabt. Fürst Bismarck hat das Verdienst, den deutsch-französischen Handelsvertrag im Jahre 1872 abzuschließen zu haben. Ich sehe noch auf dem Standpunkt dieser bismarck'schen Handelspolitik und nenne sie planvoll. 1879 ist aber Fürst Bismarck Schutzollner geworden und im letzten Jahre seiner Amtsbiligkeit kam wieder eine neue Episode in der Handelspolitik. Das nenne ich planlos. Die deutsche Industrie hat schwer unter der Schutzollpolitik des Fürsten Bismarck gelitten. Deshalb haben sich Graf Caprivi und Herr von Marschall durch ihre Handelsvertragspolitik ein großes Verdienst erworben. (Sehr richtig, links.) Graf Kanitz sprach von Frankreich. Mit ein paar Worten ist der Vergleich mit Frankreich nicht abzu thun. Frankreich hat eine sehr geringe Zunahme der Bevölkerung, in Deutschland nimmt die Bevölkerung jährlich um 1 Pkt. zu. Wie soll denn diese Bevölkerung ernährt werden. (Sehr wahr! links.) Bebel hat mit recht das Verhalten des Landwirtschaftsraths gegenüber den Kanalprojekten gekennzeichnet. Ist das denn wirklich die Ansicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung? Daß man erst Kanäle baut und dann ihre Wirkung wieder aufheben will, das Stückchen gehört nicht nach China, sondern nach Abdera. (Große Heiterkeit.) Es ist doch eigenartig, daß die Opposition allein der Regierung in diesen Fragen konsequent gefolgt ist. In Preußen sind ja andere Minister gekommen, aber in den übrigen Staaten da sitzen ja noch dieselben Herren, die die Handelsvertragspolitik mitgemacht haben. Und keiner von Ihnen, auch nicht die Herren aus den Hansestädten, ergreift hier das Wort. Das heißt dann Kontinuität der Regierung, dann soll die Regierung im Volke noch Autorität haben. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Gerade in der Industrie zollt man noch heute dem Fürsten Bismarck die allergrößte Verehrung. Das ist der beste Beweis gegen die Behauptung des Abg. Richter. Herr Richter meint, mit unserer Politik gehörten wir nach Abdera. Herrn Richter's volkswirtschaftliche Politik gehört nach Schöppenstedt oder Schilda. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Dr. Paasche (nall.): Wir sind heute wie früher Anhänger der Handelsvertrags-Politik. Wir wünschen Tarifverträge, wenn in ihnen die Rechte Deutschlands ausreichend gewahrt sind. Weil einzelne meiner Freunde diese Bedingung nicht voll beim russischen Handelsvertrag erfüllt haben, haben sie gegen ihn gestimmt. Wir haben uns erst neulich durch den Kollegen Friedberg im Abgeordnetenhaus für Tarifverträge ausgesprochen, allerdings unter Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft.

Abg. Richter (fr. Sp.): Im Abgeordnetenhaus hat sich Herr Friedberg weniger für Tarifverträge als für Erhöhung der Kornzölle ausgesprochen. Herr Kardorff verwechselt den Bund der Industriellen mit der gesamten Industrie, letztere begt keine Dankbarkeit für den Fürsten Bismarck. Herr v. Kardorff hat mich nach Schöppenstedt geführt. Ich will bei China, von wo wir ausgegangen sind, bleiben. Eins hat Herr v. Kardorff mit den Chinesen gemein, die Vorliebe für das Silber und die Abneigung gegen das Gold. Dieser Sops hängt ihnen Weiden hinten. Aber während

sich China noch zur Goldwährung bekehren wird, wird sich Herr von Kardorff als letzter Bimetallist mit seinem langen und dicken Sops begabren lassen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Fehr. v. Zimm (Sp.): Herr Richter zieht hier gegen den Schutzoll zu Felde, er sitzt aber hier nur im Reichstage, weil ihn die Schutzollner des Reiches wegen der Stichwahl gewählt haben.

Abg. Graf v. Schwerin-Löwisch (L.) wendet sich gegen die vom Abg. Richter an den Beschlüssen des Landwirtschaftsraths geübte Kritik. Wenn andere Länder sich mit chinesischen Mauern umschließen, können wir unser Land nicht offen lassen gegen den Produktionsüberschuß der ganzen Welt. Die Handelsverträge stellen ein einseitiges Rechtsverhältnis dar und deshalb müssen sie so bald als möglich gekündigt werden. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Warth (fr. Sp.): Graf Kanitz und seine Freunde thun so, als ob sie auch die Interessen der Industrie vertreten. Dann müssen ja die Industriellen mit den letzten Handelsverträgen ganz unzufrieden sein. Das gerade Gegenteil aber ist der Fall. Jetzt ist gar Frankreich das gelobte Land. An den Herrn Staatssekretär richte ich die Frage, wie weit die Verhandlungen mit England über die Erneuerung der gekündigten Handelsverträge gediehen sind.

Staatssekretär v. Bülow: Wir haben die Grundrisse unserer Forderungen England übermittelt, die Antwort Englands ist aber noch nicht eingetroffen. Mehr kann ich jetzt nicht sagen.

Abg. Dr. Schoenlank (Sog.): Die Regierung hat bis jetzt auf die Kritiken an den Handelsverträgen nicht reagiert. Nicht einmal der Vertreter der sächsischen Regierung, obgleich der sächsische Minister Reichs im sächsischen Landtage ausdrücklich erklärt hat, daß die Handelsverträge im Interesse Sachsens liegen. Die Statistik hat nachgewiesen, daß im Erzgebirge unter dem Hochschutze eine Entvölkerung stattgefunden hat. (Hört! hört!) Erst nach der Wiedereinführung der Handelsverträge ist dort die Lage günstiger geworden. Wenn Herr v. Hammerstein-Logten sich im preussischen Abgeordnetenhaus zu gunsten der Herren auf der Rechten festlegt, so ist allerdings die Frage erlaubt, ob der Kugelsang von heute auch 1903 noch festhalten wird. (Heiterkeit.) Im übrigen will ich die Konservativen daran erinnern, daß sie nicht immer Hochschutzhöller gewesen sind. 1876 hat Herr v. Bebel-Rathow namens der Rechten Schulter an Schulter mit Eugen Richter und Karl Braun-Biesbaden in der Frage der Eisenzölle auf Seiten der Freihändler gekämpft und erklärt, daß man die Arbeiter aus dem nördlichen und östlichen Deutschland, die man in der Blüthe der Eisenindustrie herangezogen hatte, nun bei der Stodung dieser Industrie nicht für die jegliche Roth bezahlen lassen könne. Er äußerte sich damals auch allgemein, daß kein Grund vorliege, die nationale Arbeit in einem Gewerbe zu schämen, wenn dies auf Kosten der übrigen Gewerbe geschehen solle. Die Idee des Schutzes der nationalen Arbeit führe zu einem komplizierten Schutzoll-System, wie es komplizierter kaum gedacht werden könne. Herr v. Bebel sprach auch über die landwirtschaftlichen Zölle und äußerte sich dabei folgendermaßen: „Ferner ist und vorgeworfen, daß auch die Landwirtschaft Schutzzölle genießt. Das ist richtig und auch nicht. Es existiren allerdings Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, das sind Hopfen, Butter, Käse und Schweine. Diese Zölle sind aber keine Finanzzölle, und ich erkläre Ihnen — ich glaube, die deutsche Landwirtschaft hinter mir zu haben —, daß wir bereit sind, diese Zölle jeden Augenblick aufzugeben.“ Dann allerdings ändert sich das Bild. Als die Herren da drüben nicht mehr so exportieren konnten, begannen sie sich auf den großen Subsidienvertrag mit den Großindustriellen vorzubereiten. Denn der ganze Hochschutze-Tarif von 1879 ist ein Subsidienvertrag mit den Eisenindustriellen. Die politische Situation von damals hat sich sehr viel Ähnlichkeit mit der von heute. Damals hat man mit dem Sozialistenreden gearbeitet. Heute arbeitet man wieder damit. Herr v. Mantuffel und seine Freunde haben in Dresden das Schlagwort ausgegeben: Gegen die Sozialdemokraten, Graf Posadowsky kommt mit dem Koalitionsvertrage. Man will eine PreSSION auf die Arbeitermassen ausüben, um hinterher in aller Ruhe die Theilung der Beute zwischen den Großunternehmern der Industrie und der Landwirtschaft bei der Lösung der Handelsvertragsfrage vorzunehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Warten wir erst ab, wie die Wahlen ausfallen werden! Die Konservativen, die links von den Konservativen und rechts von den Wählern in die Scheere genommen werden, haben keinen Grund, zu hoffnungsvoll in die Wahlen hinein zu zielen. Die Regierung steht den Agrariern so freundlich gegenüber, daß sie dieselbe Politik predigt oder wenigstens nicht vertheidigt, von der an höchster Stelle gesagt worden ist, sie sei eine große That gewesen. Die Ansichten wechseln, die Regierung schweigt, aber das Volk wird bei den Wahlen die Antwort geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffke (wildlib): Die Herren auf der Rechten sind keineswegs die Vertreter der gesamten Industrie. Ihre Politik, die Ausbeutung der Meißbegünstigtenverträge, würde die deutsche Industrie vor ein Vacuum stellen. Die Sammlung, die dort geplant wird, läuft nur auf eine Bereicherung jener Herren hinaus (auf Kosten der Gesamtheit. (Große Unruhe.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn die Herren konsequent wären, müßten sie an Stelle der Meißbegünstigtenverträge Tarifverträge wünschen, und nicht, wie der Landwirtschaftsrath, autonome Tarife. Was meine Wahl anlangt, so kam die schutzhöllerische Stimmung der Wähler nicht mehr in Frage, da doch nur zwei Freihändler einander gegenüberstanden.

Abg. Graf Kanitz (L.): Die deutschen Industriellen sind keineswegs mit den Handelsverträgen zufrieden, es ist nämlich nicht nur die Ausfuhr gestiegen, sondern auch die Einfuhr. Alle preussischen Meißbegünstigtenverträge müßten gekündigt werden; an deren Stelle sollen auf Grund eines autonomen Tarifs neue Tarifverträge geschlossen werden.

Die Debatte wird hierauf geschlossen; das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt; ebenso die Forderungen für das auswärtige Amt selbst.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Auer über das Koalitionsrecht; Anträge Schneider und Dr. Bieder, betr. die Berufsvorrede).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Beratung des Flottengesetzes soll in der Budgetkommission am Montag nächster Woche beginnen.

Die sechste Kommission des Reichstages erledigte heute die wichtigen §§ 713-715a der Novelle zur Zivilprozessordnung, welche die Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen betreffen, wobei die im Entwurf vorgeschlagenen Pfändungsbeschränkungen in mehreren Beziehungen erweitert wurden. Auch soll eine besondere Bestimmung zu gunsten der Wittven und minderjährigen Waisen getroffen werden. Die Beratungen werden Freitag fortgesetzt.

Das Zentrum hat im Reichstage einen neuen Gesetzentwurf über die eingetragenen Berufsvereine eingebracht. Er enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen:

§ 1. Werden Vereine, welche die Wahrung und Förderung der Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenkreise bezwecken, zur Eintragung in das Vereinsregister angemeldet, so kann die Verwaltungsbehörde gegen die Eintragung nicht aus dem Grunde Einspruch erheben, weil der Verein einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt oder nach dem öffentlichen Vereinsrecht eines Bundesstaates unerlaubt ist oder verboten werden kann. Mit der Eintragung erhält der Name des Vereins den Zusatz „eingetragener Berufsverein“. § 2. Zwecke der Berufsvereine können insbesondere sein: 1. Die Wahrnehmung der Rechte

der Mitglieder als Mitglieder des Vereins, sowie die Errichtung von Schulen und Einigungsämtern; 2. die Organisation des Arbeitsschutzes und die Gewährung von Unterstüßungen bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfällen, Arbeitsunfällen, sowie in Fällen der Noth; 3. die Ausbildung der Mitglieder in ihrem Beruf durch Vorträge und Unterrichtskurse; 4. die Errichtung von Unterstüßungs-, Kranken- und Versicherungsstellen; die Erörterung und Befestigung aller den Beruf und den Stand der Mitglieder betreffenden Angelegenheiten mit Einschluß der Einwirkung auf die Gesetzgebung und die Verwaltung. — Die Unterstüßungen und Einrichtungen können auf die Familien Angehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. § 5. Werden für bestimmte Bezirke oder innerhalb eines Bezirks für bestimmte Klassen von Mitgliedern Zweigvereine gebildet, so ist jeder Zweigverein von dem Vorstande bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk er sich befindet, zur Eintragung in das Vereinsregister anzumelden. Wird die Anmeldung zugelassen, so hat das Amtsgericht ohne Mittheilung an die Verwaltungsbehörde dem Zweigverein sowie den Namen und Wohnort des Geschäftsführers einzutragen und den Eintrag demjenigen Amtsgericht anzuzeigen, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat. Änderungen in dem Bezirk des Zweigvereins oder in seiner Vertretung sowie die Auflösung des Zweigvereins sind von dem Vorstande anzumelden. Auf die Eintragung des Zweigvereins finden die für den Verein geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. § 6. Mehrere Vereine können zur gemeinsamen Verfolgung von Berufs- und Standesinteressen in Verbindung treten. Die Verfassung der Verbindung wird durch den Verbandsvertrag bestimmt. —

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs, betreffend die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten, besteht aus den Abg. Busch, v. d. Groeben, Dr. Jerner, v. Mendel-Steinfels, Scheitler, Rückhoff, v. Vos, Dr. v. Cuny, Dr. Friedberg, Vorsitzender, Groth, Dr. Dittrich, Dr. Porfah, Trimbora, van Vloten.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat Abg. Herold (3.) beantragt, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Gesetz vom 12. März 1881 betr. die Ausführung der Reichsgesetze über die Abwehr und Unterdrückung der Diebstahle, nach der Richtung abgeändert wird, daß die Kosten tierärztlicher Untersuchungen, welche auf Anordnung von Verwaltungsbehörden erfolgen, auf die Staatskasse übernommen werden. —

In der Kommission des Abgeordnetenhauses für die Vorbereitung des Antrages des Fuchs auf Abänderung des Gemeinde-Wahlrechts hat der Kommissar des Ministers des Innern eingehende Mittheilung über die von der Staatsregierung ermittelten Daten betreffend die Wirkungen der Steuerreform auf das Wahlrecht gemacht. Danach sind, was das Landtags-Wahlrecht anlangt, zunächst die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen des Jahres 1893 und sodann diejenigen der seit 1895 vorgenommenen Ersatzwahlen ermittelt und bearbeitet. Allein diese Ersatzwahlen umfassen nur 5 pCt. aller Urwahlbezirke und gestatten schon aus diesem Grunde keinen sicheren Schluß auf die Wirkung der Steuerreform auf das Landtagswahlrecht im ganzen. Soweit diese wenigen Ersatzwahlen aber einen Rückschluß gestatten, ist eine erhebliche Verschiebung des Landtagswahlrechts nicht eingetreten. Betreffs des Gemeindevahlrechts sind die Ergebnisse der Gemeindevahlen der Jahre 1895 und 1896 sowohl ermittelt als vollständig bearbeitet. Danach sind allerdings in den Großstädten und den ländlichen Industriegemeinden starke Verschiebungen vorgekommen, schon weniger in den anderen größeren und mittleren Städten, in den von der Landwirtschaft lebenden Kleinstädten und Landgemeinden aber so gut wie gar keine. Die Erhebungen über die im Jahre 1897 vorgenommenen Gemeindevahlen sind noch nicht ganz abgeschlossen; was vorliegt, gestattet aber den Schluß, daß im Jahre 1897 noch weitere Verschiebungen festgefunden haben und daß daher die aus den Jahren 1895 und 1896 vorliegenden Materialien noch keinen genügenden Anschluß über das zu behandelnde Thema geben. Auch hier fehlt es also an einer völlig einwandfreien thatsächlichen Unterlage für ein gesetzgeberisches Vorgehen.

Die Kommission hat gleichwohl die Vorlage der vorhandenen Materialien gefordert und zunächst ihre Sitzungen bis dahin ausgesetzt.

Lokales.

In allen sechs Berliner Wahlkreisen finden heute Abend 8 Uhr öffentliche Partei-Versammlungen statt, die sämtlich folgende Tagesordnung haben: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Vorschläge ev. Aufstellung von Kandidaten. 4. Wahl je eines Komitees zur Leitung der Wahlen.

Die Wichtigkeit dieser Tagesordnung ist einleuchtend, sie erfordert, daß jeder Parteigenosse pünktlich zur Stelle ist. Die Versammlungen werden in folgenden Lokalen abgehalten:

1. Wahlkreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
2. Wahlkreis: Marten's Festsäle, Friedrichstr. 296.
3. Wahlkreis: Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
4. Wahlkreis: Keller's Festsäle, Kopenstr. 29.
5. Wahlkreis: Böhm's Brauerei, Prenzlauer Thor.
6. Wahlkreis: Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.

Zur Lokalliste. Der Musikverein „Euterpe“ veranstaltet am 12. Februar im Luffen-Theater Reichendergestraße, der Hensel'sche Gesangverein am 19. Februar im Artushof, Perlebergerstraße, einen Maskenball; da beide Lokale zu Versammlungen nicht zu haben sind, werden die Genossen ersucht, diesen Festlichkeiten fern zu bleiben. Die Lokalkommission.

Die Ernährungsweise der Berliner Säuglinge. Bei der Volkszählung von 1895 wurden in Berlin 37316 im ersten Lebensjahre stehende Kinder gezählt. Die Ernährungsweise wurde bei 87245 ermittelt. Davon wurden ernährt: mit Muttermilch 16097 (= 432,2 pro 1000), Ammenmilch 536 (1,4), Brust- und Thiermilch 622 (1,6), Brustmilch und Surrogat 38 (1,0), Brust-, Thiermilch und Surrogat 22 (0,6), Brustmilch und Familienkost 237 (0,6), Thiermilch 16918 (454,3), Thiermilch und Surrogat 723 (1,9), nur Surrogat 206 (0,5), Nahrungsmitteln anderer Art und Familienkost 1519 (40,8), nur Familienkost 325 (0,7). Vertheilt man die Kinder auf die 12 Lebensmonate des ersten Lebensjahres (wobei wir uns auf die Betrachtung des 1. und 12. Monats und der beiden größten Gruppen „Muttermilch“ und „Thiermilch“ beschränken wollen), so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Die mit Muttermilch ernährten Kinder machten unter allen Kindern des 1. Lebensjahres, wie oben erwähnt, annähernd die Hälfte aus, unter denen des 1. Lebensmonats aber nahezu zwei Drittel (3228 unter 3557) Mit wachsendem Alter nimmt der Antheil der mit Muttermilch ernährten Kinder naturgemäß ab. So waren 1896 unter den Kindern des 12. Lebensmonats schließlich nur noch wenig mehr als ein Viertel Muttermilch-Kinder (748 unter 2925). Der Antheil der mit Thiermilch ernährten Kinder blieb bei den Kindern des 1. Lebensmonats weit unter einem Drittel zurück (1079 unter 3557), betrug aber bei denen des 12. Lebensmonats erheblich mehr als die Hälfte (1674 unter 2925). Die Vertheilung der im 1. Lebensjahre stehenden Kindern nach Wohnungs-Klassen zeigte 1895, ebenso wie bei den Vorzählungen, daß mit dem Steigen der Zimmerzahl der Antheil der Muttermilch-Kinder regelmäßig abnimmt, d. h. daß die Kinder verhältnißmäßig desto seltener mit Muttermilch ernährt werden, je wohlhabender die Eltern sind. Mutter-

milch-Kinder waren von je 1000 in einer Wohnung mit nur 1 Zimmer vorgefunden 4 Kindern: 502,2, mit 2 Zimmern: 481,0, mit 3 Zimmern: 415,4, mit 4 Zimmern: 327,9, mit 5 Zimmern: 249,6, mit 6 Zimmern: 163,4, mit 7 Zimmern: 104,2, mit 8 Zimmern: 139,7, mit 9 Zimmern: 98,0, mit 10 Zimmern: 137,9, mit 11 oder mehr Zimmern: 102,6. Daß gerade in den kleinsten Wohnungen verhältnißmäßig die meisten Kinder mit Muttermilch ernährt werden, hat seine triftigen Gründe. Namentlich in den ersten Monaten wird die Ernährung mit der Brust von vielen unbemittelten Müttern versucht. Einmal erscheint sie ihnen billiger, — was freilich nicht der Fall ist, da dabei doch nur auf Kosten der Mutter und schließlich auch des Kindes „gespart“ werden könnte. Sodann aber ist sie vor allen Dingen viel einfacher. Die umständliche Zubereitung der Nahrung fällt weg, und außerdem ist die Pflege und Wartung des Kindes, da bei Ernährung mit der Brust die Verdauung normaler ist, weniger zeitraubend. Für unbemittelte Frauen, die gezwungen sind, schon kurz nach der Entbindung wieder die Wirtschaft zu besorgen und bald auch wieder durch Erwerbarbeit im Hause die Kosten des Lebensunterhalts decken zu helfen, fällt die größere Einfachheit der Pflege ohne Zweifel schwer ins Gewicht. In den wohlhabenden Klassen wird die Muttermilch bekanntlich zum Theil durch Ammenmilch ersetzt. Ammenmilch-Kinder waren von je 1000 in einer Wohnung mit 2 Zimmern vorgefunden 6 Kindern: 0,9, mit 3 Zimmern: 3,5, mit 4: 30,6, mit 5: 102,0, mit 6: 166,7, mit 7: 291,9, mit 8: 232,6, mit 9: 274,6, mit 10: 241,4, mit 11 und mehr: 269,3. In Wohnungen mit nur 1 Zimmer wurden überhaupt keine Ammenmilch-Kinder gefunden.) Wie man sieht, ist der Antheil der Ammenmilch-Kinder von 6 Zimmern an bereits höher als der (weiter oben mitgetheilte) Antheil der Muttermilch-Kinder.

In Sachen Biethen ist bekanntlich vor kurzem eine Broschüre des Herrn Wilhelm Mannes erschienen, die auch wir kurz erwähnt haben. Diese Veröffentlichung betreffend ersucht uns Herr M. v. Gaby um Veröffentlichung folgender Zuschrift:

Herr Wilhelm Mannes hat in seiner soeben veröffentlichten Schrift „Zu Biethen noch zu retten?“ (Berlin, G. Ringel's Verlag, 0,60 M.) unter denen, die Kaufkraft in der Biethen-Sache ertheilen, auch mich genannt. Ich will etwaigen Fragen zuvor kommen. — Ich bin an dieser Schrift vollständig unbetheiligt, welche sogar in vielen, auch in einigen wichtigen Punkten von der Ansicht und Auffassung des Herrn Verfassers ab, zum Theil weit ab, halte aber die Veröffentlichung deshalb für wichtig und hoffentlich auch fördernd, weil der Gedankengang sich in der Richtung bewegt, in der die Sache momentan zu verfolgen ist: Junge Androd. Der letzte Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stützte sich auf Mittheilungen eines Herrn Franz Androd, früher Vorbier in Werder a. H., jetzt Handelsmann in Potsdam bei Potsdam. Diese Mittheilung hat das Landgericht Eberfeld in seinem das Wiederaufnahmeverfahren ablehnenden Beschluß durch die Behauptung entkräftigt, Androd sei in der Sache, und zwar auf seinen eigenen Antrag hin, bereits 1887 auf dem Amtsgericht Werder vernommen worden, und habe damals seinen jetzigen Mittheilungen Widersprechendes ausgesagt. Das Gericht stütze seine Behauptungen auf altemännliche Belandungen; Androd widerspricht der Richtigkeit (Wahrheit) dieser Belandungen auf das bestimmteste. Ich bin, im Verein mit Herrn Liebknecht, bemüht gewesen, durch sorgsamste persönliche Nachforschung Klarzustellen, ob die Akten oder Herr Androd das richtige befanden. Auch Herr Mannes hat in dieser Beziehung eifrig nachgeforscht. Die Möglichkeit, daß sich auch hier etwas Unbegreifliches angetragen, verdichtete sich für jeden, der der Sache ernstlich nachgeht, zur Wahrscheinlichkeit; die Schrift des Herrn Mannes ist in dieser Beziehung ein werthvoller Wegweiser. Leider hat auch der zuletzt thätige Rechtsanwalt den merkwürdigen Widerspruch nicht zu lösen vermocht oder nicht zu lösen versucht; ein neues schweres Verhängnis in dieser an Verfehlungen überreichen Sache. — Inzwischen ist auch Herr Gustav Landauer (Friedrichshagen) in Nr. 6 des „Sozialist“ mit einer wichtigen Kundgebung in der Biethen-Sache hervorgetreten. Aus einer Parallele mit dem Vorgehen Jola's folgert Herr Landauer die Möglichkeit einer Anklage des Polizeikommissar Gottschalk (des Entdeckers der Ueberführungsmomente). Wenn, wie ich anzunehmen geneigt bin, Herr Landauer erwartet (wünscht) oder fürchtet, wegen dieser seiner Betrachtung gerichtlich zur Verantwortung gezogen zu werden, so täuscht er sich, glaube ich. Ich würde eine derartige „Ablenkung“ auch keineswegs für erwünscht halten, so ehrenwerth die Absicht ist. Die volle Klarheit, die Klarheit, die notwendig ist, um den Ursachen an die Zuverlässigkeit preussischer Rechtspflege nicht noch mehr zu erschüttern, werden wir nur durch eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Biethen selbst erlangen. Daran ist mir das Verlangen aller Ernstdenkenden gerichtet sein. Die Sache ruht nicht.

Die Einlieferung der Postpakete an den Abendstunden betreffend hat der Staatssekretär des Reichspostamts den Handelskammern ein Rundschreiben zugehen lassen, in dem der Mißstand der massenhaften Auslieferung kurz vor Schluß der Post eingehend geschildert wird. Nachdem noch dargelegt worden, daß auch der neuerdings in Berlin gemachte Versuch, die Massenauslieferung an den Päckeschaltern in den Abendstunden dadurch zu vermeiden, daß die Post die zur Abfertigung vorbereiteten Pakete aus dem Geschäftsbüro abholen ließ, wegen Mangels an Entgegenkommen seitens der Geschäfte bereits nach kurzer Zeit aufgegeben und als gescheitert betrachtet werden mußte, heißt es weiter in dem Rundschreiben: „Da die erdeteren Zustände indes für die Dauer unalterbar sind, so würde schließlich nur übrig bleiben, eine durchgreifende Änderung in der Weise herbeizuführen, daß in den letzten Abendstunden — etwa von 6 Uhr ab — nur noch die gleichzeitige Auslieferung von höchstens drei Paketen durch je eine Person gestattet und die Anhäufung von Paketen in den Schaltervorräumen ganz unterbunden würde. Bevor aber zu einer solchen einschneidenden Maßnahme übergegangen wird, beehre ich mich, hiermit an die berufenen Vertretungen des Handelsstandes das Ersuchen zu richten, ihren Einfluß auf die kaufmännischen Kreise zur Befestigung der geschilderten Mißstände in der Richtung nachdrücklich geltend zu machen, daß die Päckeeinlieferung während des Tages mehrfach und in der letzten Stunde nicht so massenhaft erfolgt. Indem ich einer gefälligen Mittheilung über das dorthin Betreffende ergebens entgegenstehe, darf ich anheimstellen, mir etwaige Vorschläge über sonst geeignete erscheinende Mittel zur Abstellung der gegenwärtigen Unzulänglichkeiten zu machen. geg. v. Podbielski.“

Die Drahtbestellung der Schulbücher und Hefte soll auf Anregung des Kultusministers besiegelt werden. Es ist bestimmt worden, daß Hefte mit Drahtbestellung vom 1. Oktober 1898 ab, Schulbücher mit Drahtbestellung vom 1. April 1899 ab von dem Schulgebrauch ferngehalten sind. Bei Einführung neuer Schulbücher ist den Verlegern ausdrücklich vorzuschreiben, daß drahtgeheftete Exemplare nicht geliefert werden dürfen, endlich darf für den Einband der für Schülerv- und Lehrer-Bibliothekern bestimmten Bücher das Verfahren der Drahtbestellung nicht zur Anwendung kommen.

Die Auffüllung einer 2000 pferdigen Akkumulatoren-Batterie für die Zentralfstation der Berliner Elektrizitätswerke in der Mauerstraße ist von der Direktion beschlossen worden. Es ist dies die größte Batterie, die bisher zur Auffüllung gelangt ist. Der Entschluß, eine 2000 pferdige Dampfmaschine durch einen Akkumulator von gleicher Stärke zu ersetzen, zeigt am besten die ernsteste Konkurrenz, in welche der Akkumulator jetzt mit der Dampfmaschine tritt. Die Akkumulatorenfabrik-Altiengeseilschaft ist mit der Ausführung der Anlage beauftragt worden.

Stadtschiff. Das Asyl für Obdachlose ist trotz der milden Witterung im Januar von 51464 Personen (darunter nicht ganz 1000 Frauen) benutzt worden; dann wurden 74 den Krankenhäusern und nahezu 500 Personen der Polizei überwiesen. — Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Januar dieses Jahres 38 Familien (mit 88 Personen), sowie 84 Einzelpersonen; am 1. Februar betrug der Bestand 29 Familien (mit 88 Personen) und 62 Einzelpersonen.

Die städtische Landdeputation hat heute die Anträge zur Verbreiterung der Landsberger- und der Spandauerstraße, sowie zur

Anlegung einer Uferstraße zwischen Waisenbrücke und Mühlenbaum angenommen. Ferner wurde die architektonische Ausschmückung der Möderbrücke genehmigt.

Daß selbst die Kirche der Kultur allmählich Konzeptionen macht, zeigt der Umstand, daß jetzt auch an der Petri-Kirche für die elektrische Leitung der Straßenbahn angebracht werden. An der Luther-Kirche wurde bei Errichtung der elektrischen Bahnhofs-Geologie Garten-Schleifens Thor vor zwei Jahren bekanntlich nicht einmal die Auffüllung von Trägermasten für die vor kurzem nun doch angelegte oberirdische Leitung gestattet, weil man damals der Meinung war, daß die Masten und Drähte den Eindruck der Kirche beeinträchtigen.

Pferdebahnverkehr 1896 und 1897. Einen Rückgang in den Betriebs-Einnahmen hat die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Altiengeseilschaft im Jahre 1897 gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Die Einnahmen sind von 16 963 000 M. auf 16 882 000 M. zurückgegangen. Noch viel größer und ganz ungewöhnlich ist die Abnahme der geleisteten Wagen-Kilometer. Die Zahl derselben ist von 52 1/2 Millionen auf nicht mehr als 34 Mill. zurückgegangen. Daß diese Abnahme nicht auf eine dauernde Verminderung des Verkehrsbedürfnisses, sondern lediglich auf die Gewerbe-Ausstellung des Vorjahres zurückzuführen ist, zeigt eine Vergleichung der Betriebs-Einnahmen in den einzelnen Monaten. Fast nur in den Sommermonaten 1897 war diese kleiner, als im Ausstellungs-Jahre. In den übrigen Monaten ist der Verkehr bedeutend gestiegen. So ist z. B. die Einnahme der Monate November und Dezember von 1896 zu 1897 um rund 184 000 M., d. h. auf 2 558 000 M. angewachsen. Auch die Zahl der geleisteten Wagen-Kilometer hat eine entsprechende Steigerung, nämlich von 5 688 000 auf 5 842 000 in jenen Monaten erfahren. Die von dem Ausstellungs-Verkehr kaum berührte Neue Berliner Pferdebahn-Geseilschaft weist für das Jahr 1897 gegen das Vorjahr eine angemessene Steigerung in den Betriebs-Einnahmen und Einnahmen auf. Die Zahl der Wagen-Kilometer betrug bei ihr im Jahre 1897 5 884 000 oder 109 886 mehr als im Vorjahre. Die Betriebs-Einnahmen stiegen von 2 394 000 auf 2 410 000 M. Die Aktionäre können also weiter in fetten Dividenden schwelgen.

Die Leute, welche die Checkdiebe Theodor Stuyth und Eduard Verplich zum Schaden der hiesigen Pelzfirmen J. Wolff, Burgstraße, zu machen wußten, ist ihnen gestern Vormittag zum weitens größten Theil wieder abgejagt worden. Die beiden Gauner, welche in Untersuchungshaft saßen, sind geständig, soweit die That selbst und die Art der Ausführung in Betracht kommt, machten sie jedoch erstlich falsche Angaben über den Verbleib der gestohlenen 37 000 Mark. Bei dem in Köln verhafteten Präsengehilfen Verplich wurden 800 Mark vorgefunden, die übrige Summe behaupteten die beiden Komplizen einer ihnen nur ganz oberflächlich bekannten Prostituirten, deren Namen und Wohnung sie nicht wußten, übergeben zu haben. Daß diese Angabe eine leere Kauder war, die den Zweck hatte, den beiden Dieben das gestohlene Geld für die Zeit nach ihrer Strafverbüßung zu retten, war der Kriminalpolizei ohne weiteres klar, und man blieb bei der Annahme stehen, daß der Posthilfsbote Theodor Stuyth den Raub verborgen haben müsse. Die Haus-suchungen in der Wohnung des Verhafteten, Granseerstraße 2, blieben erfolglos, bis die Polizei gestern Vormittag zu einem Nachmittagsritt schritt. Sie ließ nämlich, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, in der Wohnung die Tapeten abheben, den Fußboden anstreifen und, als diese Maßnahmen noch nicht den gewünschten Erfolg hatten, das Mobiliar zerlegen. Die letztere Maßregel, die unter Aufsicht eines Kriminalkommissars von einem Tischler ausgeführt wurde, war von dem gewünschten Ergebnis begleitet. In den Plofen der Bettstelle fand man, in einem eingebohrten und wieder sorgsam verschlossenen Loch, fünf- unddreißig zusammengerollte Taubenmarktschnecken. Die Summe wurde sofort der beschlossenen Firma J. Wolff zugestellt, die demgemäß nur einen verhältnißmäßig sehr geringen Verlust erleidet, da von den gestohlenen 37 000 M. nunmehr 35 800 M. wieder zur Stelle geschafft worden sind.

Ein falscher Kriminalbeamter treibt im Südwesten der Stadt sein Unwesen. Er wählt sich Gastwirtschaften zum Feld seiner betrügerischen Thätigkeit und verschafft sich bei Händlern, die im Umherziehen ihre Waare abzusetzen suchen, Bezahlung seiner Zechen dadurch, daß er ihnen die Ausweisepapiere abfordert und mit Falschnahme droht. Aber auch Schankwirth selbst sucht er zu schripfen. In vorletzter Nacht 12 1/2 Uhr betrat er das Lokal von H. in der Besselstraße 14, stellte sich dem Wirth als Beamter vor und lud ihn zu Bier, Schnaps und Jgarrren fortwährend ein, bis sich die Zechen auf 2 Mark belief. Während dieser Zeit erschien ein armer Händler mit Apfelsinen, um seinen Verdienst noch einige Nickel hinzuzufügen. Diesem jagte der Betrüger durch die Forderung zum Vorzeigen seines Gewerbescheins zum Hausiren, den der alte Mann nicht besaß, einen derartigen Schrecken ein, daß er froh war, sich bei dem „Kriminalbeamten“ durch Getränke loskaufen zu können. Der Schuldner ließ sich das Dargebotene aufschmecken und wollte auch die eigene Zechen schuldig bleiben. Dabei hatte er aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht, der die ihm vorgezeigte Ausweisemarle als eine Falschnahme erkannte und entweder die Zahlung oder Ausweis bei der Polizei des Neuders verlangte. Der schlaue Betrüger wählte das kleinere Uebel und bezahlte. Er ist etwa 30 Jahre alt und von gedrungener Gestalt, hat einen schwarzen Schnurrbart, eine große Glatze und trägt zweifeln, um sich unkenntlich zu machen, eine Brille. Er ist sehr gesprächig und theilt gern mit, daß er als Wandermann aus Mecklenburg nach Berlin als Kriminalschutzmänn veretzt worden sei.

In dem Verfahren gegen den Posthilfsboten Stuyth und den Barbier Verplich haben bisher die Ermittlungen noch keinen Anhalt dafür gegeben, daß weitere Verabredungen von Briefen stattgefunden haben. Beide Diebe gaben übereinstimmend über den Verbleib des gestohlenen Geldes gleichmäßig die bereits bekannte Auskunft, wiewohl P. und St. sich nach ihrer Verhaftung unzulänglich gesprochen und versündigt haben können und Verplich auch von der Aussage seines etwas früher verhafteten Komplizen thatsächlich nichts gemerkt hat. Die kriminalpolizeilichen Recherchen nach der angeblichen Fügung, über welche übrigens von den beiden Verbrechern nicht äderestimmende Beschreibung gegeben wird, waren völlig erfolglos und so nimmt die Behörde an, daß die beiden jungen Leute sich bereits früher verabredet haben, im Falle der Verhaftung die erwähnte Behandlung anzustellen. Der Barbiergehilfe hatte bei seiner Festnahme im ganzen nur ca. 200 M. bei sich. P. ist bisher, wie auch Stuyth, unbestraft.

In Untersuchungshaft genommen ist ein Unteroffizier von der 8. Kompanie des Regiments Königin Augusta. Vor einiger Zeit war ein nicht unterzeichneter Brief beim Regiment eingelaufen, der Angaben über einen abzu harten Dienst enthielt. Der Verhaftete ist als mutmaßlicher Urheber des Schreibens ermittelt worden.

Auf der Heimfahrt verunglückt ist am Dienstag Nachmittag der 34-jährige August Wigel aus Johannsburg, der im Wilhelm-Augusta-Krankenhaus zu Hohenzollerns Stellung von einem Beinbruch gefunden und sich auf die Reife nach Hause begeben hatte. Auf dem letzteren Bahnhof hier in Berlin wollte er einen Zug verlassen, kam dabei zu Fall und brach dasselbe Bein zum zweiten Mal. Er mußte in ein hiesiges Krankenhaus übergeführt werden.

Feuerbericht. Dienstag abends 9 1/2 Uhr war Ballaststr. 17 ein Küchenbrand abzuweichen. Kurz darauf brannten Vorfingstr. a 7 Wäfschische in einer Kellerwohnung. Um 11 Uhr gingen Radaststr. 9 Möbel und Portieren in Flammen auf. Mittwoch früh gegen 1 Uhr erfolgte Stephanstr. 9 ein unbedeutender Zimmerbrand, der bei der Ankunft der Wehr bereits besiegelt war. Die n. n. 22 waren früh 8 Uhr Betten in einer Wohnstube in Brand gerathen, der aber von den Wohnungsinhabern rechtzeitig gedämpft werden konnte. Ein Fußbodenbrand rief die Wehr um 11 1/2 Uhr nach Kottb. 27. Hier erlitt das Haus beträchtlichen Schaden. Bald nach 1 Uhr erfolgte Alarm nach Gitschinerstr. 51a und nach Pagelsbergerstr. 46. Im

erhen Halle brannten Betten und Möbel, im anderen Falle handelte es sich um einen unbedeutenden Kellerbrand. Abends 8 Uhr hatte die Wehr die 106 längere Zeit zu arbeiten, um einen weit vorgeschrittenen Balkenbrand zu beseitigen. Decke und Balkenlage mussten hier vollständig angetrieben werden, um des Feuers Herr werden zu können.

Theater. *Neues Olympia*: Riesentheater. Übung macht den Meister. Nimmer geht es auf der fabelhaft weitläufigen Bühne wie am Schützen, und die tausend Ballettisten, Statisten, Hülfskünstler und Spezialitätentruppen arbeiten mit einer Gewandtheit und Anpassungsfähigkeit, die in der That auch dem mündig wohlwollenden Zuschauer Anerkennung und Bewunderung abnöthigt. Die Anstrengungen der ersten Vorstellungen sind völlig verschwunden, und selbst für die langen Pausen, die anfangs die Ungeübtheit des Publikums weckte, sucht die Regie jetzt die Zuschauer durch den Reiz eines Klavierspiels bei offener Szene zu entschädigen, der sich gestern in der Zeit von kaum einer Minute vollzog. Die Direktion hat zu weitausschauenden Taten Muth geschöpft und scheint es vor allem darauf abgesehen zu haben, dem Spezialitäten-Theater empfindliche Konkurrenz zu bereiten. In dem Wilde „Mikro“ traten eine Anzahl Artisten auf, die in kaum einer halben Stunde das Programm eines ganzen Abends erschöpften. Zu gleicher Zeit arbeiteten Jongleurs, Trahtkünstler, Exzentriks, Clowns, und wie die Herrschaften sonst alle heißen, mit dem Ballett zusammen. Beifall erwarteten sich zwei sechsjährige Kinder, die als Nadfahrer schon zu einer besonderen Virtuosität gebracht hatten; fast noch lebhafter aber, als diese kleinen Geschöpfe, wurden acht Damen applaudirt, die im Variationsstil darauf leisteten und sangen, daß es so eine Art war. Im Schlußbilde erregte ein durch besondere Beleuchtungseffekte erzielter „Flammenanzug“ lebhafteste Bewunderung. — Im Reichshallen-Theater ist gegenwärtig die englische Pantomime zu Hause. Von der Pantomime-Gesellschaft wird ein Stück „Ein ruhiges Zimmer vermietet“, mit einem anerkanntertheilten Aufgebot von Witz und Laune aufgeführt. Der ehrwürdige Professor, der mit seiner brauen Gattin ein hübsches, abgeschlossenes Heim gefunden zu haben glaubt, muß den Kampf mit einer Neobaten-Gesellschaft aufnehmen, die den ganzen Tag zu seinen Häupten lebt und poltert und es zuletzt so arg treibt, daß die Zimmerdecke zusammenbricht und die theure Gattin gar in einem leeren Haß verschwindet. Die ergötzlichen Fatalitäten, die dem ruheliebigen Manne in raschwechselnden Situationen bereitet werden, steigern die Lust des Publikums bis zur Grenze des Möglichen. Neben dieser Pantomime erregt eine satirische Artistenschar Interesse, aus der wir den Jongleur Kaiser, den Jodeler-Humoristen Sattler und den „Professor“ Ordet mit ihren langweiligen Hunden besonders hervorheben wollen. — Das Schiller-Theater bringt heute eine Wiederholung des Lore de Vega'schen Lustspiels „Der Tugendwächter“ und des österreichischen Singspiels „Das Besprechende hinterm Herd“. Der Vorverkauf für die Sonnabend-ständliche Aufführung von „Dons Wust in Berlin“, Schauspiel in 4 Aufzügen von Heinrich Lee, beginnt heute an der Tageskasse des Theaters. — Im Luisen-Theater wird heute das „Näthchen von Heilbronn“ zum ersten Male gegeben. — Die angekündigte Premiere „Unter der Polarjonne“ muß im Ostend-Theater verschoben werden.

Eine Vogelaußstellung des Vereins „Regintha“ findet vom 24. Februar bis 31. März Orantenstr. 51 statt.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hat gestern in einer 27stündigen geheimen Sitzung die engere Wahl unter den Bewerbern um die besoldeten Magistratsstellen der neuen Stadt vorgenommen mit dem Ergebnis, daß nach den Vorschlägen des Wahlausschusses mit großer Mehrheit von den 195 Bewerbern 10 zur engeren Wahl gestellt wurden. Diese 10 Kandidaten vertheilten sich so, daß auf jede der 8 Stellen, des ersten und zweiten Bürgermeisters sowie des besoldeten Stadtraths, 3 Bewerber kommen, und auf den letzteren außerdem noch der ebenfalls in die engere Wahl gezogene bisherige Gemeindevorsteher Schmod.

Im Kalkfeinbruch Rüdersdorf ist am Dienstag Morgen abermals ein Unglücksfall vorgekommen. Der Bergarbeiter Schuster wurde beim Sprengen unter Tage schwer an Brust und Kopf verletzt. Man verschonte den Unglücklichen mit dem Transport nach Hause, unter dem der arme Richter in voriger Woche so unglücklich zu leiden hatte, und brachte ihn dafür nach der „berühmten“ Heilstätte Neu-Nahsdorf.

Ans Weichensee wird uns geschrieben: Als den Thatsachen nicht entsprechend erweist sich die am 21. Januar gebrachte Berichtigung des Herrn Amtsvorstehers Feldmann, den Fall Wasslewsky betreffend. Den Einwendungen des Amtsvorstehers gegenüber muß folgendes festgestellt bleiben: Die Leiche des zuerst verstorbenen Kindes hat vom 25. Dezember 1897 bis zum 4. Januar 1898 in dem Keller des betreffenden Wohnhauses gelegen; in familiärer Begleitung jedenfalls ein Fall besonderer Art, wenn man bedenkt, daß die Mutter des Kindes wiederholt mit Herrn Feldmann sowohl wie mit Herrn Rother Rücksprache genommen hat. Es ist nicht erforderlich worden, ob die genannten Personen (Wasslewsky) in engerem auskömmlichen Verhältnissen leben; konstatiert muß werden, daß Wasslewsky lange Jahre krank war und daher nicht in der Lage ist, sich zu ernähren, viel weniger die Begräbniskosten in dem besondern Falle zu tragen, wo zwei Kinder ihm fast zu gleicher Zeit starben.

Was es mit dem Akt der Wohlthätigkeit auf sich hat, der in der Gewährung der Armenbeerdigung liegen soll, mag daraus erhellen, daß der Unterschützte die Verpflichtung eingegangen ist, die Anträge der Armenkasse innerhalb eines Vierteljahres zurückzuführen. Es ist also nichts als ein Darlehen gewesen, das Herr Rother gerade nicht mit ironischen Bemerkungen, die auf die Mutter der verstorbenen Kinder bezug hatten, zu würzen nöthig gehabt hätte.

Geriichts-Beitung.

In dem Prozesse **Hirsch und Genossen** hat der gestrige dritte Tag der Verhandlung insofern besonders Schwierigkeiten, als der Schwerpunkt der Erörterungen in das Gutachten des irendärztlichen Sachverständigen, Geh. Medizinalraths Sander, gelegt werden mußte. Wie haben schon erwähnt, daß dieser Sachverständige auf Antrag der Verteidigung geladen worden war, um sich über den Geisteszustand der Angeklagten Jodeler zu äußern. Es ergaben sich aus der Vernehmung des Sachverständigen besonders prozessuale Schwierigkeiten. Wie durch Betragen des Angeklagten und zweier Jengen festgestellt wurde, hat Jodeler vor zwanzig Jahren an Geisteskrankheit gelitten. Er ist früher Telegraphen-Hilfsarbeiter gewesen und hat dann plötzlich Sinnesänderungen gezeigt. Unter anderem hat er sich eines Tages für den König von Preußen gehalten und in dieser Rolle, die er sich selbst beigelegt, Unfug verübt. Er ist dahinaus der Irrenanstalt am Alexanderplatz überwiesen worden, wo er für unheilbar geisteskrank erklärt und in der Anstalt zurückgehalten werden mußte. Da er ruhig und angelegentlich war, wurde ihm eines Tages ein Ausgang gestattet, von dem er nicht wieder in die Anstalt zurückgeführt ist. Er behauptet, daß er dann wieder bei der Telegraphen-Verwaltung angestellt worden sei und bis 1890 Dienst gethan habe. Er hat während der ganzen langen Dauer der Voruntersuchung niemals die Behauptung aufgestellt, geisteskrank zu sein, bei keinem der mitwirkenden amtlichen Personen ist auch nur entfernt der Verdacht aufgetaucht, daß man es mit einem Geisteskranken zu thun habe. Rechtsanwalt Dr. Dorn II. hatte es für seine Pflicht gehalten, auf Grund der ihm von dritter Seite gemachten Andeutungen den Sachverständigen laden zu lassen. Rechtsanwalt Danilewicz beantragte nun, auch den Angeklagten Schrape auf seinem Geisteszustand untersuchen zu lassen, indem er behauptete, daß dieser an-

epileptischen Krämpfen gelitten habe und verdächtige vergrößerte Pupillen besitze. Ueber die Behandlung der Krämpfe der Verteidigung und die Folgen derselben kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen des Staatsanwalts Keller und des Rechtsanwalts Dorn II. Auf wiederholtes Befragen des letzteren und des Vorsitzenden, Landgerichts-Direktors Hoppe, gab Geheimrath Sander sein Gutachten dahin ab, daß er schon heute sagen könne, daß Jodeler hoher Wahrscheinlichkeit noch geisteskrank sei, an Wahnideen leide und nicht in dem Maße verhandlungsfähig sei, um die Tragweite der an ihn gerichteten Fragen zu erfassen. Infolge dessen beantragte Rechtsanwalt Dorn die Einstellung des Verfahrens gegen Jodeler, was auch die Einstellung des Verfahrens gegen Hirsch und Schrape, so weit diese der Beihilfe des Jodeler beschuldigt seien, zur Folge haben müßte. Dieser Ansicht widersprach Staatsanwalt Keller. Er meinte, daß, wenn Jodeler auch anscheinend wüßte, die beiden anderen alsdann als Thäter zu verfolgen seien, während der Vorsitzende den Standpunkt vertret, daß, um dies zu ermöglichen, doch erst ganz sicher festgestellt werden müßte, daß Jodeler zur Zeit der Begehung der That kriminell nicht verantwortlich gewesen sei. — Rechtsanwalt Margoninski beantragte die Vertagung der ganzen Verhandlung. An der Entscheidung der Frage der Zurechnungsfähigkeit des Jodeler hätten alle Angeklagte ein lebhaftes Interesse, da die Anschuldigung der „Beihilfe“ vorzugsweise auf Mittheilungen beruhe, die Jodeler gemacht habe. — Gegen eine solche Vertagung erhob nun wieder Staatsanwalt Keller Einspruch, und zwar im Interesse der Hauptangeklagten selbst, die schon länger als ein Jahr lang in Untersuchungshaft sizen. Auch die Verteidiger der der „Beihilfe“ beschuldigten Kaufleute beantragten, nur die Fälle auszuscheiden, an denen Jodeler u. Schrape beteiligt seien. Im übrigen hätten die Angeklagten des lebhaftesten Interesses daran, die Verhandlung fortgesetzt zu sehen, um endlich von dem Druck des auf ihnen ruhenden Verdachts der keine greifbare Unterlage habe, befreit zu werden. — Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung, die Fälle auszuscheiden, bei welchen es sich um die Thätigkeit von Jodeler und Schrape handelt. Die sämtlichen für diese Fälle vorgeladenen Zeugen wurden entlassen. Jodeler und Schrape sollen zu weiterer Beobachtung ihres Geisteszustandes auf 6 Wochen einer Irrenanstalt überwiesen werden.

Wucherpraktiken. Unerwünschte Folgen dürfte die Berufung haben, die der Kaufmann Richard Marx in gegen ein schöffengerichtliches Urtheil eingelegt hatte. Der Angeklagte gehört zu den Geldgebern für kleine Leute, unter denen die kleinen Beamten vorherrschend sind. Wenn von solchen in den Zeitungen die bekannten Annoncen erscheinen, durch welche kleinere Summen auf kurze Zeit als Darlehen gesucht werden, so giebt der Angeklagte seine Adresse als „Selbstdarleher“ an und es kommt gewöhnlich eine Geschäftsverbindung zu stande, nachdem eine Gebühr von 2-5 M. als „Einschreibungs-“, „Erkundigungs-“ u. dergl. Gebühr bezahlt worden war. In einem Falle hatte ein Gefühlsender, der 1000 M. gebrauchte, eine Gebühr von 3,50 M. gezahlt. Dieser Fall hat Anlaß zur Erhebung der Klage wegen Betruges geführt. Das Schöffengericht hatte als erwiesen erachtet, daß der Angeklagte gar nicht im Stande gewesen sei, eine Summe von 1000 Mark zu beschaffen, daß er sich auch gar nicht darum bemüht habe, es ihm viel mehr nur darauf angekommen sei, die 3,50 Mark in die Tasche zu stecken. Das Schöffengericht erkannte deshalb auf einen Monat Gefängnis. In der Berufungsinstanz führte der Angeklagte nun eine ganze Anzahl von Personen vor, denen er thätlich kleine Darlehen gegeben. Leider erwiderte seine Geschäftsprozedur dabei in keinem einzigen Falle. Es ergab sich, daß er den kleinen Leuten Wucherzinsen abgenommen hat, die sich auf 60, 80, ja sogar 120 pSt. berechneten. Der Staatsanwalt erklärte, daß er auf Grund der in der Verhandlung zur Sprache gebrachten Thatsachen sich vorbehalte, eine Anklage wegen Wuchers gegen den Angeklagten zu erheben. — Der Gerichtshof erkannte auf Verweisung. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß, selbst wenn der Angeklagte die Gebühr von 3,50 M. zur Einziehung von Erkundigungen benutzt haben sollte, ein Betrag doch vorliege; der Angeklagte habe dem Darlehensnehmer vorgespiegelt, daß er „Selbstdarleher“ sei, nur unter dieser Voraussetzung sei dieser mit ihm in Verbindung getreten, während der Angeklagte thätlich gar nicht in der Lage gewesen sei, über eine Summe von 1000 M. zu verfügen.

Für Radfahrer. Ein Radfahrer G. hatte eines Tages seine Laterne zu Hause vergessen und war daher nach Einbruch der Dunkelheit mit einer Laterne ohne Boden, in deren Hals ein Licht gekehrt war, durch die Straßen der Stadt geradelt. Diese improvisirte Laterne hielt G. während des Fahrens in der Hand. Der Radfahrer wurde von einem Schuhmann notirt, der die seltsame Beleuchtung nicht gelten lassen wollte, und das Strafmandat, das bald darauf folgte, wurde vom Schöffengericht und Landgericht, wie auch gestern vom Kammergericht bestätigt. Der Gerichtspräsident führte begründend aus: Wenn in der in Frage stehenden Verordnung vom 28. März 1898 gesagt sei, daß während der Dunkelheit jedes Fahrrad eine Laterne haben müsse, so könne dies nur so aufgefaßt werden, daß die Laterne am Rade selbst angebracht sein sollte. Hätte G. seinen sonderbaren Leuchter am Rade befestigt und ihn nicht in der Hand gehabt, dann wäre er vielleicht freigesprochen worden.

Abscheu und Empörung mußte der Thatsache in einer Verhandlung wegen Sittlichkeitsverbrechen erregen, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Wie der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Höfeler bei der Urtheilsverkündung erklärte, hatte der Angeklagte, der Döyler Arthur Sante, mit seinem siebenjährigen Töchterchen, welches ihm seine vor zwei Jahren verstorbenen Ehefrau hinterlassen hatte, wahre Schenckelkutschen betrieben und das Kind moralisch vergiftet. Der Wittangeklagte Tapazier Ernst Sante, der achtzehnjährige Stiefsohn des ersten Angeklagten, hatte sich an den Verbrechen beteiligt. Den ersten Angeklagten traf eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren, sein Stiefsohn, dem mildernde Umstände zugestanden wurden, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt.

Aus Köln wird berichtet: Wegen des freisprechenden Urtheil in der Strafsache gegen den Schuhmann Kiefer hat der Vertreter der Nebenklägerin, Rechtsanwalt Schiff, Revision eingelegt. — Die Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Erkenntnis des Schöffengerichts, in Sachen des Schuhmanns Gremer wegen Verleumdung eines jungen Mannes, Berufung eingelegt. Zwei Zeugen hatten eidlich bekundet, daß Schuhmann Gremer den Kläger durch die Worte: „Dummer Junge“ beleidigt habe.

Verfammlungen.

Die Schuhmacher nahmen in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung den Bericht über die Situation nach dem Ausstand entgegen, aus dem folgendes hervorgeht: Nach Annahme der Einigungsbedingungen haben die meisten Fabrikanten die anständigen Arbeiter sogleich, andere später eingestellt, während zur Zeit noch drei bis vier Fabriken vorhanden sind, in denen ein Theil der Anständigen keine Arbeit erhalten hat. Im großen und ganzen können demnach die Differenzen als beseitigt angesehen werden. Bezüglich des Arbeits-Nachweises hat die Agitations-Kommission dem Verbands der Schuh- und Schäfte-Fabrikanten folgende Forderungen zugehen lassen: Einsetzung einer zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehenden Kommission, deren Arbeitervertreter durch die in Verbandsfabriken beschäftigten Arbeiter zu wählen sind. Den Vorsitz in der Kommission soll ein Arbeiter führen. Der Arbeitsnachweis soll von einem unparteiischen Beamten verwaltet und ein unter Zustimmung der Arbeiter angelegtes Reglement in Kraft treten. Die Kommission soll das Recht haben, jederzeit Einsicht in die Geschäftsführung des Arbeitsnachweises zu nehmen, sowie Beschwerden entgegenzunehmen

und zu entscheiden. Dagegen sind die Arbeiter bereit, zu den Kosten des Arbeitsnachweises beizusteuern. — Eine Antwort seitens der Fabrikanten ist bis jetzt noch nicht erfolgt. — Die Disziplinardirektor gab der Meinung Ausdruck, daß man auf den genannten Forderungen bestehen und eine etwaige Verschleppung der Verhandlungen verhindern müsse. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit der bisherigen Taktik der Agitationskommission einverstanden, sie billigt die bezüglich des Arbeitsnachweises aufgestellten Forderungen und erklärt, daß nur durch Bewilligung derselben ein dauernder Friede zwischen Arbeitern und Fabrikanten geschaffen werden kann. Um einer Verschleppung vorzubeugen, fordert die Versammlung, daß die Verhandlungen wegen des Arbeitsnachweises noch im Laufe dieser Woche erledigt werden, und, wenn das nicht der Fall sein sollte, ein Verhandlungstermin beim Gewerbegericht zu beantragen ist. — Es wurde weiter beschlossen, Streikunterstützung nur noch an diejenigen zu zahlen, die aus Anlaß des Ausstandes gemahregelt worden sind.

Der Berliner Arbeitervertreter-Verein hielt am 8. Februar bei Buske seine Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt entspann sich eine sehr eingehende und lebhaft debattirte über eine Anzahl seitens der Mitglieder an den Rechtsanwalt Herzfeld gerichteten Fragen in Bezug auf Verwaltungs-Streitverfahren und namentlich über den Kampf der Massen gegen betrügerische Unternehmer. Hierzu führt Dähms an, daß seine Klasse seit 1889 um über 55 000 Mark auf diese Art geschädigt worden sei. Gegenüber 300 Baunehmern hätte Klage bezw. auf dem Wege des Strafverfahrens vorgegangen werden müssen. Frähdorf-Dresden führt zu diesem Kapitel ebenfalls interessante Beispiele an. Derselbe meint, die Massen läßen in solchen Fällen fast immer besser weg, wenn die Vorstände nicht den gesunden Menschenverstand entscheiden lassen, sondern sich an die bürokratische Schablone halten. Dem Dresdener Baulöwenthum sei man endlich in der Weise strafrechtlich beigekommen, daß man bei den betreffenden Unternehmern event. die Forderung vollziehen ließ, die ja selbstverständlich stets fruchtlos ausfiel. Hätten dieselben aber nachher wieder Klagegelder nicht abgeliefert, so konnten dieselben nunmehr nicht mehr wegen mangelnden Vollst. strafrei gegeben, sondern seien stets mit Gefängnisstrafe belegt worden. Sodann berichtet Dr. Friedberg über den Besuch der Heilmühle in Malchow. Das Urtheil desselben über Malchow als Lu gen he i s t ä t t e fällt nicht besonders günstig aus. Er hält sei die Lage in der Nähe der Dieselseider keine geeignete für diesen Zweck. Wenn auch das Gebäude selbst etwas erhöht läge, so mache sich die niedrige und feuchte Lage schon beim Betreten des Anfallsparks bemerkbar. Ein zweiter Mangel sei das Fehlen an Wald. Der wein auch ein Morgen große Park mit seinen wenigen Bäumen biete hierfür keinen Ersatz. Und über den Park hinaus dürften die Kranken nicht gehen. Auch die Einrichtung des Gebäudes, das ja auch ursprünglich einen anderen Zweck gehabt habe, entspreche nicht den Anforderungen, die man an eine Heilstätte für Lungenkranke stellen müsse. Von einem bestimmten System ist bei demselben überhaupt nicht die Rede. Der häufige Wechsel der Kranken sei für diese ebenfalls nicht vorthellhaft. Derselbe sei wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die meisten Kranken, die nach Malchow kommen, sehr bald von ihren Kassen abgesteuert seien. Weder fast seine Ausführungen dahin zusammen: Es kann seiner Krankenkasse gerathen werden, etwa noch 5 e i l u n g s l ä g e Lungenkranke nach Malchow zu schicken. Als Entlastung für die Krankenhäuser und Rekonvaleszentenheim sei die Anstalt dagegen zu empfehlen. Ueber die Behandlung und Verpflegung seien Klagen im allgemeinen nicht laut geworden. Der Redner tadelt sodann, daß sogar noch verschiedene Kassenvorstände der Bewegung für die Lungenheilstätten fern blieben. In Bezug auf diese selbst führt Dr. Friedberg an, habe die Versicherungs-Anstalt Berlin das größte Entgegenkommen an den Tag gelegt. Aber auch auf die Stadtverwaltung müsse ein energischer Druck ausgeübt werden, um auch diese zum Vorgehen im selben Sinne anzuregen. Im Laufe der Debatte über diesen Punkt stellt sich heraus, daß die Versicherungskasse Berlin den Familien der auf ihre Kosten behandelten Lungenkranke in sonderbarer Weise den Bezug des vollen Krankengeldes belästigt, während die meisten anderen Versicherungsanstalten das nicht thun, wodurch dann natürlich das ganze Heilverfahren von vornherein in Frage gestellt ist. Dähms tadelt, daß auch in Malchow die Hülfsheft-Schriften in großer Anzahl anliegen, dagegen ist der „Vorwärts“ nur in wenigen Exemplaren vorhanden. Allerdings würde den Kranken kein Zwang in dieser Hinsicht auferlegt. Ein Redner, der wiederholt in Malchow gewesen, spricht sich im allgemeinen lobend über die dortigen Verhältnisse aus. Nur im Winter sei der Aufenthalt unangenehm, da in der Anstalt überhaupt nicht geheizt würde. Unter verschiedenen kamen einige Vorfälle aus der Praxis der Kassen zur Erörterung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Am Montag, 7. Februar, fand die ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin in der Tonhalle statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der seit letzter Generalversammlung verstorbenen Kollegen Berg, Pöhlenstein, Krüger, Hellmann, Marcus, Möllner, Alb. Schumann, Nooy, Wendel, Schwarzer, Rischke und Sucke in üblicher Weise gedacht. Hierauf erstattete Löffler den Bericht über die Thätigkeit der Ortsverwaltung vom 1. Juni 1897 bis 31. Dezember 1897. Der Bericht lag in gedrängter Kürze zur Orientierung gedruckt vor. In den letzten sieben Monaten kam es wieder verschiedentlich zu Differenzen, da viele Unternehmer versuchten, die zum Theil durch die vorjährigen Streiks erzwungenen Vorbeile wieder rückgängig zu machen. Bei den Firmen Ulbrich u. Esner, Jüdt u. Co., Eichelbaum u. Co., Hirschhorn u. Co., Endloss u. Co., Kammerich u. Co., Köffemann u. Kühnemann, A. Vorfis, Drechsler und Behmann kam es dieserwegen zu Differenzen. Durch den bei Vorfis ausgebrochene Streik, welcher sich mit der Zeit auf fast sämtliche Eisengießereien erstreckte, wurde der Verband stark in Anspruch genommen, einige der hiervon betroffenen Kollegen sind jetzt noch zu unersüßigen. Leider haben die Unternehmer ihr vor dem Einigungsamt gegebenes Wort nicht gehalten, so die Firmen Ludwig Löwe, Salinger und Vorfis. Hierbei wurde angeregt, bei späteren Ausständen, welche größere Dimensionen annehmen, die in Frage kommenden Beschäfte nicht dem Zufall zu überlassen, sondern in die Reihen der Organisation zu verlegen.

In vielen Fällen ist es möglich gewesen, auf dem Wege gütlichen Verhandlung durch verständiges, besonnenes Vorgehen der Kollegen Differenzen beizulegen, ohne daß es zum Ausstand kam. Der Mitgliederbestand am 31. Dezember betrug 10561 Personen und zwar befanden sich hierunter: 15 Trahtarbeiter, 2082 Dreher (Eisen-, Zinn-, Metall- und Schraubendreher), 10 Heilenbauer, 897 Formner und Gießereiarbeiter, 40 Goldarbeiter, Silberarbeiter, Gravure- und Ziseleure, 983 Gärtler und Galmannseure, 14 Feiger und Raschmisten, 18 Refellschmiede, 1126 Klumpner und Hohlleger, 7 Kupferschmiede, 716 Mechaniker (chirurgische Instrumentenmacher, Büchsenmacher, Uhrmacher), 9 Optiker, 298 Metallarbeiter, 91 Gelbzieher, 335 Metallschleifer, 2 Modellstecher, 2003 Schlosser und Maschinenbauer, 6 Metallschläger, 272 Schmiede, 1 Zingießer, 1715 Hilfsarbeiter (Bohrer, Fräser, Hobler etc.), 142 Arbeiterinnen, 81 Nicht-Metallarbeiter. Trotz der großen Zahl der Renaufnahmen ist der Mitgliederbestand derselbe geblieben wie bisher, die Fluktuation ist eine außerordentlich große. Aufgabe der Organisation wird es sein, die Ursachen des fortgesetzten Wechsels zu ergründen, um durch zeitgemäße Einrichtungen diesen Zustand zu beseitigen.

Die Agitation in den letzten 7 Monaten war eine derartige rege, wie nie zuvor. Es fanden in diesem Zeitraum 3 ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen, 48 Bezugs- und 18 Branchenversammlungen statt. Ferner haben eine außerordentlich große Anzahl von Werkstättenversammlungen in allen Bezirken stattgefunden. Die Vertrauensleute hielten 27 Konferenzen und die Ortsverwaltung 18 ordentliche und 4 außerordentliche Sitzungen ab. Im Arbeitsnachweis ließen sich in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1897 1678 Mitglieder als arbeitslos eintragen. Gemeldet wurden in diesem Zeitraum 800 Vakaturen, wovon 425 besetzt

werden konnten. — Durch den Tod verlor die Organisation 23 Mitglieder, denen die üblichen Spenden zu theil wurden.

Es folgte nun der Kassenbericht vom IV. Quartal 1897. Es betragen die

| Einnahmen: | | |
|---|--|---------------------|
| Kassenbestand am 30. September | | 38 385,90 M. |
| Beitragsgeld von 2209 männl. Mitgliedern à 30 Pf. | | 662,70 |
| 47 weibl. " " " " " " | | 9,40 |
| 111 455 Beiträge à 20 Pf. | | 22 291,— |
| 980 Beiträge à 5 Pf. | | 49,— |
| Sonstige Einnahmen | | 1 181,40 |
| Summa | | 63 229,40 M. |

| Ausgaben: | | |
|---|--|---------------------|
| Reisegeld für 2945 Kilometer à 2 Pf. | | 58,90 M. |
| 161 Tage à 1 M. | | 161,— |
| Rechtschutz | | 198,65 |
| Streifenunterstützung | | 5 946,— |
| Unterstützung nach § 2c | | 200,— |
| Außerordentliche Agitation für die Provinz | | 200,— |
| An die Hauptkasse eingehend am 3. Nov. und 20. Dez. | | 12 118,50 |
| Total-Ausgaben: | | 15 888,75 M. |

| | |
|------------------------------|---------------------|
| Büro- und Schreibmaterialien | 180,— |
| Inferate | 498,20 |
| Bibliothekszwecke | 297,— |
| Referate | 84,— |
| Gesamst-Verwaltung | 306,65 |
| Zeitungs-Kolportage | 185,— |
| sonstige Ausgaben | 8 796,56 |
| Summa | 25 764,21 M. |

Es verblieb am 31. Dezember 1897 ein Kassenbestand von 87 475,19 M.

Von den Revisoren wurde berichtet, daß sie Kasse und Bücher, sowie sämtliche Belege geprüft und in Ordnung befunden haben; auf Antrag wurde der Revident entlassen.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Renewahl der Ortsverwaltung“ lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, dem Revident ein Monatsgeld von 10 M. pro Monat zu bewilligen. Die Verwaltung sah sich zur Stellung dieses Antrages veranlaßt, da der Revident, im Verhältnis zu den anderen Kollegen, welche das gleiche Gehalt beziehen, im Nachtheil sei, weil sämtliche ihm unterlaufende Monats an Marken und baarem Gelde von ihm gedeckt werden müssen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag abgelehnt.

Es wurde nun zur Wahl geschritten; nach mehrmaligen Vorschlägen erklärte sich Litfin bereit, das Amt als Bevollmächtigter weiter führen zu wollen, wünscht jedoch, daß die Mitglieder in offener und ehrlicher Weise ihre Ansichten zum Austrag bringen und nicht immer in verdeckter Form, wie dieses in letzter Zeit so häufig geschehen sei. Litfin wurde hierauf als Bevollmächtigter wiedergewählt. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Siegrist gewählt. Als Revident wurde wieder Pehold vorgeschlagen; derselbe erklärte, daß die Ablehnung des vorherigen Antrages ihn späterhin veranlassen werde, denselben selbst zu stellen.

hente feier zur Motivierung desselben durch angenommenen Geschäftsordnungsantrag verhindert worden. Zur Annahme des Postens erklärte sich P. bereit, die Versammlung wählte denselben wieder als Revident. Zum Schriftführer wurde Stastky und zu Revisoren Freithaler, Runa und Goetsch gewählt.

Der Verband der Maurer, Zählstelle Berlin I (Pucher) hielt am 6. Februar seine Mitgliederversammlung ab, in welcher das vom Ausschuss und Vorstand beantragte Streitreglement nach kurzer Diskussion mit 161 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Nach dem Bericht des Kassiers betrug die Einnahme im Jahre 1897 7561,17 Mark, welcher eine Ausgabe von 6640,11 Mark gegenübersteht, somit ein Bestand von 621,06 Mark vorhanden ist. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassier entlassen. Als Revisoren wurden gewählt: D. Richter, D. Reumann, A. Pultis. Die Renewahl der Lohnkommission ergab folgendes Resultat: Dietrich, Kelpin, Lehmsuhl, Ropsch, Reumann, Rohl, Wäsch. Nach Erledigung interner Verbandsangelegenheiten macht der Bevollmächtigte darauf aufmerksam, daß am 23. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet.

Die Filiale Berlin II hielt am Sonntag, den 6. Februar, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Kollege Frisch erstattete Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes im Jahre 1897. Aus demselben geht hervor, daß 32 Mitglieder-Versammlungen stattgefunden haben, in 24 derselben wurden Reserate gehalten, in welchen gewerkschaftliche Thematika mit Erfolg behandelt wurden; ein guter Geist beherrschte die Versammlungen, auch war der Besuch derselben ein reger. Vorstandssitzungen haben 12 stattgefunden, Rechtschutz wurde an fünf Mitglieder gewährt, gestorben sind sieben Kollegen, als letzte Ehre wurden auf den Gräbern Kränze niedergelegt. In Bezug auf Agitation und Organisation, so meint Rechner, müsse festgestellt werden, daß Vorstand sowie Mitglieder ihre volle Schuldigkeit gethan haben, es könne aber behauptet werden, daß noch mehr geleistet werden könnte. Daran sei vielfach der Organisationsstreit schuld. Hierauf gab der Kassier den Kassenbericht vom IV. Quartal 1897. Derselbe ergab eine Einnahme von 5696,91 M., eine Ausgabe von 4850,85 M., mithin verbleibt ein Bestand von 846,06 M. Der Vergütungsfonds ergab eine Einnahme von 105,98 M., eine Ausgabe an drei hilfsbedürftige Kollegen von 80,00 M., verbleibt ein Bestand von 25,98 M. Dem schloß sich die gesammte Jahresabrechnung an, dieselbe ergab folgende Einnahme: 2041 Einflüsse à 0,50 M. gleich 1020,50 M., 58 978 Wochenbeiträge à 0,20 M. gleich 11 795,60 M., für 9 Erbschaften 2,25 M., für Abonnement auf den „Grundstein“ 8 M., vom Streifensfonds überwiesen 2,50 M., dazu der Bestand vom Jahre 1896 von 102,49 M., ergibt die Gesamt-Einnahme von 12 931,34 M. Demgegenüber steht die Ausgabe: An die Hauptkasse gefandt 9494,74 M., für Rechtschutz 162,23 M., für Reise-Unterstützung 48,60 M. Die Lokalverwaltung hat verbraucht für Agitation, Annoncen, Drucksachen, Porto und sonstige Ausgaben 2379,21 M., ergibt die gesammte Ausgabe von 12 084,78 M. Verbleibt am Schluß des Jahres ein Bestand von 846,56 M. Der Vergütungsfonds hatte eine Jahres-Einnahme von 212,78 M., eine Ausgabe an Unterstützung an 9 Kollegen von

186,80 M., verbleibt ein Bestand von 25,98 M. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 928 und ist im Laufe des Jahres auf 2412 gestiegen. Der Monat Januar ergab die Einnahme von 1595,86 M., eine Ausgabe von 574,77 M., verbleibt ein Bestand von 1020,59 M. Einflüsse waren im Laufe des Monats 112 zu verzeichnen. Hierauf wurde dem Kassier, da niemand gegen die Abrechnung etwas einzuwenden hatte, auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Für die Regelung der Geschäfte wurden dem Kassier 75 M. bewilligt. In die örtliche Verwaltung wurden als Bevollmächtigte W. Frisch und Hante, als Kassier Braun und Nischle und als Schriftführer Winkler gewählt; als Revisoren G. Lehmann, P. Mueß und G. Böllner. Als Hilfskassier für die einzelnen Bezirke wurden folgende Kollegen gewählt: Nordosten: H. Herzog, Osten: Ost. Gohle, Südosten: B. Rehdanz, Süden: E. Schulz, Westen: R. Trage, Schöneberg: M. Kirke, Moabit: A. Knappe, Wedding: Ad. Paichle, Norden: Schwensow, Oranienburger Vorstadt: K. Koloff. Als Ausschussmitglied wählte man den Kollegen E. Gröppier. Die vom Vorstand und Ausschuss beantragte Statutenänderung wurde einstimmig angenommen.

Nixdorf. Am Mittwoch, den 2. Februar, beschloß sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes mit der Statutenberatung und Anträge zum Verbandstage. Verschiedene Änderungen und Erweiterungen der einzelnen Paragraphen des Statuts wurden als Anträge zum Verbandstag angenommen. Als Kandidat wurde der Kollege Henning aufgestellt.

Geselliger Verein Heliotrop. Heute Abend 8 Uhr bei Senf, Tiefenbachstraße 84, Sitzung.

Theater- und Vergnügungsgewerks „Edelweiß“. Sitzung heute Abund. 8 Uhr, Neue Poststr. 45 (Restaurant).

Witterungsübersicht vom 9. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

| Stationen. | Barometerstand in mm reduziert auf d. Meereshöhe. | Windrichtung. | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter. | Temperatur vom Vortage (°C). | Temperatur heute (°C). |
|------------|---|---------------|-------------------------|--------------|------------------------------|------------------------|
| Swinemünde | 759 | SWB | 1 | Schnee | 0 | 0 |
| Hamburg | 762 | SWB | 1 | bedeckt | 1 | 1 |
| Berlin | 759 | SWB | 1 | bedeckt | -1 | -1 |
| Biesbaden | 762 | SWB | 2 | bedeckt | 3 | 3 |
| München | 761 | SW | 3 | Schnee | -1 | -1 |
| Wien | 761 | SW | 5 | halb bedeckt | -0 | -0 |
| Caparanda | 772 | W | 2 | bedeckt | -30 | -30 |
| Petersburg | 763 | SWB | 1 | Schnee | -15 | -15 |
| Cort | 767 | SW | 3 | wolfig | 8 | 8 |
| Aberdeen | 761 | S | 2 | bedeckt | 3 | 3 |
| Paris | 768 | SWB | 2 | halb bedeckt | 2 | 2 |

Wetter-Prognose für Donnerstag, 10. Februar 1898. Ein wenig kälter, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und schwachen nordwestlichen Winden.

Bekanntmachung.

Jahres-Abschluss der
Kasse der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin
für das Jahr 1896
(nebst Abschluss des Reservefonds für das Jahr 1896).

| Der Rechnung Kapitel Titel | Einnahme | Ist-Einnahme | |
|----------------------------|---|---------------------|---------------------|
| | | im Einzelnen M. Pf. | im Ganzen M. Pf. |
| I | Beitragsleistungen: | | |
| 1 | Erlös für verkaufte Beitragsmarken | 5 429 127 | 88 |
| | Hiervon ab für vernichtete Beitragsmarken (§ 3 der Vorschriften vom 30. April 1895) bleiben | 23 192 | 56 |
| 2 | Beiträge für Seeloute | 5 405 935 | 32 |
| | Summa Kapitel I | | 5 405 935 32 |
| II | Zinsen: | | |
| 1 | Für Werthpapiere | 691 820 | 95 |
| 2 | Für Darlehen | 157 452 | 32 |
| 3 | Für anderweit belegte Gelder | — | — |
| | Summa Kapitel II | | 849 272 27 |
| III | Miethe und Pacht aus Grundbesitz | — | — |
| IV | Zuschüsse aus dem Reservefonds | — | — |
| V | Erstattung von Rentenzahlungen: | | |
| 1 | Invalidenrenten | 721 | 60 |
| 2 | Altersrenten | 1 390 | 56 |
| | Summa Kapitel V | | 2 121 16 |
| VI | Strafgelder und andere nicht vorgesehene Einnahmen | 10 977 | 33 |
| VII | Erlös für veräußerte Kapitalanlagen | 572 466 | 07 |
| | Summa der Einnahmen | | 7 143 158 75 |
| | Hierzu: Bestand aus dem Vorjahre | 197 445 | 98 |
| | sind zusammen | 7 340 604 | 73 |
| | ab: Summa der Ausgaben | 7 968 028 | 88 |
| | Mithin Vorschuss | 627 424 | 15 |

| Der Rechnung Kapitel Titel | Ausgabe | Ist-Ausgabe | |
|----------------------------|---|---------------------|-------------------|
| | | im Einzelnen M. Pf. | im Ganzen M. Pf. |
| I | Renten: | | |
| 1 | Invalidenrenten | 213 980 | 78 |
| 2 | Altersrenten | 276 792 | 53 |
| | Summa Kapitel I | | 490 773 31 |
| II | Kapitalabfindungen an Ausländer (§ 14 des Gesetzes): | | |
| 1 | Invalidenrenten | — | — |
| 2 | Altersrenten | — | — |
| | Summa Kapitel II | | — — |
| III | Kosten des Heilverfahrens (§ 12 des Gesetzes) | 90 | 324 56 |
| IV | Erstattung von Beiträgen: | | |
| 1 | In Fällen der Verheirathung (§ 30 des Gesetzes) | 105 197 | 11 |
| 2 | In Todesfällen (§ 31 des Gesetzes) | 23 098 | 37 |
| | Summa Kapitel IV | | 128 295 48 |
| V | Verwaltungskosten: | | |
| 1 | Gehälter und Remuneration der Beamten mit Abschluss der Kontrollbeamten (zu vgl. Kapitel VIII) und Vergütung für Schreibhülfe | 126 207 | 84 |
| 2 | Vergütungen, insbesondere Tagelöhner und Reisekosten bezw. Ersatz für baare Auslagen und für entgangenen Arbeitsvordienst. (§ 58 des Gesetzes) | | |
| a) | an Mitglieder des Vorstandes und Anstaltsbeamte | 2944,26 | M. |
| b) | an Mitglieder des Ausschusses | 414,80 | |
| c) | an Mitglieder des Aufsichtsraths | — | |
| d) | an Vertrauensmänner | 4255,35 | |
| | Summa Titel 2 | | 6914 41 |
| 3 | Miethe für Geschäftsräume, Aufwendungen für Dienstgrundstücke (Unterhaltungskosten, Steuern etc.) sowie Reinigung, Heizung und Erleuchtung der Geschäftsräume | 10 800 | 79 |
| 4 | Büreau- und Kassenbedürfnisse, Drucksachen, Porto, Insertionskosten, Buchbinder u. Botenlohn | 17 959 | 02 |
| 5 | Anschaffung und Unterhaltung der Inventarien | 4382 | 80 |
| 6 | Beiträge zu Pensions-, Wittwen- und Waisenkassen sowie sonstige Versicherungsbeiträge f. Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung) | 1094 | 95 |
| 7 | Pensionen und Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene | — | — |
| | Summa Kapitel V | | 167 339 81 |
| VI | Kosten der Erhebung bei Gewährung oder Entziehung von Renten | 4 829 | 48 |
| VII | Schiedsgerichts- und sonstige Kosten aus Anlass des Berufungs- und Revisionsverfahrens | 12 445 | 54 |

| VIII | Kosten der Beitragshebung und der Kontrolle: | Kosten der Quittungskarten, der Beitragsmarken und des Verkaufs der letzteren (§§ 99 und 101, Absatz 3 des Gesetzes) <th rowspan="2">9 857</th> <th rowspan="2">50</th> | 9 857 | 50 |
|------|--|---|-------|---------------------|
| | | | | |
| 3 | Kosten der Kontrolle (§ 128 des Gesetzes) | — | — | — |
| | Summa Kapitel VIII | | | 37 082 56 |
| IX | Kosten der Rechtshilfe (§ 141, Absatz 2 des Gesetzes) | — | — | 7 70 |
| X | Ueberweisung an den Reservefonds (pro not. in Kapitalanlagen sind 200 058,50 M. überwiesen.) | — | — | — |
| XI | Andere nicht vorgesehene Ausgaben | — | — | 12 307 79 |
| XII | Kosten der Erwerbung von Kapitalanlagen | — | — | 7 024 022 65 |
| | Summa der Ausgaben | | | 7 968 028 88 |

| Der Rechnung Kapitel Titel | Einnahme | Ist-Einnahme | | Der Rechnung Kapitel Titel | Ausgabe | Ist-Ausgabe | |
|----------------------------|---|---------------------|------------------|----------------------------|---|---------------------|------------------|
| | | im Einzelnen M. Pf. | im Ganzen M. Pf. | | | im Einzelnen M. Pf. | im Ganzen M. Pf. |
| I | Zinsen: | | | I | Inanspruchnahme des Reservefonds (§ 21 Absatz 3 des Gesetzes) | — | — |
| 1 | Für Werthpapiere | 22 718 | 44 | | | | |
| 2 | Für Darlehen | — | — | II | Sonstige Ausgaben | — | 387 — |
| 3 | Für anderweit belegte Gelder | — | — | III | Kosten der Erwerbung von Kapitalanlagen | 28 801 | 82 |
| | Summa Kapitel I | | 22 718 44 | | | | |
| II | Miethe und Pacht aus Grundbesitz | — | — | | | | |
| III | Ueberweisungen an den Reservefonds (pro not. in Kapitalanlagen sind überwiesen 200 058,50 M.) | — | — | | | | |
| IV | Sonstige Einnahmen | — | — | | | | |
| V | Erlös für veräußerte Kapitalanlagen | 3 495 | 65 | | | | |
| | Summa der Einnahmen | | 26 214 09 | | | | |
| | Hierzu: Bestand aus dem Vorjahre | 18 200 | 77 | | | | |
| | sind zusammen | 44 420 | 86 | | | | |
| | ab: Summa der Ausgaben | 29 188 | 82 | | | | |
| | Mithin Bestand | 15 232 | 04 | | | | |

Abschluss II. — Baar.

I. Die Jahresrechnung pro 1896 — Betriebsfonds — schliesst ab mit einem Vorschuss 627 424,15 M.
Die Jahresrechnung pro 1896 — Reservefonds — schliesst ab mit einem Bestande von 15 232,04 M.
mithin Vorschuss (Minus-Bestand) 612 192,11 M.
Hierzu treten die am Schlusse des Jahres 1896 vorhandenen Voreinnahmen mit 690 500,00 M.
sind 78 307,89 M.
In Abzug zu bringen sind dagegen die bis zum Schlusse des Jahres 1896 nicht erstatteten Vorschüsse mit 8 250,00 M.
Am Schlusse des Rechnungsjahres 1896 verbleibt also Baarbestand 70 057,89 M.

II. Nach den Tagebüchern der Kasse haben im Jahre 1896 betragen:

1. Die Einnahmen 18 751 255,21 M.
2. Die Ausgaben 13 681 197,32 M.

Nach den Zu- und Abganglisten haben im Jahre 1896 betragen:

1. Die Einnahmen:

- a) Betriebsfonds 29 733 739,67 M.
- b) Reservefonds 761 234,22 M.
- c) Voreinnahmen 499 147,79 M.

30 988 121,90 M.

2. Die Ausgaben:

- a) Betriebsfonds 970 561,63 M.
- b) Reservefonds 3 363,17 M.
- c) Voreinnahmen 493 147,90 M.

1 467 062,73 M.

Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1896 Bestand:

- a. baar (wie oben) 70 057,89 M.
- β. in Werthpapieren u. s. w. 29 521 059,07 M.

29 591 116,96 M.

Vorstehende Rechnungsabschlüsse werden hierdurch gemäss §§ 22 und 24 des Statuts der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin mit dem Bemerkten veröffentlicht, dass die Jahresrechnung für 1896 von dem Ausschusse der Anstalt in der Sitzung vom 10. Dezember 1897 abgenommen worden ist.

Berlin, den 3. Februar 1898.

Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin.
Der Vorstand.
Dr. Freund. Dr. Sträter.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 9. Februar 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: von der Rede, von Miquel und Kommissarien.

Der Gesetzentwurf betreffend die Beseitigung der Hoch- und wasserschäden kommt zur ersten Lesung. Verbunden wird hiermit der Antrag Bänisch-Schmidlein (skr.) auf Zurückziehung der Liquidationen für die Hilfe der Truppen und um Einbringung einer Entschädigungsvorlage.

Minister v. d. Neke hebt hervor die zahlreichen Fälle warmer Nächstenliebe und uneigennütigen Opfernützes, die sich beim Rettungswerk sowohl wie bei der Unterstützung der Ueberschwemmten in weiten Kreisen der Bevölkerung in so erfreulicher Weise kund gethan und für die er namens der Regierung danke; besondere Anerkennung verdiente das Verhalten des braven S. Jägers, der nach erfolgreicher Rettungsarbeit seinen Tod in den Fluthen des Sobers fand. (Bravo!) Der Minister bittet, die Vorlage möglichst schnell zur Verabschiedung zu bringen, da noch viel zu thun bleibe.

Abg. Bänisch-Schmidlein (skr.) findet die von der Vorlage bewilligten 5 Millionen viel zu gering, um den vorhandenen Schäden zu decken. Die Schäden sind bei der ersten Schätzung meist zu niedrig taxirt. Durch die Privatansammlungen sind 25 pCt. der Schäden gedeckt. Scharfneigige Hilfe ist nötig, und wir hoffen bald eine zweite Vorlage zu erhalten, um Maßregeln zu treffen, damit die Bewohner der schlesischen Gebirge künftig vor Gefahren geschützt sind. Hierzu sind nötig Regelung der Wasserläufe und geordnete Ordnung der Räumungspflicht, die der Staat zu übernehmen muß, denn die Privatbesitzer würden durch diese Pflicht ruiniert werden. Schließen hat seit dem 16. Jahrhundert 43 große Ueberschwemmungen gehabt, in diesem Jahrhundert allein 15. Die Hilfe in solchen Fällen ist die Politik des Dergens. Redner empfiehlt Vorberatung durch eine besondere Vier-Kommission.

Abg. Köllichen (l.): Die konservative Partei ist bereit, mehr zu bewilligen, wenn die geforderten fünf Millionen nicht genügen sollten; wir zweifeln, daß die Vorlage zu einer genügenden Entschädigung ausreichen wird. Der vorgeschlagene Geschäftsgang für das Entschädigungsverfahren ist nicht zweckmäßig; man lasse vor allen Dingen den einzelnen Verwaltungsbeamten die volle freie Initiative. Bevor endgültige Entschädigungen getroffen werden über die Herstellung von Sicherungseinrichtungen, wäre es gut, umfangreiche Berichte zu erfordern, damit sich die Regierung ein klares Bild von den Verhältnissen und ihren Ursachen machen kann und auf Grund dieser Feststellungen die Schutzvorkehrungen getroffen werden können. Wir sind mit solchen Einrichtungen anderen Staaten und namentlich Oesterreich gegenüber weit zurück. Der heutige Geschäftsgang für die Schadenersmittlung und Feststellung ist zu langsam und zeitraubend und eine Verringerung des S 2 erscheint deshalb nötig. Wir werden diese Verringerung in der Kommission versuchen. Die Hoffnung, daß es möglich sein werde, diese Katastrophen für die Zukunft ganz zu vermeiden, ist unerlässlich. Bei der Anlage von Thalperren möge man nicht einseitig auf die Interessen der Industrie, sondern auch auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen.

Regierungskommissar Geh. Rath Frhr. Scherr-Thof führt aus, daß nach den bisher an die Regierung ergangenen Gesuchen der Behörden ein Bedürfnis für größere Gelbbewilligungen nicht zu folgern ist. An der Aufklärung wird noch fleißig gearbeitet.

Abg. Schlabbig (skr.) beklagt die späte Einbringung der Vorlage.

Minister v. d. Neke: Die Bewilligung einer größeren Summe hat gewöhnlich die Folge, daß die Beschädigten sehr hoch geschätzt werden. Im ganzen werden etwa 11 Millionen zur Deckung der Schäden zur Verfügung stehen. 5 Millionen aus der Vorlage, 1/4 Millionen, die bereits vorschubweise aus bereiteten Mitteln gezahlt sind, ferner 1/2 Millionen, welche die Provinz bewilligt hat; und endlich 3 Millionen der privaten Liebesgaben. Bei der Abschätzung wird man die Privatschädigungen höher ansehen, als für öffentliche Beschädigungen. Das Geschäftsverfahren wird so viel wie möglich beschleunigt werden. Die militärischen Liquidationen waren berechtigt und notwendig; den Mannschaften stehen für solche Fälle erhöhte Bezüge zu und es lag doch kein Anlaß vor, unterschiedslos allen Gemeinden die Einstellung zu erlassen; beschädigte und nicht leistungsfähige Gemeinden werden gebührend berücksichtigt werden.

Abg. v. Neumann (l.) hofft, daß der Finanzminister bereit sein werde, noch etwas zuzulegen, wenn dies notwendig erscheint. Redner schildert die gefährlichen Verhältnisse an der oberen Oder, wo seit länger als zehn Jahren Jahr für Jahr durch Hochwasser die Ernten ganz oder theilweise vernichtet werden, ohne daß Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden, obwohl zahlreiche Petitionen an den Minister gerichtet wurden. Es ist bedauerlich, daß bei allen Wasserbauten einseitig die Schiffsahrt-Interessen berücksichtigt werden.

Die Folge ist, daß der blühende Oberbruch verunstaltet und mit seinen Ernten zurückgeht infolge des Dammens, mit dem die Wasserbau-Techniker endlich aufhören sollten, damit wir nicht ruiniert werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Leute müssen ihre Beiträge zahlen, aber Schutz gegen Ueberschwemmungen erhalten sie nicht.

Regierungskommissar Geh. Rath Keller: Von einer einseitigen Bevorzugung oder Förderung der Schiffsahrt-Interessen bei Flussregulirungen kann keine Rede sein.

Regierungskommissar Geh. Rath Frhr. v. Scherr-Thof theilt mit, daß ein neues Regulirungsprojekt für den linksseitigen Warthebruch ausgearbeitet ist.

Abg. v. Toboneck (l.) findet den Fehler bei der Oberregulirung darin, daß diese auf der oberen Oder statt an der Mündung begonnen ist und der sich nicht wieder gut machen läßt.

Finanzminister Dr. v. Miquel: Die Aufforderungen der Redner bezüglich der unteren Oder sind ganz begründet, aber unausführbar nach den Gutachten der Techniker; ich halte die Technik nicht im Stande, die Natur in allen Punkten ganz zu bekämpfen. (Sehr richtig!) Immerhin wird sie die Gefahr einschränken können. Die Regulirung und Unterhaltung der kleinen schlesischen Flüsse wird besser von zweckmäßig organisierten Genossenschaften als vom Staate besorgt. Gerade die Vernachlässigung der Flüsse hat das Unglück verschuldet. Ob es möglich sein wird, das Gesetz für die Regulirung der schlesischen Flüsse noch in dieser Session vorzulegen, kann ich noch nicht aussprechen, da eine genügende Uebersicht über die vorzunehmenden Arbeiten noch nicht gewonnen werden kann. Jedenfalls müssen die Ueberschwemmungs-Gefahren ernstlich bekämpft werden. Vielleicht haben Versäumnisse stattgefunden, darüber zu streiten hat keinen Zweck; jedenfalls muß nun um so schneller vorgegangen werden. Bei der Vertheilung der Entschädigungen muß allerdings Rücksicht obwalten, damit nicht Leute, die gut zu reden und laut zu schreien verstehen, reichliche Entschädigungen erhalten, während Bescheidener, die bedürftiger sind, leer ausgehen. Außerdem müßte die Herren bedenken, daß durch zu reichliche Entschädigungen schwerer moralischer Schaden angerichtet werden kann.

Abg. Letocha schildert das Verhalten des Bataillons-Kommandeurs der nach Reize berufenen Pioniere und findet die Art, wie dieser Zahlung von der Stadt forderte, den Verhältnissen wenig angemessen. Auch die Höhe der Liquidationen, in der sich hundert von Arbeitsstunden berechnet finden, bemängelt Redner; es hätte doch wohl genügt, wenn bei den Sachen der Abnutzungswert erstatet worden wäre.

Abg. Seidel-Ditschberg (natl.) veranschaulicht den steigenden Umfang der stetigen Ueberschwemmungen an einem von der Rednertribüne entrollten Papierstreifen, der bis zum Ministertische durch den Saal reicht. Redner versichert, daß die Absicht der Bereicherung aus Anlaß des Hochwassers bei der schlesischen Bevölkerung angegeschlossen ist, und empfiehlt scharfgezielte Regulirung der verwilderten Flußläufe und Befestigung ihrer Ufer. Die Räumungspflicht kann nur von einem leistungsfähigen Unternehmer, am besten vom Staate erfüllt werden. Redner wünscht die Einrichtung von Fernsprech-Einrichtungen, die bei drohender Hochwassergefahr benutzt werden können, und schließt mit dem Ausdruck des Dankes für alle, die sich zu freiwilligen Gaben entschlossen, namentlich auch für die Stadt Berlin. (Bravo!)

Minister v. d. Neke kann die Ausstellungen Letocha's nicht kontrollieren, hätte aber doch angesichts der allseitig lobend anerkannten Thätigkeit des Militärs gewünscht, daß in der Kritik der Militärkommandos etwas mehr Zurückhaltung geübt worden wäre.

Abg. v. Eichel (l.) wünscht Beschleunigung der Regulierungsarbeiten, auf welche die Bevölkerung sehnsüchtig wartet.

Abg. v. Schenkendorf (natl.) ist zweifelhaft, ob die in der Vorlage bewilligten Mittel ausreichen werden.

Abg. Prof. Rostig (l.) wünscht, daß die Vorlage schneller und reichlicher gelommen wäre. Die Militärkosten müßten scharf auf die Staatskasse übernommen werden. Auch bei der Vertheilung der Prästationsfähigkeit der Gemeinden solle man nicht zu penibel sein; es werden diesen Gemeinden ohnehin schwere Ausgaben bevorstehen. Erfolgt keine schnelle und planmäßige Befestigung der Ufer, so werden sehr bald neue Ueberschwemmungen weiteren Schaden anrichten.

Nach kurzer weiterer Debatte wird die Verathung auf morgen (Donnerstag) 11 Uhr festgesetzt.

Literarisches.

Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen von Parvus. Preis 25 Pf. Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. Dresden 1898.

Auf Grund seiner Reizartikel in der „Sächs. Arb.-Ztg.“ hat Genosse Parvus eine Broschüre zusammengestellt, welche die Forderungen des Staatssekretärs Tirpitz kritisch bespricht. Der Verfasser giebt eine anschauliche Darstellung der Marineforderungen der Regierung, er

behandelt die Schiffs-Neubauten und Ersatzbauten, ferner das Septemat und Reternat, die Vermehrung des Personals, die wachsenden Kosten der Indiensthaltung. In einem weiteren Kapitel geht er die Gründe durch, welche von den Befürwortern der Flottenvermehrung angeführt zu werden pflegen; er bespricht den Rüstenschuß, ferner die Behauptung, daß eine starke Kriegsmarine zum Schutz der Handelsflotte nötig sei. Dieses Kapitel läuft aus in Betrachtungen zur auswärtigen Politik Deutschlands und empfiehlt ein engeres Bundesverhältnis mit England, wodurch wir uns die kostspieligen Ausgaben für neue Panzerschiffe würden sparen können. Der dritte und letzte Abkapitel der Broschüre behandelt die Kolonialpolitik und die Arbeiter-Interessen.

Die Broschüre ist interessant geschrieben. Wenn wir auch hinsichtlich mancher der vom Verfasser in seinem letzten Kapitel gestellten Fragen eine andere Auffassung haben, wie aus der Stellung des „Vorwärts“ zu diesen Fragen genügend bekannt ist, so erscheint uns doch die Broschüre von Parvus zur Anschaffung und Lectüre durchaus empfehlenswerth.

Eingelaufene Druckschriften.

- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 10. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir heraus: Ein wenig Wohlpolitik. — Tabakpolitik. — Die neue Schatzkammer. — Die Stellung der Privatbanken und die lex Krone. — Von Dr. Bruno Wechsung. — Die soziale Frage auf der französischen Bühne. — Von Dr. Felice Wollf. — Die Lebenshaltung der großstädtischen Arbeiter. — Nach den Akten des Hausflagervereins Frankfurt a. M. — Tagelöhner von Henriette Harth. — Religion: Aktualisierung von Verkörpern. — Von W. Herzen. — Predigten: Wein erher Erfolg. — Aus dem Kleinrussischen von Olyona Pischolska. — Uebersetzt von Wladimir Gumbow (Schl.).
- „Der Arbeitermarkt“, Monatschrift der Centralstelle für Arbeitermarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrów) Berlin, Verlag von G. S. Hermann. Die Nummer enthält in Nr. 1: Die Lage des Arbeitermarktes in der Schulpfortuna. — Die Verwaltung der Arbeitermarkts. — Tagesberichte der Arbeitsvermittlungsgesellschaft Frankfurt a. M. — Stadtzentrale in Düsseldorf. — Wohnungs- und Arbeitsnachweis in Köln. — Sozialer Arbeitermarkt in Halleschen; Einrichtung von Arbeitsnachweisen für Schularbeiter und Quallarbeiter in Hamburg; Beugnis-Ordnung in Köln. — Situationsberichte aus einzelnen Städten: Berlin. — Zentralbüros. — Lage des Arbeitermarktes: Derbittliche Lage in Teufelsberg; Uebersicht am Gesamtmarkt in Berlin; Arbeitsmarkt im Januar. — Mittheilungen aus deutschen Arbeitermarkts-Berichten: Bericht der öffentlichen Arbeitsvermittlungsgesellschaften der Rhein- und Rattungsggend; Verhand deutscher Arbeitermarkts.
- Le D'evenir Social, Revue internationale d'économie, d'histoire et de philosophie. Parait tout les mois en un fasc. de 96 pages gr. in-8. Abonnement annuel: France, 18 fr.; Etranger, 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris. — Sommaire du No. 1 (Janvier). La municipalisation du sol dans les grandes villes. Luigi Einaudi. — Les bases économiques du mariage. Heinrich Canow. — Le mouvement socialiste à Vétranger. — Belgique (Huymans) — Revue des Revues, La Revue Socialiste (H. Lagardelle). — Die neue Zeit (Es). — Critica Sociala (S.). — The Social Democrat (H. H.). — Revue Critique. — Th. Rogers: Travail et salaires en Angleterre depuis le XIII. siècle (P.). — Notes Bibliographiques. — Cooley. — Bassot. — Straza.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Freitag und Sonnabend abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt. R. in M. Erfinden Sie sich bei der Schuldeputation des Magistrats. R. 98. Franziska Schubert, Dr., wohnt Potsdamerstr. 14. Sprechstunden: 10-12 und 2-4 Uhr. Weitere Adressen siehe Adressbuch. R. 97. Wenden Sie sich an die Intendantur der königlichen Schauspielere.

Wettende, Schildhorst. Prinz Albrecht erhält als Regent des Herzogthums Braunschweig 1 125 323 Mk.

Marie, Leika B. Sprechen Sie gefälligst in den Expeditionskunden von 7-9 Brunnenstr. 193 mit Bezug für Ihre Geldsendung vor.

R. 98. W. 32. Da müßten Sie sich schon an einen Postmann wenden.

R. 100. Nur wenn die Sachen Ihnen auch übergeben sind, so sind Sie Eigentümer geworden und können dieselben für sich in Anspruch nehmen. — 304. R. 9. Klein. — R. 6. Wenn Sie Ihren ersten Wohnort nach Ablauf der Ufer in Berlin haben, so leihen Sie ohne weiteres außer Obereigentumschaft. — S. S. C. Sie sind im Recht, wenn der Schlafstube am 1. eines Monats angesetzt ist. — W. 2. Klage lohnt. — W. 9. 66. Ist die Kündigung gefällig auf drei Monate und drei Tage festgesetzt, so muß spätestens am 20. Dezember gekündigt werden.

Portier, 52. 1. Das Wechselrecht verfährt in 30 Jahren. 2. Die Aufhebung der Haftstrafe verfährt in zwei Jahren. — R. 9. 1. Diebstahl nicht. Gatten Sie das Geld noch nicht an sich genommen, so haften Ihnen der Chef. — Guse. Ihr Brief nicht angekommen. In der Sprechstunde erhalten Sie Auskunft. — Scheiter-Rosmar. Soldat hat Anspruch auf Invalidenpension, den er bei Entlassung geltend machen muß. Pension wird wahrscheinlich auf 6 Mark monatlich bemessen werden. — S. 1. Testament ist nicht gültig. — R. 75. 1. Lohn ist nicht pändbar.

2. Arbeitgeber darf dem Gerichtsvollzieher den Lohn nicht auszahlen. 3. Das in Ihrem Gemachraum befindliche bare Geld darf Gerichtsvollzieher pänden. — R. 100. Einwand der Frau nicht erforderlich. — S. 2. Ihr Bruder muß bei der Entlassung erklären, daß er Invalidenansprüche erhebe. Taback waert er sein Recht. — W. 9. 17. Wenn Sie nur anzeigen, daß Sie den Betrag haben, der Mann sei nicht eines natürlichen Todes gestorben, so kann Sie kein Nachteil treffen. Verdächtigt Sie aber keine Person, insbesondere nicht die Frau, den Tod herbeigeführt zu haben.

Aussergewöhnliches Angebot

nur für heute Donnerstag den 10. Februar.

Regenschirme

für Damen und Herren

Gloria mit Futteral 2,60 Mk.

Halbseide mit Futteral u. Paragongestell 3,75 Mk.

Reine Seide mit Futteral u. Paragongestell 5,60 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 10. Februar. Opernhaus. Volcan. Die Hofe von Schiras. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr. Meißner. Sein Trieb. Vorher: Seraphin's Grub! Anf. 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildkröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr. Goethe. Berliner Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Der Zungenwächter. Das Berprechen hinterm Herd. Anfang 8 Uhr. Unter den Linden. Die Göttin der Fernweh. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Das neue Ghetto. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Zungenfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Luffen. Das Mädchen von Heilbronn. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshäufliches. Die kleinen Bagambunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Rean. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berlone Mädchen. Anfang 8 Uhr. American. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Passage. Panopticum. Wiener Tanz und Operetten-Gesellschaft. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr. — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr. — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Im Theatersaal:
Ben Ali Bey,
der orientalische Nagler
und die 8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!!
Indisch-industrielle Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Central-Theater

Mie Jakobstr. 30. Direktion Richard Schultz. Donnerstag, den 10. Februar 1898: **Emil Thomas a. G.** Rum 20. Male: **Die Zungenfalle.** Barocke Pötte mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und B. Mannsb. Musik von Jul. Einödhofer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: **Die Zungenfalle.**

Feen-Palast

22 Burgstr. 22. Das neue vielgestaltige Februar-Programm: **Jackson, Afrodetritruppe, Barna, der Hattenfänger, Thomas, d. Meister-Jongleur, Remy Boriska, Dän u. Walde, Ting u. Yang, Frid Frid, Cabaret, Lebende Photographien.** Um 8 1/2 Uhr: **Revue!** Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel in der unvergleichlichen Operette **Das radelnde Berlin** Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck. Mlle. Luccy. Miss Bertholdi. The Milons. Spink-Spink. Mr. Arvey. Luzzi Rogga. Olschansky u. Miss Lony. **La Loie Fuller**

Loie Fuller

Les Senotts. Siewart Contes. Titi Sidney. Grant u. Maud. Gaspard-Neva. Les Satours. Im Zoologischen Garten. Pantomime, ausgeführt von der **Senotts-Troupe.** Kosmograp! Kasseneröffnung 7 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Gebrüder Herrfeld's

1. Original **Budapester Kaufmann's Variété** Possen- und Operetten-Theater am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Nur noch bis Dienstag: **Familie Kochsalz.** Dienstag, den 15. Februar 1898: 50. und letzte Aufführung. Mittwoch, den 16. Februar 1898: **Premieren-Abend** d. beiden Gebr. Herrfeld'schen **Novitäten!** Zum ersten Mal: **„Im Variété“** und Von Dreien der Glücklichen. Hauptrollen: Donat und Anton Herrfeld.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: **Theater-Vorstellung.** Ihre Familie. Volkstümlich mit Gesang in 3 Akten von Stinde und Engel. Musik von Richard's. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Parteigenossen Berlins!

Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in allen 6 Reichstags-Wahlkreisen

Öffentl. Partei-Versammlungen

1. Wahlkreis: **Arminhallen, Kommandantenstraße 20.**
2. Wahlkreis: **Marten's Festsäle, Friedrichstraße 236.**
3. Wahlkreis: **Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.**
4. Wahlkreis: **Keller's Festsäle, Koppenstraße 29.**
5. Wahlkreis: **Bötzow's Brauerei, Prenzlauer Thor.**
6. Wahlkreis: **Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.**

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Vorschläge event. Aufstellung von Kandidaten. 4. Wahl je eines Komitees zur Leitung der Wahlen.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Die Vertrauenspersonen.

COHN'S Festsäle, Beuthstrasse 19-22.

Im April und Mai sind noch einige Sonnabende und Sonntage unter sehr kulantem Bedingungen zu vergeben; ausserdem empfehle meine renovirten Festsäle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: **Hoffmann's Quartett und Humoristen.** Stärkster Vortrags- und **Bimmel's Spezialitäten.** Lang, Hebe Lene. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Alcazar-Theater.

Dresdenstraße 52/53 (Alte Post). Direction: Richard Winkler. **Neu! Neu! Das Blumengretel** aus Nieder-Schlesien. Pötte mit Ges. und Tanz in 1 Akt. Vorher: **Durchs Schlüsselloch.** Pötte mit Gesang in 1 Akt. Aufstreich **fämmtlicher Kunst-Spezialitäten.** Anfang: Sonntag 8 Uhr. Entree 30 Pf. Mehrere Plätze 50 Pf. Sitzplätze haben Vorträge.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant 97. Dresdenstr. Straße 97. **Die heilige Behne.** Operetten-Bühne in 2 Akten von Oskar Victor Röderer. — Ferner: **3 Geschwister Montez,** Miniatur-Sängerinnen u. Tänzerinnen. Im vorherigen Saale: **Tyroler Sänger Alois Ebner.** Anfang: Sonntag 6 Uhr. Anfang: Montag 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77. **Brillantes Programm! Grösster Beifall!** Professor **Ordep's** Hunde-Circus. Die vorzögl. Kopf-Equilibristen in de siecle The Mannos. Die reizenden Soubretten **Flora Fleurette** und **Hella Collier.** Die neue Ausstattungspantomime **Ein ruhiges Zimmer zu vermieten!** (Zum Födtachen) der J. Pawell-Company. **30 Kunst-Kräfte.** Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Im Reichshallen-Tunnel: **Konzert und hum. Soiree.**

Circus Busch

(Bahnhof Börse). Donnerstag, 10. Februar 1898, abends 7 1/2 Uhr: **Sport-Abend.** Die 8 Ungarn mit ihren unüberwindlichen **Boldst. Springscharen,** darunter der Sprung des **Boldst. verdes „Scip“** über eine 7 Fuß hohe Barriere mit Reiter. Außerdem: Auftreten aller neu engagirten **Künstler.** **Ges. Lorech** mit ihren **karischen Spielen** zu Pferde. **Jimm & Jamm.** Die **muft. Romm's „Troupe Veres“**, bestehend aus 5 Personen. **Kunstlerin der Schmelzerin** **Mme. Maria Doré** la Cavaller. Die vorzögl. **Freiheitskämpferin** **des Dix Busch.** **Großes Reiterinnen-Votpourri** sowie **fämmtl. Clown's** und **Künste.**

Zaragoza.

Orig. **Maude's** **Schauspiel** des **Circus Busch.** **Befandert** **herdorzubehören:** Die **weltlichen Nonnenzöcher.** Der **Sturz** von der **60 Fuß** hohen **Brücke** ins **Wasser.** **Der** **pouppöse grüne Akt.** **Morgen 7 1/2 Uhr: Humorist. Abend.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 13. Februar 1898, abends 7 Uhr, in **Feuerstein's Festsäle, Alte Jakobstr. 75.** **Vortrag des Schriftstellers Wilhelm Bölsche: „Die Zukunft der Erde.“** Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.** Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf. Die Mitglieder werden gebeten, mit den Billets vom **Stiftungs-fest** abzurechnen. Programme mit Prolog sind in Versammlungen sowie in der Schule à 10 Pf. zu haben.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 13. Februar 1898, mittags 11 1/2 Uhr, im **Vorstädtischen Kasino, Adersstraße 144:** **Große öffentliche Versammlung der Modell- und Fabrik-Tischler Berlins u. Umg.** Tages-Ordnung: Die **übermäßig lange Arbeitszeit** und wie stellen sich die Kollegen hierzu? Referent **Otto Räther.** Diskussion. Kollegen! Seht durch **Quer** **jährlich** **Gehältnen,** daß Ihr mit der **Kaufbesserung** **Arter** **elenden** **Voge** **eruh** **machen** **mußt!** 77/10 **Der Vertrauensmann.**

Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2

(ehemal. Köthenerstr. 13) liefert **bürgerliche** **Wohnung-** **Einrichtungen** **(von 150 M. an.)** **Kuch** **gibt** **ich** **Einrichtungen** **auf** **Abzahlung.** **Lager** **gebrauchter** **und** **verlegten** **gewesener** **Möbel.** **Eigene** **Tapezier- u.** **Decorations-Werkstatt.** **Transport** **durch** **eigene** **Welpanne,** **auch** **nach** **aufserhalb.**

Künstl. Zähne

Konzert-Sansouci **Kottbuser Straße Nr. 4a.** Dienstag, den 8. Februar: **Der Stabstrompeter.** Pötte mit Gesang u. **Mauspötte.** **Muht u. Steffens.** **Auftreten von** **Spezialitäten** **nur** **ersten** **Ranges.** Anfang des Konzerts 5 Uhr, der **Vorstellung** 6 Uhr. **Entree 50 Pf.** **H. Pierry.**

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24. Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.** **Neu! Der liebe Cusel.** **Neu! Der gerade Weg.** **Neu!** **Anfang:** **Donnerstag 8 Uhr.** **Sonntag 6 Uhr.** **Preise** **der** **Plätze** **wie** **gewöhnlich.** **In** **Bereitstellung:** **Die Nadel- und Radelmadel.** **Boldst. mit** **Gesang** **von** **Eugen** **Fredy.** **Muht** **u.** **Otto** **Tieko.**

Gänsefedern 60 Pf.

gr. PP. (größere zum Reiten). **Schlachtfedern**, wie **fr. u. d. Gänse** **füßiger** **Gänse** **in** **2,50,** **bessere** **dammer** **Wasser** **in** **2,50,** **3,00,** **beste** **schwarze** **in** **3,50,** **russische** **Damen** **in** **3,50,** **weisse** **behm.** **Damen** **in** **3,00,** **schöne** **behm.** **Damen** **in** **1,50,** **2,00,** **3,50.** **Prima** **gerisse** **in** **3,00,** **2,50.** **Verlang** **gegen** **Nachnahme.** **Gustav** **Lustig,** **Oringendorfer** **46a.** **Eig.** **Bestellungsadresse** **in** **elene.** **Vertrieb.** **Diese** **Anzeigungsverb.**

Masken

elegant und billig, verleiht **Ferdinand Henke,** **Dennewitzer** **1.**

Verband der Möbelpolirer. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Adolf Selbmann

Boppel-Allee 6, gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, in Friedrichsfelde auf dem Gemeinde-Friedhof bei der Kirche statt. 143/13 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungsband der Schneider.

Unser Mitglied 166/3 **Emil Schuster** ist am 7. Februar verstorben. — Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Weichenhülle des Neuen Jakob-Richtofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. Die Ortsverwaltung.

Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen.

(E. W. mit Behr. Salmstadt) Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn C. Ern. Wehrhoff: **Ordentliche General-Versammlung.**

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht pro 1897. 2. Beschlußfassung über die Veranbarung des Geschäftsjahres. 3. Anträge. a) Presse; b) Bepflichtung über Aufnahme von Mitgliedern. 265/8 **Der Aufsichtsrath.** Die Mitglieder werden auf 8 22 Uhr 8 des Statuts anwesend gemacht, welcher lautet: „Jeder Genosse kann in den ersten 14 Tagen durch schriftliche Eingabe an das einladende Organ Gegenstände zur Tagesordnung anbringen.“ **Parteilogenosse.** Stehe früh am Bahnhof „Börse“ mit guten Zigaren und Zigaretten. 266/8 **Betten** 10, —, 12,50, 16,50, 30, —, Bettfedern, Daunendecken, Bettwäsche, Steppb. (Spott) Bettendruckerei.

Wegen Räumung.

ca. 500 Stück **Sophastoff-Reste**

ausreichend zu Bezügen, in **Wollstoff, Damast, Gantolle, Moquet** und **Wisch,** sowie **Stoffe**, **nur** **gute** **Qualitäten** **spottbillig.** **J. Adler** **Teppichhaus** **Spandauerstr. 30,** **vis-à-vis** **dem** **Rathhause.**

Große Betten 12 M.

(Oberst. Qualität) zwei Betten mit **gereinigtem** **neuen** **Feder** **bei** **Kauf** **Bestell.** **Berlin** **N. 2.,** **Pring-** **straße** **40.** **Preisliste** **schonst.** **Viele** **Aufzeichnungen** **schreiben.**

Goldbafälle.

Woll, Silber, Redgold, **Preisen,** **Wasser** **u.** **Brillanten** **kauft** **die** **Schreib-** **Anstalt** **Zimmerstr. 32.** (4366)*

Stand Betten, bestehend a. Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 10 Mark.

E. Becker, Botten- **Fabrik.** **45. Landsbergerstr. 45.**

Maskengarderobe

zu den billigsten Preisen empfiehlt **F. Stenzel,** **Kottbuser Damm 8. II.**

Vogelhandlung, altes Geschäft, circa 10000 M. jährl. Umsatz, verlässl. Off. W. 4188 Zimmerstr. 41.

Gemüsegeschäft (Voll u. Rohlen), **gut** **gebend,** **billig** **verläßlich** **Swine-** **männerstraße 18.** 264/8

Betten, Remont. Uhren, Reisekoffer, Winter-Paletots, Kasse, spottbillig Pfandbriefe Reanderstr. 6.

Leihhaus Neue Mohrstraße 3. **Kauf-** **veranbarung** **der** **Pfandbriefe** **12** **Monate** **u.** **72-84** **Jahr** **z.** **verm.** **Friedrichsstraße 30.**

Arbeitsmarkt.

Buchstaben-Zeichner, **nur** **gebildete** **Leute,** **sofort** **ge sucht.** **Gebr. Rudolph,** **Theaterstraße 5.**

Ehrlicher Wermeister, mit der Maschinenfabrikation vollständig vertraut, für eine große auswärtige Maschinenfabrik geacht. Weldungen nur mit gutem Heugewissen unter X. I an die Exped. d. Bl. 261/8

Karton-Arbeiterinnen, **gebildete,** **verl.** **Wolk,** **Neue** **Friedrichstraße 48.**

Besterer Pappenzahnweider, bauende Stelle, wird in einer Kartonfabrik verlangt. Offerten unter A. II. an die Exp. d. Bl. 259/8

Goldbleiten. **Einem** **thätigen** **Belegter** **für** **seine** **deutsche** **Arbeit** **sucht** **265/8** **Oscar** **Liepmann,** **Königs-Butterbrennen.**

Thätige **Belegterinnen** **auf** **Gold-** **bleiten** **ge sucht** **Wegenerstraße 15.**